

Aufgaben des »Neuen Vorwärts«

Ein Begrüßungsschreiben von Karl Kautsky

Es wird in der ganzen sozialistischen Arbeiter-Internationale niemand geben, der nicht das Erscheinen des »Neuen Vorwärts« mit lebhafter Freude begrüßt hätte. Besonders frohe Erwartungen mußte er aber bei jedem alten Genossen erwecken, die noch seinen Vorgänger, den Züricher »Sozialdemokrat«, gekannt oder gar an ihm gewirkt hatten, wie das dem Schreiber dieser Zeilen vergönnt war.

Eine scharfe Waffe des Kampfes gegen die Bedränger unserer Partei, eine Waffe des Sieges war der »Sozialdemokrat« unter dem Sozialistengesetz von 1879 bis 1890 gewesen. Eine ebensolche Waffe wird der »Neue Vorwärts« in der Zeit des Dritten Reiches sein, die hoffentlich weniger lange dauern wird. Hitler ist kein Bismarck!

Allerdings ist seit dem Beginn des Sozialistengesetzes mehr als ein halbes Jahrhundert verfloßen. Die Aufgaben, die dem »Neuen Vorwärts« gestellt werden, sind weit komplizierter und schwieriger. Dafür wird aber auch ihre Lösung weit gewaltigere Wirkungen nach sich ziehen, als der Sieg der Sozialdemokratie 1890 hervorbrachte.

Natürlich muß der »Neue Vorwärts« ebenso wie es der alte »Sozialdemokrat« gewesen, in erster Linie ein Organ des Kampfes sein gegen alle Ausbeuter und Bedränger des arbeitenden Volkes. Aber bereits der Züricher »Sozialdemokrat« war noch mehr und dasselbe gilt für den »Neuen Vorwärts«. Jede sozialistische Zeitung hat nicht bloß ein Organ der Anklage zu sein, sondern auch ein Organ der Aufklärung. Es soll die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen zeigen, wie sie sind, unverzerrt, wahrheitsgemäß. Eine herrschende Minderheit kann ein Interesse daran haben, die Volksmassen zu betäuben. Eine Partei, die das Volk befreien will, wird ihre Zwecke nie durch die Erweckung von Illusionen erreichen.

Die Aufgabe genauer und richtiger Information ist für jedes sozialistische Blatt gegeben. Sie wird besonders wichtig, aber auch besonders schwierig für ein Blatt von Emigranten, die von einem demokratischen Lande aus auf das eigene Volk wirken wollen, in dem jedes freie Wort geschnitten wird. Für einen Bewohner des Deutschen Reiches ist es heute nahezu unmöglich zu erfahren, wie es im eigenen Lande aussieht. Nur aus dem Ausland kann er ein Bild der gesamten inneren und äußeren Lage erhalten. Mehr als der normalen Parteipresse des Auslandes wird der Redaktion des »Neuen Vorwärts« die Aufgabe zufallen, die deutschen Arbeiter über die Verhältnisse im Reich zu informieren.

Nicht minder wichtig ist das Werk der Organisation. Schon das Sozialistengesetz schloß jede legale Organisation der Arbeiter aus. Noch weit mehr gilt das für das Dritte Reich. Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes zeigen, daß eine illegale Organisation zunächst nur im engsten Kreise möglich war. Gerade der Erfolg gefährdet sie. Je mehr sie sich ausdehnt, desto größer ist die Gefahr der Entdeckung. Unter dem Sozialistengesetz kamen wir über lokale geheime Organisationen nicht hinaus. Aber diese bedürften zentraler Stellen, mit denen sie in dauernder Verbindung stehen, sollen die Aktionen im ganzen Reich einheitlich sein.

Unter dem Sozialistengesetz gab es zwei solche Stellen: Eine im Reich selbst, die Reichstagsfraktion, eine jenseits der Grenze, den »Sozialdemokrat«. Noch galt die Immunität der Abgeordneten. Diese bildeten von selbst einen legalen Verein, ohne sich erst als solcher konstituieren zu müssen. Heute besteht keine Fraktion mehr, die als Parteileitung fungieren könnte. Eine solche kann bis auf weiteres nur im Auslande ihren Sitz haben.

Für das zentrale Parteigremium bestand diese Notwendigkeit schon unter dem Sozialistengesetz. Die Fraktion führte mitunter sich und die Partei durch die Sprache des »Sozialdemokrat« bedroht und lehnte jede Verantwortung für ihn ab. Er war kein offizielles Zentralkomitee, wirkte aber als solches durch das Vertrauen, das er bei den Arbeitern gewann.

Wie der »Sozialdemokrat« verfügte auch die Reichstagsfraktion nur über moralische Mittel zur Wahrung der Einheit der Partei. Trotzdem und trotz mancher Unstimmigkeiten zwischen den beiden

Faktoren und trotz ständiger Zersetzungsarbeit von Anarchisten und Lockspitzeln ist es den beiden genannten Faktoren doch gelungen, die Einheit der Partei unter den schwierigsten Verhältnissen zu erhalten. Es muß auch jetzt wieder gelingen, obwohl die Bedingungen heute noch ungünstiger sind als vor einem halben Jahrhundert. Die Parteileitung muß im Ausland sitzen, die Verbreitung des Parteigremiums ist weit schwerer als damals, und die Zahl der verschiedensten Bewerber um die Seele des Proletariats ist weit größer.

Eng verbunden mit dem Streben nach Einheit ist das nach Klarheit. So wichtig die organisatorische Einheit ist, so ist sie doch nicht ausreichend und zu wenig gefestigt, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit geistiger Uebereinstimmung. Diese wird aber um so eher erreicht, je größer die Klarheit des Denkens ist.

Im Nebel der Konfusion laufen vortwärtmarschierende Gruppen am leichtesten auseinander. Und dieser Nebel ist augenblicklich sehr dicht.

Die letzten Jahrzehnte haben das klare Denken nicht sehr begünstigt. Sie haben in der heranwachsenden Jugend im allgemeinen den Tatendrang stärker entwickelt als den Wissensdrang. Und doch stützt jeder ohne diesen nur zu leicht Unheil. Die Bourgeoisie sieht seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts keine großen Ziele mehr vor sich. Sie strebt nur noch nach Augenblicksvorteilen und kennt nur noch Sonderinteressen kleiner, allerdings mächtiger Gruppen. Die Gesetze der Gesellschaft und ihre Entwicklung interessieren sie nicht mehr. Sie überläßt deren Erforschung und Darlegung den Sozialisten. Diese fanden in der Marxschen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung eine enorm fruchtbare Methode zur Erkenntnis des sozialen Lebens. Doch dieselbe Methode zeugte für das kämpfende Proletariat auch reiche praktische Erfolge. Diese waren für die Arbeiter vom höchsten Wert, förderten aber nicht ihre und ihrer Freunde theoretische Arbeit. Eine rapide Ausdehnung der proletarischen Organisationen und ihrer Tätigkeitsgebiete zwang die Massen der Vertreter des Proletariats in praktischer Arbeit aufzugehen und lenkte ihre Beschäftigung mit den großen allgemeinen Zusammenhängen der Gesellschaft also mit der sogenannten Theorie.

Diese der theoretischen Arbeit und damit der sozialen Klarheit sehr ungünstigen Tendenzen wurden noch bedeutend verstärkt durch den Weltkrieg und seine Wirkungen. Um kein klares Ziel wurde er geführt; um so mehr fühlte sich jeder bedroht, wenn er unklar war. Und als die Entente endlich ihren Sieg errungen hatte, diktierte sie in den Friedensverträgen neben ganz vernünftigen Bestimmungen auch ganz ungeheuerliche die nur schlimmster Unwissenheit und Unklarheit entsprungen und wieder nur neue Unklarheit schufen. Vor allem gilt das von den Reparationen. Inflation und Sanktionen vermehrten noch die allgemeine Verwirrung, die jede wissenschaftliche Erforschung ökonomischer und sozialer Gesetze anscheinend aussichtslos machte. Der Gedanke gesetzmäßiger Entwicklung versank immer mehr und der Kultus der Gewalt als Mittel der Formung gesellschaftlichen Produktions nahm als Fortsetzung der Kriegswirtschaft oft höchst groteske und wilde Formen an.

Unter diesen Umständen traten immer mehr gedankenlose Schlagworte an die Stelle klarer Begriffe. Die Unsicherheit der Menschen gegenüber dem ungeheuren Vorgängen, die sie weder zu begreifen noch zu meistern verstanden, wuchs immer mehr. Damit wuchs aber auch das Bedürfnis nach einem selbstbewußten Mann, der den Ratlosen versprach, ihr Führer aus dem Labyrinth zu werden, aus dem sie keinen Ausweg fanden und als zweiter Alexander den gordischen Knoten zu zerhacken.

Konfusion und Diktatur wachsen auf dem gleichen Holz.

Die Nebelhaftigkeit des Denkens bedeutet nicht eine Verdunklung und Abschwächung der sozialen und politischen Gegensätze. Mit der steigenden Not der Krisenjahre verschärften sich diese vielmehr in zunehmendem Maße. Die Unklarheit fördert nur die Willkür des Denkens und Handelns, die durch beliebige Erkenntnisse geglättet wird und die dann den Eindruck des Augenblicks überliefert ist.

Das gilt natürlich am meisten für die neue Partei, die erst nach dem Kriege entstand und die durch keinerlei Tradition mit den Erkenntnissen verbunden ist, die in der Zeit vor dem Kriege entstanden waren. Was die Nationalsozialisten von dieser Zeit übernahmen, sind nur lächerliche Fantasmereien namentlich in der Rassenfrage. Diese machen sie zur Grundlage ihres ganzen Tuns, ihrer einschneidenden und grausamsten Maßregeln. Und doch kann Hitler in die größte Verlegenheit, sollte er einmal dartan, welches die Rassenmerkmale der sogenannten arischen Rasse sind. Bisher haben die Nazis bloß ein einziges, allerdings unrichtiges Kennzeichen der arischen Rasse mitgeteilt: die Tauscheln der arischen Individuen, sowie die ihrer Eltern und Großeltern.

Der Mißachtung klaren systematischen Denkens und seiner Ersetzung durch leere Schlagworte hatte schon vor dem Weltkrieg die Verkümmern des sozialen Denkens in der bürgerlichen Welt vorgearbeitet, aber auch die Arbeiter blieben von dieser Entwicklung nicht unberührt. Wohl wird die Sozialdemokratie, geleitet von dem Drang, die gesamte Gesellschaft systematisch zu errassen, und sie gründlich umzugestalten, und sie wird dabei unterstützt von der bisher unübertroffenen marxistischen Methode zur Aufdeckung weit umfassender gesellschaftlicher Zusammenhänge. Aber während vor dem Kriege die Sozialdemokratie aller Länder fast identisch war mit dem an den politischen und sozialen Kämpfen der Zeit teilnehmenden Teil des Proletariats, haben sich seitdem eine Menge Proletarier, teils jugendlicher Nachwuchs, teils Zustrom aus nonproletarischen Mittelschichten, anderen Parteien zugewandt. Wenigstens in den Großstaaten ist seit dem Weltkrieg die Spaltung des Proletariats seine Zerspaltung in verschiedene einander während bekämpfende Parteien, während es bis 1914 fast überall nur eine einzige Arbeiterpartei gegeben hatte.

In Deutschland war bei Hitlers Einbruch das Proletariat in vier verschiedenen Lagern zu finden: In der Sozialdemokratie, beim Zentrum, bei den Kommunisten und den Nazis. Sonderbar, daß gerade bei diesem Zustand des Proletariats mancher unserer Parteigenossen von Kommunisten oder Nazis die Idee einer Diktatur des Proletariats übernahm! Wie immer man dieses Wort deuten mag, es wird zu einer Phrase überall dort, wo das Proletariat nicht eine geschlossene einheitlich denkende und handelnde Masse darstellt, sondern in sich tief zersplittert ist.

Diese Zersplitterung ist eine der wichtigsten Ursachen seiner augenblicklichen Schwäche. Sie aufzuheben ist eine der unerlässlichen Bedingungen seines Sieges.

Es ist schwer zu erreichen, daß verhungerrnde, verzweifelte Menschen die Gemütsruhe und das Interesse finden, sich Wissen anzueignen und Erkenntnissen nachzuspüren, die nicht unmittelbar mit dem täglichen Brot zusammenhängen. Es gehört aber noch eine besonders große Willenskraft dazu, in dieser Weise tätig zu sein.

Stechschritt — Professoren

Im Berliner Grunewald veranstalteten die Universitätsprofessoren, gemeinsam mit den Studenten, einen — Gefächmarsch in Uniform.

Und wenn der ganze Erdball leuchtet:
Das Hakenkreuz durchgedrückt,
Marschiert der Volbart in die Schlacht,
Und seht, wie es vorzüglich sticht!

So wird die Seismik doch gerührt,
Die starr im saftigen Harzen ruht,
Der Unterarm altst ungekühlt
In seinem rumpeligen Blut.

Was stört ihn Geist und was Kultur?
Die Ernst heraus, den Bauch herab,
Der Steckschritt wird zur Baderkur
Für so ein Stabenhockerschwanz!

Gefächmarsch, durchgedrückter Schritt —
Die Professoren sind »erwacht«,
Sie schleppen ihre Schande mit —
Gefäch, das niemand ihre macht!

F. G.

Spielbank im Nöden-Baden

Die Hitler-Regierung beschloß ein Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken. Eine solche ist zunächst nur für Baden-Baden vorgesehen.

sein im heutigen Hitlerdeutschland, in dem jede Ausübung selbständigen Denkens als todeswürdiges Verbrechen aufs grausamste bestraft wird.

Trotzdem müssen unsere Genossen versuchen, in dieser Hinsicht auch auf das arbeitende Volk Deutschlands zu wirken. Die Verhältnisse schaffen gerade jetzt in mancher Beziehung einen günstigen Boden dafür.

Die Diktatur in Rußland hat mit ihren Methoden die Landwirtschaft ruiniert. Sie führt sich jetzt dem kapitalistischen Europa gegenüber schwach, bietet ihm ihre Freundschaft an, und das Ausland gewährt sie ihm gern, weil es den Bolschewismus nicht mehr fürchtet. Dieser überläßt allenthalben außerhalb Rußlands die Kommunisten immer mehr ihrem Schicksal. Je mehr das zutrifft, desto leichter wird die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, d. h., desto eher werden jene zu der sozialdemokratischen Gedankenwelt zurückkehren, in der Lenin noch 1917 gelebt hat.

Andererseits übt sich die Hitlerdiktatur in Deutschland rasch ab, ökonomisch und moralisch, was allerdings noch nicht bedeutet, daß ihr Herrschaftsapparat versagt. Innerhalb, die Proletarier, die an der Sozialdemokratie verzweifeln bei Hitler Rettung suchen, müssen bald von ihm enttäuscht werden, soweit sie es nicht schon sind. Je mehr das eintritt, desto empfänglicher werden sie für sozialdemokratische Gedankengänge, namentlich, wenn sich gleichzeitig neben dem bisherigen Glauben an Hitlers Diktatur auch der Glaube an die Sowjetdiktatur als leere Illusion erweist. Und dazu gewillt sich die Erkenntnis, daß auch die katholische Kirche ihre Gläubigen nicht stützt.

Das sind Bedingungen, die eine erfolgreiche sozialdemokratische Propaganda ermöglichen — nur vorausgesetzt, daß wir uns selbst tren bleiben.

Die Verbreitung klaren sozialdemokratischen Denkens ist eine wichtige Aufgabe eines jeden der Organe unserer Partei. Die Verbreitung solchen Denkens innerhalb des deutschen Reichs von außen her ist wohl aber besonders eine Aufgabe des »Neuen Vorwärts«, soweit es ihm gelingt, Eingang in dieses Reich zu finden.

Gewaltig sind die Aufgaben, die ihm zufallen als Organ des Kampfes, der Information, der Organisation, der theoretischen Klärung. Ungeheuer sind die Schwierigkeiten, die sich der Lösung entgegenstellen. Aber wir dürfen das festeste Vertrauen hegen, zum Entschlusse der Energie, der Klugheit, dem Wissen der Herausgeber des »Neuen Vorwärts«, daß es ihnen gelingen wird, alles zu leisten, was menschenmöglich ist, so daß schließlich der 1933 begründete »Neue Vorwärts« in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ebenso ruhmvoll und ebenso erfolgreich dastehen wird wie der 1879 in Zürich begründete »Sozialdemokrat«.

Als der vielleicht einzige noch lebende Mitarbeiter des alten »Sozialdemokrat« wünsche ich dem »Neuen Vorwärts« besten Erfolg.

Karl Kautsky.

Im Verlage der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ČSR., Prag II, Nekázanka 18 sind erschienen:

Deutschland von Hitlerregung, Dokumente des Humanitätskrieges, 64 Seiten, illustriert	Kč	Sk.
Otto Friedrich, Selbstmord einer Demokratie	2.50	0.30
	2.50	0.35

Im Verlage der Zentralfstelle für das Bildungswesen, Prag II, Nekázanka 18 sind erschienen:

Für die Einheit der Arbeiterklasse, 40 Seiten	Kč	Sk.
Emil Straß, Sowjetrußland und die Arbeiterklasse	2.—	0.30
Fritz Rehwald, Kapitalistische Weltwirtschaft	2.—	0.40
Fritz Mohring, Karl Marx (in Leiden geb.)	25.—	2.20
Fritz Mohring, Gesamte Schöpfung, 6 Bände, geb.	160.—	20.—
Jeder Band einzeln	26.—	3.60

Anfang September erscheint:

Arbeiter-Jahrbuch 1934, geb., 200 Seiten, illustriert	10.—	1.20
---	------	------

Zehntausend bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Wozu ein neues Programm?

Von
Karl Kautsky

Genosse Anders bespricht in Nummer 28 des „Neuen Vorwärts“ meine jüngste Broschüre „Neue Programme“. Ich komme dort zu dem Schlusse, daß unsere Partei kein neues Programm braucht. Dagegen wendet sich Anders. Ein neues Programm erscheint ihm dringend nötig. Warum?

Bei Beantwortung dieser Frage müssen wir uns vor Augen halten, was ein Programm leisten soll. Jeder von uns hat seine besondere, persönliche Ueberzeugung in sozialen wie in allen anderen Dingen, die ihn intensiv beschäftigen. Aber was ist der Einzelne für sich allein in einem Millionenstaat, und gar ein einzelner Proletarier!

Eine soziale Ueberzeugung kann nur Macht gewinnen, wenn sie nicht die eines Einzelnen ist, sondern die vieler anderer auch. Deren Zusammenfassung zu einem großen Körper wird dann möglich, wenn die vielen einzelnen Ueberzeugungen bei allen individuellen Unterschieden doch in den wesentlichsten Punkten übereinstimmen. Die Formulierung dieser wesentlichen Punkte bildet das Programm. Es ermöglicht den Aufbau einer machtvollen Partei aus zahlreichen Personen, von denen jede für sich allein machtlos bliebe. Es verleiht jedem Mitglied dieser Partei vermehrte Kraft und höheres Kraftbewußtsein. Und es bringt in das chaotische Durcheinander von Einzelwillen Einheitslichkeit des Handelns.

Jedes Programm einer Partei enthält eine Quintessenz ihrer Ziele und Forderungen, sowie der Argumente, mit denen diese begründet werden. Natürlich ist ein Programm nie für die Ewigkeit gebaut. Es muß immer wieder von neuem geprüft und, neuankommenden sozialen oder politischen Verhältnissen angepaßt werden. Ein Programm kann veralten, wenn die Ziele oder Forderungen, die es aufstellt, überholt sind, entweder, weil sie erreicht wurden, oder weil die Erfahrung zeigt, daß sie unerreichbar oder unzweckmäßig seien. Ein Programm kann aber auch dann veralten, wenn neue, soziale Erkenntnisse auftauchen, mit denen es nicht vereinbar ist, wenn wir also zu höherem Wissen vorgeschritten sind.

Besteht heute einer dieser Gründe für ein Aufheben unseres bisherigen Programmes? Es ist in seinem theoretischen Teil nur eine Variation des Erfurter Programms von 1891, das auf dem Boden des Marxismus begründet ist. Gerade in dem Moment, in dem die Katastrophe für unsere Partei in Deutschland eintrat, wollte sie ihr Bekenntnis zum Marxismus in machtvoller Kundgebung aller Welt dartun. Seit dem März 1933 ist sicher nichts eingetreten, was uns über den Marxismus hinaus eine höhere Erkenntnis gebracht hätte. Was aber die Ziele und Forderungen betrifft, die wir im März 1933 noch anstrebten, so ist von ihnen seitdem sicher kein einziger Punkt erfüllt worden, hat sich aber zum Glück auch kein einziger als unerfüllbar oder unzweckmäßig erwiesen. Was soll also ein neues Programm?

Wenn Anders trotzdem ein solches fordert, so tut er es deshalb, weil er ihm eine ganz andere Aufgabe stellt, als die hier dargelegte. Unser Programm soll nicht einen Gradmesser bilden, der es erlaubt, die Höhe sozialer Erkenntnis anzuzeigen, zu der sich die Sozialdemokratie durch intensivste geistige Arbeit seit dem Auftauchen des Marxismus durchgerungen. Wenn ich Anders recht verstanden habe, soll es vielmehr eine gellende Alarmtrompete sein, die die Schläfer erweckt und ein stumpfsinnig gewordenes Geschlecht anreibt, sich die Augen zu reiben, um zu sehen, was es gibt. So fasse ich die Anders'sche Forderung auf. Er hat allerdings keinen Versuch gemacht, die Fassung des neuen Programms, das er fordert, auch nur

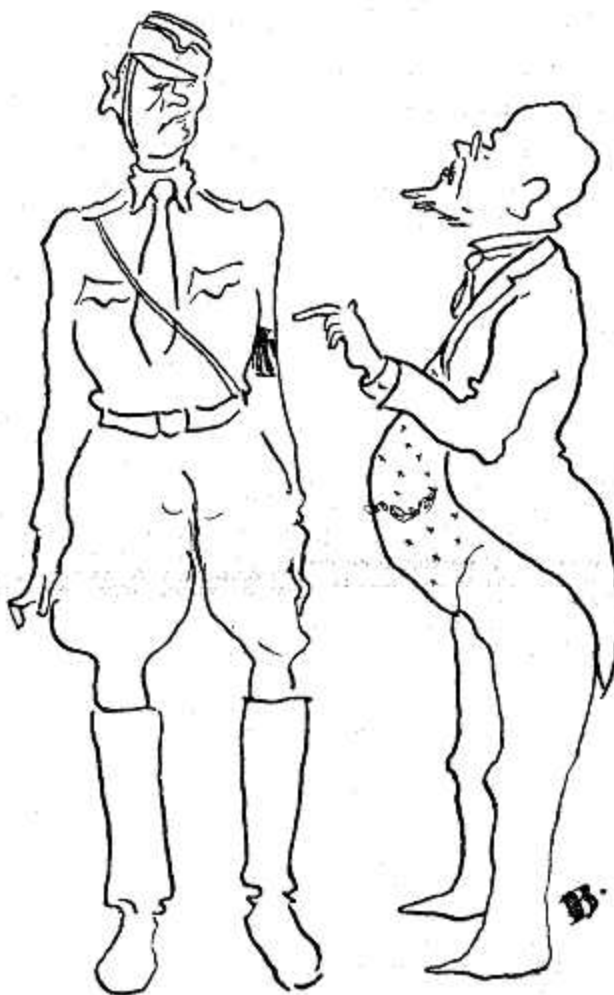
einigermaßen anzudeuten. Er begründet seine Forderung folgendermaßen:

„Wir brauchen ein neues Programm, weil die Jugend die alten nicht mehr kennt und weil sie erst wieder denken lernen muß und mühselig von vorn anfangen. Kautsky spricht von einer „Bevölkerung, die gelernt hat, selbst zu denken und zu handeln, was bei den Deutschen doch der Fall ist“. Machen wir uns nichts vor! Die Millionenmasse, „denkender Arbeiter“ und „klassenbewußter Proletarier“, mit denen wir zu rechnen angewohnt waren, gibt es nicht mehr... Und vollends die jungen Menschen! Diese Jugend hat

zufassen zum Kampf gegen Gedankenlosigkeit, Faulheit, Leichtgläubigkeit der anderen. Was wir brauchen, ist ein forschendes, selbständig denkendes, neues Geschlecht, nicht ein neues Programm. Sollen wir eines schaffen für die Gedankenlosen, Faulen, Leichtgläubigen, die sich nie um das alte gekümmert haben? Ein solches fehlt uns noch.

Eine der schlimmsten Wirkungen

Akademischer Nachwuchs



„Meine ergebensten Empfehlungen an Herrn Papa. Sagen Sie ihm, Aufstieg an Hochschule ist Ihnen gewiß!“

seit dem Kriege in wachsendem Maße das Denken verlor und jeden Tag unter faschistischer Herrschaft verlor sie es weiter.“

Es ist ein erschreckendes Bild, das Anders hier zeichnet. Ich hoffe, es ist übertrieben und zu schwarz gemalt. Jedoch ganz aus der Luft gegriffen, ist es leider nicht. Die Verwüstungen, die der Weltkrieg und seine wahnhaften Folgen, Autarkiebestrebungen und Wirtschaftskriege der Staaten, Inflationen und Krisen usw. in nicht wenigen Gemütern, namentlich der jüngeren Generation hervorgerufen haben, sind tatsächlich grauhaft. Ich mache mir in dieser Beziehung durchaus nichts vor, habe vielmehr des öfteren auf diesen Umstand als eine Hauptursache des Aufstiegs des Nationalsozialismus und des Niedergangs unserer Partei hingewiesen. Aber zum Glück gibt es doch in der heranwachsenden Generation immer noch Elemente genug, die das Denken nicht verlernt haben. Sonst könnten wir uns begnügen lassen mit allen Programmen, neuen wie alten. Der Jugend gegenüber geht unsere Aufgabe vor allem dahin, die geistige Elite unter den jüngeren Leuten zusammen-

der Unwissenheit und Gedankenlosigkeit eines großen Teils der heutigen Jugend ist ihre Haltlosigkeit. Von jedem Augenblickeindruck wird sie aufs tiefste bewegt und fortgerissen; heute begeistert sie sich für jede Seifenblase, um morgen zynisch an der Menschheit zu zweifeln. Todesmutig stürmt sie gegen einen Feind, auf den sie gehetzt wird, um bei dem ersten Widerstand von panischem Schrecken erfaßt auseinanderzulaufen. Das schlimmste aber ist wohl ihre unendliche Leichtgläubigkeit. In dieser Beziehung kann es unsere Zeit mit früheren Zeiten allgemeiner Auflösung und Verzweiflung sehr wohl aufnehmen, etwa mit denen des Urchristentums oder der Religionskriege der Reformations-epoche. Seit langem blühte nicht mehr so sehr das Handwerk der Spekulationen auf die Leichtgläubigkeit und Dummheit wie heute. Es nimmt die verschiedensten Formen an, von den kleinsten Heirats- und Kautions-schwindlern an, die noch nie so viel Leichtgläubige fanden, bis zu den anspruchsvolleren Astrologen, Hellsehern und Goldmachern, und schließlich den

ganz großen politischen und sozialen Hochstaplern in braunem oder schwarzem Hemd.

Was soll diesen Schwindlern und Quacksalbern gegenüber ein neues Programm, auch wenn es noch so laut schreit? Sollen wir mit ihnen bei der gedankenlosen Masse in Wettbewerb treten? Diese Masse harret in ihrer Leichtgläubigkeit auf einen unwiderstehlichen Erlöser. Sollen wir der hypnotisierenden Wirkung einzelner Menschen dadurch begegnen, daß wir ihr eine noch mehr hypnotisierende Wirkung eines neuen Programms entgegenstellen? Diesem neuen Programm, das nicht auf den Verstand, sondern auf die Gedankenlosigkeit wirken soll, würde offenbar die Aufgabe einer Zauberformel zufallen, deren bloßes Aussprechen schon dem Schwachen Kraft, dem Zaghaften Mut, dem Kurzsichtigen Weitblick verleiht und so die Jugend regeneriert.

Leider ist die dazu geeignete Zauberformel noch nicht entdeckt und ich fürchte, daß das Suchen nach einer solchen nur ebenso eine Verschwendung von Zeit und Kraft bedeuten wird, wie ehedem das Suchen nach dem Stein der Weisen.

Gewiß, Anders hat ganz recht, wenn er zu dem Schluß kommt:

„Der Faschismus hat die Beine in Bewegung gesetzt, unsere Aufgabe ist es, die Beine in Bewegung zu setzen.“

Diese Aufgabe lösen wir aber nicht dadurch, daß wir der gedankenlosen Jugend eine neue Formel vorsagen mit der Versicherung, daß sie uns ins Paradies bringe. Würde das geglaubt, dann könnten wir damit bloß bewirken, daß in unserem Lager die Gedankenlosigkeit ebenso allgemein wird, wie bei den Faschisten.

Ein Programm ist nichts als Schall und Rauch für jeden, dem es nicht der Ausdruck einer festgewurzelten, tiefbegründeten Ueberzeugung ist, zu der er sich in angestrengter geistiger Arbeit mühselig durchgedrungen hat. Nur als Ausdruck einer solchen Ueberzeugung vieler Tausender ist ein Programm eine lebendige Kraft. Das sozialistische Wollen in jedem von uns wird nicht durch unser Programm geschaffen, sondern dieses ist das Ergebnis des sozialistischen Wollens, der sozialistischen Ueberzeugung in jedem von uns. Wie anders betrachte ich es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, die gedankenlos gewordene Jugend wieder zum Denken zu bringen, d. h. zu einem Denken, aus dem eine festbegründete Ueberzeugung hervorgeht. Zu einer solchen führt das Denken nur dort, wo es nicht bloßes Spekulieren über erlittene Unbill und gefälschte Erwartungen ist, sondern wo es auf das Gewinnen und die Verarbeitung vor Erkenntnissen ausgeht. Aus sochem Denken sind unsere sozialistischen Ueberzeugungen und deren Formulierungen in unseren Programmen hervorgegangen.

Diese Ueberzeugungen und Programme sind das Ergebnis der Geistesarbeit der ganzen Kulturwelt durch mehrere Jahrhunderte hindurch, seit der ersten englischen Revolution der Mitte des 17. Jahrhunderts. Sie sind besonders das Ergebnis der Geistesarbeit der neueren Sozialisten seit mehr als hundert Jahren, einer Geistesarbeit, die im Marxismus gipfelt, der auch schon bald 90 Jahre alt wird. Auf dieser Arbeit beruht unsere felsenfeste Ueberzeugung von dem unaufhaltsamen Fortschreiten der Arbeiterklasse und ihrer schließlich Beherrschung des Staates. Sie kann nicht erschüttert werden durch die Ereignisse einiger weniger Jahre in einigen Staaten. Jener Jugend von heute, die nichts kennt, als ihre beschränkten persönlichen Erfahrungen, haben wir vor allem den Weg zu einer solchen wohlbegründeten Ueberzeugung zu erschließen. Das ist es, was getan werden muß, sollen wir wieder eine kampffähige Jugend gewinnen, die im Stande ist, nicht nur den Nationalsozialismus zu überwinden, sondern auch auf seinen Trümmern dauernd eine höhere soziale und politische Ordnung zu begründen,

die Selbstverwaltung der arbeitenden Massen in Staat und Wirtschaft.
Kein Zweifel, diese Arbeit geistiger Erhebung ist bei dem heutigen Stand eines großen Teils der Jugend unendlich mühsam. Aber umso notwendiger ist es, sie mit aller Macht in Angriff zu nehmen. Sie ist nicht zu umgehen dadurch, daß man ein neues Programm für jene geistig verirrten Elemente schafft, die zu faul sind, das Alte anzusehen oder nicht imstande, es zu begreifen.

Was heute vor allem für die deutsche Partei not tut, ist der Aufbau einer neuen Organisation und die Entwicklung einer neuen Taktik, die den neuen Verhältnissen angepaßt sind. Dazu brauchen wir das Studium sowohl der Verhältnisse der Gegenwart, wie das der Gesetze der politischen Ökonomie und überdies das der Geschichte des Sozialismus und der Staaten mindestens des letzten Jahrhunderts. Die Lösung aller dieser Aufgaben gibt uns reichlich genug zu tun. Ein neues Programm, wenn ein solches notwendig werden sollte, hat diese Parteilichkeit nicht zu eröffnen, sondern abzuschließen.

„Über Deutschland liegt Schweigen und Dunkel. Die Freiheit ist tot. Die Presse ist zum Schweigen verurteilt oder zu knechtischer Lobpreisung der Despoten gezwungen. Terrorbanden wüten gegen die Freunde der Freiheit. Der braune Schrecken geht um, die offizielle Lüge feiert Triumphe. Wir erheben gegen sie die Stimme der Wahrheit. In unserer Darstellung ist nichts erfunden, nichts kombiniert, nichts beschönigt, nichts aus agitatorischen Gründen übertrieben. Das Material dieser Darstellung ist gewissenhaft überprüft. Es ist geschichtliche Wahrheit.“ —

So beginnt Max Klingers: „Volk in Ketten“, das Buch über Deutschlands Weg ins Chaos. Haben Sie dies Werk schon bestellt? Schreiben Sie sofort an Verlagsanstalt Graphia, Karlsruhe, Kantstraße.

Der neue Dichter

Von Theodor Baldau.

Damals, als Max Sandow an seiner Feder verzweifelte, saß er noch im Berliner Literatencafé und wartete auf die weiße Taube der Eingebung. Er hatte das rote Kinn sorgenvoll in die Hand gestützt und schüttelte mit sehr zerlumpten Haaren. Schwer sei es mit dem Dichten jetzt, sehr schwer. Vor ihm lag ein Zeitungsarbeitsblatt, ein Preisausschreiben für den besten Roman des Dritten Reiches. Volkisch-herzlich sollte das Buch sein, erwachsen aus „Blut und Boden“. Das Hochlied des neuen, heldischen, nationalsozialistischen Menschen.

Seit drei Wochen beharrte Max sozusagen sich selbst. Er ist heute ein weitverbreiteter Typus in Nazedonken: seine Schmerzen sind die Schmerzen vieler freiwilliger oder unfreiwilliger brauner Groß- und Kleindichter, denn wie und was soll man, klagt er ganz forgerichtig, bei den neuartigen Ansprüchen eigentlich dichten? Einige braune Musterromane fehlten, bei denen das Heroische sozusagen lang liegt und das Nationale sozusagen breit. Jeder der neuen Literaturpünktle forderte etwas anderes. Göbbels möchte Soziales fürs Klad, aber das vertrat sich weder mit Thyssen, noch mit den Elakintoren der neuen Bonzen. Kultusbeamter Wilfried Bado verlangte in seiner Broschüre die „konservativ-revolutionäre Dichtung“, als ob der Dichter aus jeder Konfusion ein Gebilde gestalten könnte. Durch Erhalten etwas umstürzen — erst können wir Lachen... Nein, so herum ging's auch nicht. Und das Heroische? Erwa zum handfesten Maße den SA-Jüngling beschreiben, der durch seinen erhebenden Heroismus, so im Maßhalten oder Judenverbrechen besteht, eine schon

Von Stefan George zu Adolf Hitler

Von ALFRED KLEINBERG

Als Stefan George vor einigen Wochen starb, wollte das Wolffsche Telegraphenbüro zu berichten, der Dichter habe noch kurz vor seinem Tode in einem Briefe an Adolf Hitler betont, daß ihm die geistige Patenschaft am „Führergedanken“ und am „Dritten Reich“ zukomme. Wieviel Wahres an diesem bei Georges Wesensart höchst erstaunlichen Briefe ist, muß dahingestellt bleiben, soviel aber ist sicher, daß sich der lebende George jeder öffentlichen Stellungnahme zur Hitlerstrenge enthalten hat. Er sprach und schrieb nichts, was irgendwie als Zustimmung hätte ausgelegt werden können, und die Berufung in die Dichterkademie lehnte er, wie der Republik, so dem Dritten Reich ab. Mit dem, was sich da als „ausgegliedertem Staat“ und „einem Aristokratie“ auftrat, wollte er also offenbar nicht allzuviel zu tun haben — fragte sich nur, ob er ihm doch nicht geistig den Weg gebietet, nicht doch seine Seelenhaltung vorbereitet hat, aus der das Herrschertum einer kleinen Gruppe über die schweigende, in Demut erstarbende Masse hervorgehen konnte.

Um die Antwort vorweg zu nehmen: Es gibt wohl kein im Geistige überhöhtes Wort der neuen Männer, kaum einen Gedanken über Aulien, Ordnung, Zucht, Distanz, Würde, Rang, Führertum usw., der nicht von Stefan George und den Seinen geprägt worden wäre. Aber selten ist auch, ideal und soziologisch, eine von absoluten Aristokraten für Aristokraten erdachte Weltanschauung so unbedenklich im Pöbelische umgezogen, so zynisch ihres eigentlichen Sinnes beraubt worden, um Wegelagerer und brutale Vergewaltigung mit einem Schimmer des Geistigen zu verklären. Ein wider den Bourgeois und wider die Masse errichteter, in seiner Art bedeutender Gedankengang muß heute dem Sempt untermenschlicher Niedrigkeit als Wahrzeichen dienen, weil er — wirklicher Werk Einzelner und nicht einer ganzen Klasse — jedem zum Raube offenstand, der sich genug „Herzennatur“ fühlte, ihn zu interpretieren.

Denn man fällt George vom ersten Tage seines Auftretens an falsch auf, wenn man ihn nur aus der literarischen Opposition gegen Naturalismus, Neoromantik und andere dichterische Strömungen der Jahrhundertwende zu erklären sucht — er möchte vielmehr diese Ausdruckstheorien der Kunst für sich und seine Anhänger verachtungsvoll aus, weil in ihnen die „ruchlose“ Mechanisierung und Rationalisierung des Daseins und der demokratische Ausruf auf alle Vorposten der Kultur und Bildung Gestalt gewonnen zu haben schienen. Im gewollten Gegensatz dazu schuf sich das Herrertum um des Her-

rentums willen — also ein negatives, das sich darin erschöpfte, anders sein zu wollen als Masse und Bildungspulver, sonst aber einer positiven soziologischen Grundlage entbehrend — in und durch George seine eigene, nur ihm gehörige Kunst. Alles an ihr war darauf berechnet, wie eine siebenfache Hecke der Fremdheit und der kalten Abweisung den Zugang zu erschweren: der Privatcharakter der Zeitschrift „Blätter für die Kunst“, die trotz abweisender Rechtschreibung und Zeichensetzung die Neuschöpfung der Worte aus ihrem längst verschollenen Ursinn; der getragene Ton und die streng geschlossene, stolz abweisende Form der Gedichte; die vorsam herausgearbeitete heroische Gebärde des Priesters und Meisters. Und dem erlesenen Gebahren entsprach die erlesene Vorstellungswelt, von der sich George an den alten Nil und ins antike Hellas, zu primitiven Piktoren und Hirten und in den von Mord und Kaskaden erfüllten Palast des furchtbaren Priesterkalters Alghal trug: so, im Urtümlichen und Außergewöhnlichen, in Ekstasen und Sensationen des „zierig erwartenden Grauens“, deren dunkel-glühender Reiz dem Durchschnittsmenschen ewig verschlossen bleiben muß, entdeckt die Herrennatur sich und ihren Sonderwert erst ganz. Sie sind das heilige Mittel, um zwischen den göttlichen Einzelnen und die verhasste Herde des trübsüßigen Mittelmaßes einen unüberwindlichen, unüberwindlichen Raum zu legen; die Heroisierung und Vergeistlichung des absoluten Verbrenners Alghal versinnbildlichte um 1893 den absoluten Herrenmenschen ebenso, wie das heute Herrn Görings schwarz ausgeschlagene Arbeitskleid mit dem Reichswort an der Wand tun muß.

Ueber plastische Visionen, in denen sich durch unmittelbare Schöpfung und Gestaltung Herrertum und Masse, Weiße und Alltags von einander sondern sollten, kamen die Werke des ersten Jahrzehnts von den „Hymnen“ (1890) bis zum „Teppich des Lebens“ (1900) nicht hinaus; die Spätwerke „Der siebente Ring“ (1907), „Der Stern des Bundes“ und „Das neue Reich“ (1928) dagegen stellten schon ein positives System der Werte und Unwerte auf. In dessen Mitte steht ein Orden von Geistesaristokraten, die im Bewußtsein ihrer heroischen Sendung das Volksganze leiten, stehen je nach der Bedeutung des Menschen Herrschaft oder Dienst, Wesenheit und strenge Sondern der Lose. Das zitiert Wertlose aber sind individualistisches Bürgertum und „gleichmacherische“ Demokratie, man lese daraufhin:

Aus „Der Stern des Bundes“.

Die ihr die wilden dunklen Zeiten nennt

in eurer lughaft freien, milden, klugen: Sie wollten doch durch Grauen, Mord, Mord, Durch Fräule, Wahn und Irrtum hin zu Gott. Ihr Freier als die ersten blüht den Gott. Schafft einen Götzen, nicht nach Selbem Bild Kosend benannt und geschick wie noch keiner. Und werft ihm euer Bestes in den Schlund. Ihr nennt es euren Weg und wollt nicht reiben, in trockenem Taumel rappend, bis auch allen Gleich feig und feil steht Gottes rotem Blut Des Götzen Eiter in der Adern Rint.

Eine noch deutlichere Sprache reden bezüßlicher Weise die grundsätzlichen Äußerungen Georges und seiner Schüler Wolters, Hildebrandt, Gundolf und Friedemann im „Jahrbuch für geistige Bewegung“ (seit 1910). Sie sind tatsächlich, ganz wie er Wolters will, eine einzige „offene Kriegserklärung an die Gegenwart, nein, härter noch: ihre Nichtigkeitserklärung als menschenzerstörender Verderb mit ihrem fachen Fortschrittszahn, ihrem saten Vollkommenheitsglauben, ihrem Massezankel und ihrer alles zersetzenden Analyse und Ratio“. Füllen wir diese Pauschallage ins einzelne auseinander, so finden wir da, wieder von Wolters gefolgt, den planvoll-bezweckten Kampf gegen den Schutz und Kult des Schwachen. Wir finden den bitterbösen Hohn auf den „Fliegengott der Massen, die alles Hohe bespielen, sich ihrer Niedrigkeit und Gemeinheit rühmen und ihres eckigen Gewinnels froh sind“; finden den Vorwurf gegen die Wissenschaft, daß sie „keine seelischen Werte schaffen, sondern nur belastende und zersetzende Wirkungen auf die menschliche Seele ausüben“ und daß an ihrem Ausgang „Lähmung oder gar Einballe aller schöpferischen Fähigkeiten und Tat“ stehen; und finden namentlich einen grenzenlosen Haß gegen die Freiheit, der sich bis zu den Napoleon geltenden Versen versteigt:

Die Schmach, die von Dir kam: Dein Fuß im Nacken, War mehr uns wert als manche matten Siege.

Auf der Tafel der wahren Werte dagegen steht statt der „Orgien“ der Forschung und Vernunft die „aluhige Scham“, statt des „Scheitels einer endgültigen Aufklärung der Wille zur Stärkung des heutigen Daseins und der Dienst am Werk des lebenden Meisters“ — aber wohlgeordnet; nicht ledig der sich oben, sondern nur der Berolene, „Urteil erfordert Rang“. Dafür sind aber auch die Meister dieser neuen, geisteswissenschaftlichen Art „staatschaffende Heroen als Ursprung und Mitte der natürlichen wie geistigen Bildung eines Volkes“, ihre Arbeiten nicht mehr „Bücher, die nur Wissensstoff ord-

durch langes blondes Haar genügend deutsch veranlagte Marxisten beküßert? Solcher Kitsch überschwebte dem Markt bereits hinreichend und Hans Griem konnte den Schumannpreis trotzdem nicht verlieren...

Blut und Boden — wenn man nur wollte, was das ist? War es die frühere Heimat, ein Stück Schuß Antisemitismus? Tat man von letzterem jedoch zuviel dran, so entstand unzulässiges Grundmaterial für's Ausland, zu wenig Antisemitismus hingegen wiederum galt als Mangel an guter Gesinnung. Ein Elend wars!

Vielleicht versuchte man's mit einem historischen Rassen-Roman? Wie aus deutschem Boden der deutschbürtige Arier entstand! Jedoch in der rassistischen Vergangenheit herumwühlen, war zu gefährlich. Nichts als Mischrasse, sowohl das blaue Auge zwischen Rhein und Oder reichte. Und wenn schon die Japaner arisch sein sollten, wer dann nicht? Vielleicht könnte man den ganz nördlichen Menschen zum Epos verwalzen! Aber die Kerle dachten demokratisch und fielen sich mit Vorliebe von marxistischen Ministern regieren... Ein Kreuz war das, ein Kreuz — von der Religion gar nicht zu reden. Wotan oder Christus — welcher braune Dichter konnte seine Leute noch richtig und preisgelernt lassen?

Da lag nun das Preisausschreiben und forderte den neuen Heldentyp! Schließlich konnte man, wenn man's recht bedachte, eigentlich kaum fehlgehen, wenn man einen Führer zum Helden des Romans erwählte. Aber wen? Hitler — der war etwas zu unbewußt; da fehlte die Liebesgeschichte mit nachfolgenden Kindern... Untauglich. Und Göring? Zuviel Morphium dabei und die schwedische Etappe. Göbbels — zu schwach über die Brust; reden wir nicht weiter davon. Rühm —

das würde ein Buch für Lustknaben und solche, die es werden wollen... Frick konnte zwar — endlich einmal — mit Frau und Kindern protzen, aber dafür konnte er den großen Krieg nur von Pirmis aus.

Ist es dem Dichter zu verdanken, daß er sahnte? In allen Konjunkturen hatte man sich zurecht gefunden — in der Neoromantik, im Expressionismus, in der neuen Sachlichkeit, in der rasenden Reportage — und plötzlich konnte man nicht mehr erdichten... Kein Zweifel, so hatten ihn, verdammt nochmal, der Marxismus und die alles verwelkliche Demokratie verdorben! Damals dürfte einer dichten, wie er wollte, wie ihm der Schnabel gewachsen war. Infolgedessen versagte man jetzt vor der braunen Maßarbeit. Weil man nie gelernt hatte, auf höheres Kommando nach nationalen Richtlinien zu taktieren. Das war es und das rihte sich jetzt... Eine Dichterschule mußte her, ein Arbeitslager aus Blut und Boden für neuheldische Poesen —

Als ich den noch immer Ringenden das letzte Mal traf, hockte er im Café „Vaterland“. Dort sammelte Max zwischen SA-Uniformen heroische Inspirationen. „Jetzt habe ich einen Stoff, bin schon feste drüber!“ blitzte er mich triumphierend ab. „Denken Sie sich einen Dichter, der seinem Volke dienen und etwas großes Heroisches schreiben will. Aber er findet den Stoff nicht und findet ihn nicht, er hat die Verbindung mit Blut und Boden verloren, weiß nicht, was das ist. Gedankfreiheit und Demokratie haben ihn bequem gemacht, er kapiert das neue Stichwort nicht. Doch sitzt er da, verzweifelt an sich, frucht der ehemaligen Freiheit, die jeden dichten ließ, wie er wollte, geht hin und erschließt sich...“

Mit großem Blick belauerte er in meinem Gesicht die Wirkung seiner Konzeption. — „Was denn?“ fragte ich nicht ohne Tremolo in der Stimme. „Sie wollen sich erschließen?“

„Ich machte er erstaut, „wieso denn ich?“

„Warum denn gerade Sie nicht?“ gab ich roh zurück.

Max sah mich teils erzürnt, teils bestürzt an, einige berufsmäßige Horcher machten bereits lange Ohren, und wer weiß, was geschehen wäre, wenn in der Nähe der Tür sich nicht ein Tannstübchen erhoben hätte. SA-Leute hatten einen alten Herrn, der großes entrat, mit einem „Heil Hitler!“ angeordnet. „Gut zum Gruß“, antwortete der. Das wurde als Provokation betrachtet, und braune Uniformen bemitleideten sich des grauhäutigen Seidenfrieds.

Dieser Wirbel drehte auch mich unaußällig mit hinaus, während Max die Füllfeder zückte und heroisch vor sich hin dichtete.

„Prinzen sieht man jetzt viel“

Aus der Gesellschaft des Dritten Reichs

In der „Zittauer Morgenzeitung“ vom 24. Dezember liest man folgenden Berliner Brief:

Die aus vielen Filmen bekannte und beliebte Filmdarstellerin Maria Paudler hat am Sonnabend voriger Woche geheiratet, und das war ein kleines gesellschaftliches Ereignis. Ihr Gatte ist Herr Skalden, ein Kameramann, der interessante Experimente mit dem farbigen Film unternommen hat. Das junge Paar hat die kleine Villa bezogen, die früher die jetzt in der Schweiz wirkende Kammerherrin Sigrid Onegin bewohnt hat, und da erschienen am Sonnabend rund hundert Gäste zur Feier. Man sah den Staatskommissar Häkel, man sah den Prinzen von Schaumburg-Lippe, der Adjutant bei Dr. Göbbels ist, und eine ganz große Überraschung gab es am späten Abend, als

Sozialdemokratie und Krieg

Von Karl Kautsky.

Vorbemerkung. Die hier veröffentlichte Abhandlung bildet das letzte Kapitel eines eben von mir zum Abschluß gebrachten Werkes, das die wechselnde Stellung der verschiedenen sozialistischen Richtungen der Neuzeit zu der Kriegsfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung untersucht und darstellt. Dieses Werk schließt die Buchserie über »Krieg und Demokratie« ab, deren erster Band, umfassend die Revolutionskriege bis 1848, 1932 erschien. Zwei weitere Bände über die Kriege von 1854 bis 1878 liegen druckfertig in meinem Schreibtisch.

Das hier mit einigen Kürzungen abgedruckte Kapitel ist ein Ganzes für sich, es enthält eine kurze Zusammenfassung wichtiger Gesichtspunkte, die vorher entwickelt wurden und Schlußfolgerungen für die Haltung der Sozialdemokratie bei einem kommenden Krieg. Da dieses Kapitel in den letzten Wochen leider höchst aktuell geworden ist, veröffentliche ich es jetzt schon. Denn es ist gar nicht abzusehen, wann es mir gelingen wird, das ganze Werk erscheinen zu lassen, angesichts der katastrophalen Lage des deutschen Buchmarktes für Arbeiten selbständig denkender Autoren, namentlich für solche, die der Untugend verfallen, dicke Wälzer abzufassen. K. K.

1. Die drohende Kriegsgefahr.

Jene unter den Sozialisten Frankreichs und Englands, die 1914 begeistert ihren Regierungen in den Krieg folgten, taten das in der Erwartung, daß sie damit gegen den Krieg selbst ins Feld gingen. Der einzige Friedensstörer sei der deutsche Militarismus. Der Krieg gegen ihn werde zum letzten Krieg. Seine Niederwerfung bringe ewigen Frieden.

Das erwies sich leider als Illusion. Wohl waren die Verwüstungen und Opfer des Weltkriegs ungeheuer und noch ungeheurer die Zunahme der vernichtenden Kraft der Kriegstechnik, die ihm folgte. Daher schreckten bisher die Völker der Zivilisation schauernd vor jedem neuen Krieg zurück. Aber trotzdem wird jetzt wieder sehr laut und allgemein von neuer Kriegsgefahr gesprochen und damit erstet auch für die sozialistischen Parteien und ihre Internationale wieder die alte Frage: Was tun gegen den Krieg, was tun, wenn der Krieg wieder ausbrechen sollte?

Die Frage, wie die Sozialisten einen Krieg verhindern könnten, hat Marx und Engels nie beschäftigt. Sie wäre in der Tat für sie müßig gewesen. Denn eine Regierung, die von den arbeitenden Klassen abhängig ist, wird nie eine Kriegspolitik treiben, ohne der Zustimmung dieser Klassen sicher zu sein. In einem Staate dagegen, in dem die arbeitenden Klassen keinen beachtenswerten Machtfaktor darstellen, sind sie der Regierung gegenüber nie schwächer, als unmittelbar vor einem Krieg und bei dessen Beginn. Verfügen die Arbeiter und Sozialisten nicht über die Kraft, eine kriegerische Regierung dieser Art mitten im Frieden zu stürzen, so sind sie in der Regel noch weniger dazu imstande bei Kriegsausbruch.

Marx und Engels haben sich bei einem ausbrechenden Krieg stets nur gefragt, auf welche Seite sie sich zu stellen hätten. Um diese Frage zu beantworten, untersuchten sie, wer es sei, der tatsächlich den Krieg veranlasse, wer der Angreifer sei. Sie erwogen aber nicht minder eifrig die Frage, wem wahrscheinlich der Sieg zufallen dürfte, und wie die dadurch geschaffene neue Situation auf Demokratie und proletarischen Klassenkampf wirken werde, welche neuen Aussichten und Möglichkeiten sich daraus ergeben, für die wir uns vorzubereiten hätten, um sie zweckmäßig auszunutzen zu können.

Bei manchem internationalen Konflikt gingen Marx und Engels sogar noch weiter. Einen großen Feind der gesamten europäischen Demokratie erblickten sie in dem russischen Zarenismus. Lange Zeit hindurch sahen sie keine andere Möglichkeit, ihn zu stürzen, als einen Krieg der Westmächte gegen Rußland. Wer immer diesen Krieg zu führen gedachte, für den setzten sie sich ein. Noch im Jahre 1878 hielten sie einen Krieg Englands und Oesterreichs gegen Rußland für entschieden nötig.

Bald darnach starb Marx. Engels erlebte aber noch eine Zeit, in der ihm jeder Krieg so furchtbar erschien, daß dessen nicht bloß ökonomischen, sondern auch moralischen und politischen Schäden jeden Nutzen weit aufwiegen mußten, den eine

aus ihm entspringende Revolution bringen konnte. Er kam zu dieser Ueberzeugung durch das Studium der fortschreitenden Kriegstechnik, die immer größere Massenhäute aufbiete und ihnen immer größere Vernichtungsmittel zur Verfügung stelle. Dazu gesellte sich das Aufkommen einer revolutionären Bewegung innerhalb des russischen Reiches, die eine Ueberwindung des Zaren ohne auswärtigen Krieg möglich erscheinen ließ. Entschieden warnte damals Engels jene unserer Genossen, die zur Beschleunigung der Revolution einen Krieg wünschten. In der Tat muß eine Revolution, die hervorgerufen wird durch einen Krieg, uns unter so ver-

perialismus und in dem sei jeder Krieg ein Kampf zweier Räuber um eine Beute und daher jeder der Kriegführenden in gleicher Weise zu verurteilen. Und das Proletariat sei stark genug, in jedem Staat jede Kriegshandlung zu vereiteln, wenn es nur wolle. Der Streik, womöglich der der Soldaten, zumindest der der Arbeiter, namentlich der Arbeiter im Transportwesen und in der Fabrikation von Waffen und Munition, sei ausreichend, jeden Krieg unmöglich zu machen. Auch wenn sich unglücklicherweise die Soldaten und Arbeiter zu solcher Arbeitsverweigerung nicht entschließen könnten, sei es doch die Pflicht aller Sozialisten in jedem kriegführenden

Neben dieser Auffassung kam jedoch im Weltkrieg noch eine andere in den Vordergrund, die bis dahin kaum beachtet worden war. Auch diese Auffassung hielt es nicht für notwendig, angesichts eines Krieges zu untersuchen, wer der Angreifer, wer der Angegriffene sei, oder wessen Sieg die größten Gefahr für den internationalen Sozialismus und die internationale Demokratie bedeute. Jedes Land, das in einen Krieg verwickelt sei, werde von feindlichen Armeen bedroht. Die feindliche Invasion und die Niederlage seien das schlimmste Unheil für alle Klassen des Volkes. Das eigene Land gegen eine feindliche Invasion zu verteidigen, die eigene Regierung dabei kräftig zu unterstützen, damit sie siege, werde daher von vornherein zur heiligsten Pflicht eines jeden Staatsangehörigen, der sein Volk liebe.

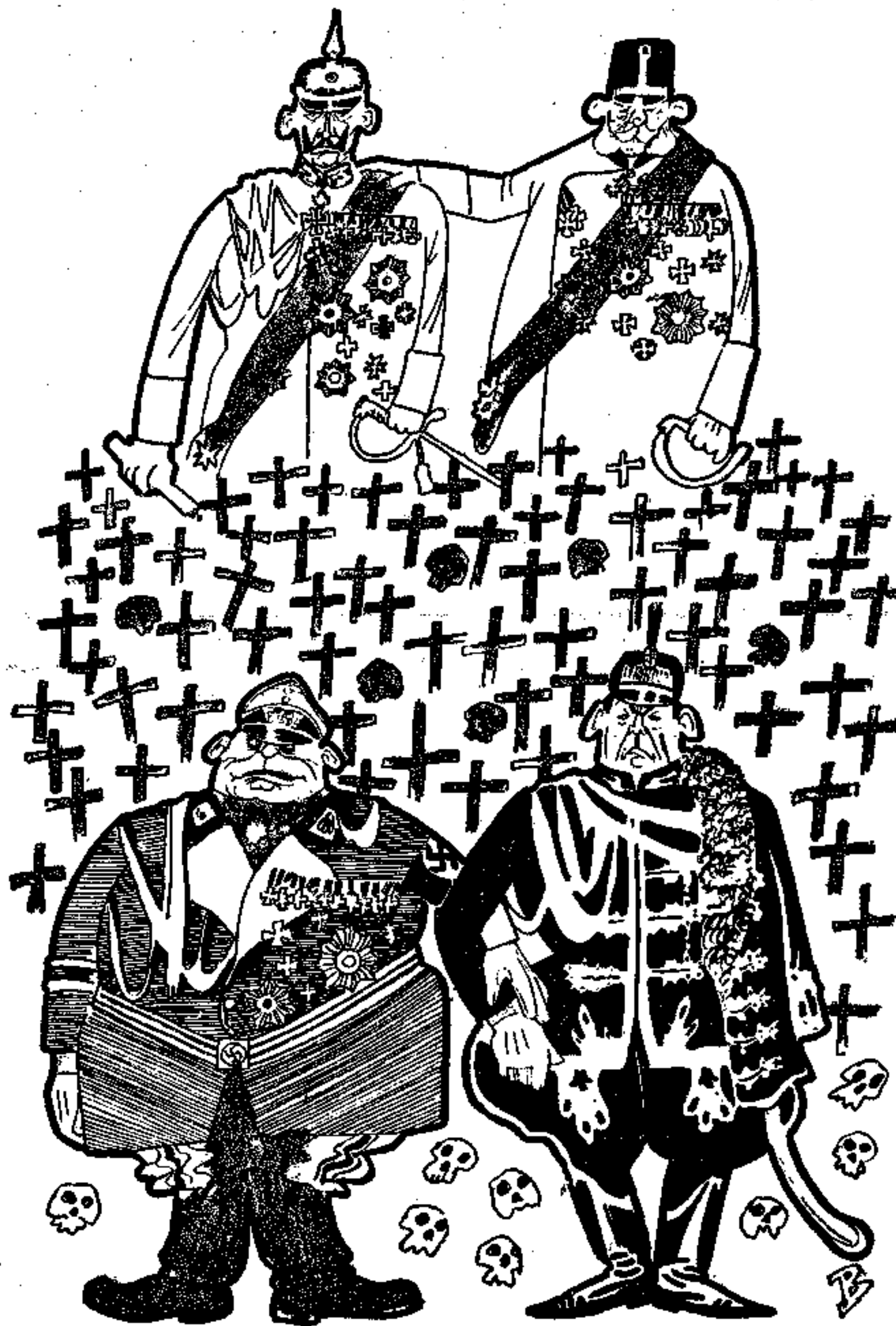
Diejenigen, die so argumentieren, vergessen, daß es ein weit sicheres Mittel gibt, im Kriege das eigene Volk und Land vor einer feindlichen Invasion und vor den Schrecken einer Niederlage zu bewahren, als ein siegreiches Heer: Das ist die rascheste Herbeiführung eines demokratischen, auf gegenseitiger Achtung der Selbständigkeit und der Lebensbedingungen der Völker beruhenden Friedens. Die Pflicht, das eigene Volk vor Invasion und Vergewaltigung nach einer Niederlage zu bewahren, zieht keineswegs ohne weiteres die Pflicht nach sich, die eigene Regierung im Kriege zu unterstützen. War es deren Politik, die den Krieg durch unbillige Forderungen herbeiführte, ist es deren Politik, die den Krieg durch solche Forderungen verlängert und den demokratischen Frieden unmöglich macht, dann ist es die eigene Regierung, die das Volk den Gefahren der Invasion und Niederlage und allen Schrecken des Krieges aussetzt. Dann ist es höchste Pflicht nicht nur gegenüber der Internationale, sondern gegenüber dem eigenen Volk, dieser Regierung entgegenzutreten, wenn möglich, sie zu stürzen, um eine andere an ihre Stelle zu setzen, die gewillt und imstande ist, den Krieg raschest durch einen demokratischen Frieden zu beenden.

Das wurde im Kriege vielfach in sozialdemokratischen Kreisen verkannt. Aus der Pflicht zur »Landesverteidigung« leitete man die Pflicht zum »Burgfrieden« ab, zur Verteidigung der Regierung. Diese Pflicht ergäbe sich bereits aus der Tatsache, daß das Land im Kriege stehe. Sie zu erkennen, dazu bedürfte es keiner Untersuchung darüber, wer der Angreifer oder welches der Charakter der eigenen Regierung und der der gegnerischen sei. Die Pflicht zum Burgfrieden während des Krieges sei eine absolute, durch die Natur der Dinge selbst gegeben.

Wie die Verfechter der absoluten Pflicht zur Feindschaft gegen jede Regierung im Kriege, behaupteten auch die der absoluten Pflicht zum Burgfrieden, das sei ein Prinzip, das in der Sozialdemokratie schon vor dem Weltkriege allgemeine Geltung erworben habe. In Wirklichkeit hatte das eine Prinzip ebensowenig wie das andere jemals allgemeine oder auch nur weitergehende Anerkennung in unseren Kreisen vor dem Weltkriege gefunden.

Die Mehrheit der Sozialdemokratie war bis dahin stets der alten Auffassung treu geblieben, wir müßten im Kriege Unterschiede machen zwischen den Regierungen, vor allem unterscheiden zwischen dem Angreifer und den Angegriffenen. Alle Kraft, über die die Internationale verfüge, moralische, politische, ökonomische Kraft, müsse sich gegen den Angreifer wenden. Wir geben zu, daß es mitunter unmöglich sei, klar zu erkennen, welches der Angreifer, welches der Angegriffene. Aber auch in diesem Falle würden die beiden kriegführenden Regierungen für den internationalen Sozialismus nicht auf gleicher Stufe stehen. Die eine würde für ihn gefährlicher, ihr Sieg verderblicher sein als der andere. So war es z. B. 1904 im Konflikt zwischen Rußland und Japan schwer möglich zu sagen, welche der beiden Mächte der Angreifer sei. Beide waren Räuber, die sich um eine Beute — Korea und die Mandschurei — stritten. Aber daran war kein Zweifel möglich, daß für den Sozialis-

Rominten



Noch einmal?

zweifeln Umständen zur Macht bringen, daß jede Regierung Gefahr läuft, sich erfolglos abzumühen und schließlich zu scheitern. Seit Engels Tod haben sich die Gründe gegen die Förderung der Revolution durch einen Krieg enorm vermehrt.

Darüber ist ein Zweifel nicht mehr möglich. Wie aber haben wir uns zu verhalten, wenn gegen unseren Willen eine der Regierungen an die Gewalt der Waffen appelliert? Haben wir uns an das Beispiel zu halten, das uns Marx und Engels in solchen Fällen gegeben oder sind im letzten halben Jahrhundert Veränderungen eingetreten, die ein anderes Verhalten erforderlich machen?

Das letztere ist in der Tat in der zweiten Internationale von einem Teil der ihr angehörenden Sozialisten mit aller Entschiedenheit behauptet worden. Man erklärte, es sei nicht notwendig, im Kriegsfall zu untersuchen, wer der Angreifer sei. Jede Regierung, die in einen Krieg eintrete, sei in Unrecht und müsse bekämpft werden. Wir lebten im Zeitalter des Im-

Landes, solches Tun zu propagieren und zu organisieren, die eigene Regierung rücksichtslos zu bekämpfen, sowie alle Kriegshandlungen zu sabotieren.

Der Kampf dieser Auffassung gegen jene, von der sich Marx und Engels, ja die gesamte Sozialdemokratie hatte ehe dem leiten lassen, erfüllte die ganze Zweite Internationale bis zum Weltkrieg. Es gelang der neuen Auffassung nicht, sich in ihr durchzusetzen. Aber ihre Anhänger machten Spektakel genug, um weiten Kreisen den Glauben einzufloßen, sie repräsentierten die wahre sozialdemokratische, internationale Gesinnung. Wer sich im Kriege auf Seite seiner Regierung stelle, aus welchem Grunde immer, sei ein Verräter an den heiligsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, trete dafür ein, daß die Proletarier verschiedener Länder um kapitalistischer Interessen willen einander abschachteten, anstatt daß sie sich zusammentäten, um vereint den gemeinsamen Feind, das internationale Kapital niederzuwerfen.

mus und die Demokratie der Welt, ein Sieg des Zaren ungleich verhängnisvoller gewesen wäre, als ein Sieg des Mikado.

Also bei drohendem Kriegausbruch ist weder »Burgfrieden« noch unbedingte Opposition gegen die Regierung von vorneherein selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten. Vielmehr haben wir in solcher Situation vor allem nach Klarheit über das Vorgehen und den Charakter der einzelnen am Konflikt beteiligten Regierungen zu streben, um von dem Ergebnis der Untersuchung unsere Haltung abhängig zu machen.

Bringt aber dies Verfahren nicht die Gefahr mit sich, daß dabei die Sozialisten verschiedener Länder zu verschiedenen Auffassungen über die einzelnen am Kriege beteiligten Regierungen kämen und daß dies die sozialistische Internationale gerade in dem Moment sprengt, in dem sie für die Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Welt überall am wichtigsten wird?

Gewiß schließt die Auffassung, daß in einem Kriege heute jede Regierung von vornherein, ohne weitere Untersuchung, als Angreifer zu betrachten sei und daher entschiedenster Opposition zu begegnen habe, einen Zwist innerhalb der Internationale in der Kriegerfrage aus. Aber leider kann diese Auffassung mitunter in so flagrantem Widerspruch zu den Tatsachen geraten, daß nur kleine phantasierte Sekten sich zu ihr zu bekennen vermögen, die für die Wirklichkeit blind sind. Bei Ausbruch des Weltkriegs hat jene Auffassung auf die Volksmassen nirgends irgendeinen merkbaren Einfluß geübt.

Die gegensätzliche Anschauung, daß im Kriege wegen der Landesverteidigung alle Sozialisten hinter ihrer Regierung stehen müßten, ist dagegen freilich von vornherein mit jedem Funktionieren der Internationale in einem Krieg unverträglich. Daß gleiche kann jedoch nicht von der Regel gesagt werden, daß die Haltung zu den einzelnen am Kriege beteiligten Regierung keineswegs von vornherein prinzipiell für alle in gleicher Weise festgelegt werden könne, sondern abhängig von der Schuld zu machen sei, die jede der Regierungen am Kriegausbruch und dann an der Fortsetzung des Krieges trage.

Gewiß können in dieser Frage größere tiefgehende Meinungsverschiedenheiten auftauchen, die schließlich solche Dimensionen annehmen, daß sie die Internationale sprengen. Aber dieses Resultat muß keineswegs mit Notwendigkeit eintreten. Ob es dazu kommt, das hängt weniger von der Verfassung der Internationale und der Höhe des internationalen Bewußtseins bei den Sozialisten der verschiedenen Länder ab, als von dem Charakter des Krieges. Je komplizierter dieser, je schwerer es ist, seine treibenden Kräfte herauszufinden, desto leichter wird es zu Verschiedenheiten in der Auffassung des Krieges, seines Ursprunges und Wesens kommen.

Im Weltkrieg zerfiel die Internationale vor allem deshalb, weil sein Charakter als

Koalitionskrieg hüben wie drüben weit komplizierter war, als der eines anderen Krieges vor ihm. Daß dieser Zerfall nicht einem Mangel an internationalem Bewußtsein zuzuschreiben war, erhielt schon daraus, daß sich die einander eben noch wütend bekämpfenden Parteien der Internationale nach Kriegsende so rasch wieder zusammen fanden.

Wie leicht in einem großen Kriege Meinungsverschiedenheiten auftauchen können und eine wie scharfe Zuspitzung sie durch die Leidenschaften erhalten können, die ein Kriegsgewitter entfesselt, das zeigt uns z. B. der Beginn des deutsch-französischen Krieges von 1870. Bloß zwei Mächte waren an ihm beteiligt und doch, wie groß wurden in den ersten Wochen des Krieges die Gegensätze z. B. innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, etwa zwischen Bebel und Liebknecht auf der einen Seite und dem Parteivorstand auf der anderen! Vorübergehend stimmten nicht einmal Engels und Marx in ihren Auffassungen der Kriegsursache und der Haltung zum Kriege überein.

Es hätte damals leicht zur Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie, ja sogar in der Internationale kommen können, wenn der Krieg sich lange militärisch und politisch unentschieden hingezogen hätte. Aber 1870 vollzogen sich die Ereignisse des Krieges anders, als in den Jahren von 1914 bis 1918. Binnen einem Monat waren die Armeen des französischen Kaiserreiches vernichtet, war aber auch der Charakter des Krieges unzweifelhaft klargestellt: Die neubegründete französische Republik bot einen ehrenhaften Frieden an, die preussische Militärmonarchie verlangte die Annexion eines halben Teiles Frankreichs, aus militärischen, nicht nationalen Gründen, denn die Elsäßer bildeten keine deutsche Irredenta, sondern lehnten aufs energischste ihre Loslösung von Frankreich ab. Um die gewaltsame Annexion durchzusetzen, führten die Deutschen den Krieg nach Sedan weiter.

Da zeigte sich, daß die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Sozialdemokratie und auch sonst unter den Sozialisten nichts mit einem Mangel an internationaler Solidarität zu tun hatten. Sobald der Charakter des Krieges klargestellt war, trat vollständige Einheitlichkeit in der deutschen Sozialdemokratie und der Internationale ein.

Für diese Klärung zu sorgen, das wird in einem Kriege stets die erste und wichtigste Aufgabe des internationalen Sozialismus sein. Sie kann nicht von vornherein für alle Kriege durch internationale Beschlüsse hergestellt werden, sie muß bei jeder auftauchenden Kriegsgefahr immer wieder von neuem in Angriff genommen werden. Wie weit sie gelingt, wird vor allem von der Art des Krieges abhängen, d. h., von der Art der Regierungen hüben wie drüben, die an dem Konflikt beteiligt sind.

Es kann natürlich ungeheuer schwierig werden, namentlich bei einem Weltkrieg

zweier großer Koalitionen, herauszufinden, welche der beteiligten Regierungen ihn tatsächlich hervorgerufen, nicht bloß formell eröffnet hat, und noch schwieriger sich darüber klar zu werden, welche Konsequenzen für die menschheitliche Entwicklung der Sieg der einen oder der anderen Gruppe nach sich ziehen werde.

Doch gibt es ein Mittel, das nicht nur bei Kriegsbeginn, sondern auch mitten im Kriege es jederzeit gestattet, daß die Sozialisten eines Landes und auch die Internationale sich klar werden über die Haltung, die sie zu seiner Regierung einzunehmen haben: Sie müssen von ihr verlangen, daß sie offen und ehrlich die Kriegsziele kundgibt, die sie verfolgt, und sie müssen zu jeder Regierung in entschiedene Opposition treten, die es verweigert, ihre Ziele klar und unzweideutig darzulegen oder deren Kriegsziele derart sind, daß sie einen raschen demokratischen Frieden unmöglich machen. Einen solchen, nicht einen Frieden um jeden Preis, hat die Sozialdemokratie eines jeden Landes stets zu fordern, über ihn wird sich die Internationale leicht einigen. Eine klare Darstellung ihrer Kriegsziele hat bei ausbrechenden, ja schon bei drohendem Kriege jede sozialdemokratische Partei eines in den Konflikt verwickelten Landes von ihrer Regierung zu fordern und von der Beantwortung die eigene Haltung abhängig zu machen. Die Sozialdemokratie darf sich dabei nicht mit allgemeinen zweideutigen Redensarten abspesen lassen. Sie muß verlangen, klar und unmißverständlich zu erfahren, um was der Konflikt sich dreht, welche Ziele die Regierung anstrebt.

Diese Aufklärung haben leider die sozialistischen Parteien der meisten kriegführenden Länder bei Beginn des Weltkrieges nicht verlangt und doch wäre sie gerade in diesem Falle besonders notwendig, allerdings auch besonders schwer zu geben gewesen. Der Krieg Österreichs gegen Serbien wurde noch durch ein Ultimatum mit bestimmten Forderungen eingeleitet und begründet. Das ermöglichte es, daß die gesamte Internationale einig war in der Verurteilung des österreichischen Vorgehens. Aber diejenigen Ultimaten, die den österreichisch-serbischen Konflikt zu einem Weltkrieg erweiterten, die Deutschland an Rußland, Frankreich, Belgien, waren rein militärischer Art, sie drehten sich bloß um Fragen der Mobilmachung oder Neutralität, die wohl für die Art der eventuellen Kriegführung sehr wichtig waren, dagegen nicht die leiseste Andeutung über ein Kriegsziel enthielten.

Sollte trotz aller Bemühungen, einen Krieg zu verhindern, ein solcher wieder ausbrechen, dann wird es die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratie sein, Klarheit über die konkreten Kriegsziele jeder der am Kriege beteiligten Regierungen zu erlangen, wenn die Dinge nicht so einfach liegen sollten, daß ohne weiteres die Klarheit gegeben ist. Schluß folgt.

Nürnberger Versprechungen

Kinderbeihilfe — aber wann?

Der nationalsozialistische Staatssekretär Reinhardt hat auf dem Nürnberger Reichsparteitag in prahlenden Worten von den Kinderbeihilfen für kinderreiche Familien gesprochen. In ein bis zwei Tagen sollte die Durchführungsverordnung erscheinen und die Kinderbeihilfen ab 1. Oktober zur Auszahlung gelangen. Seitdem sind mehr als vierzehn Tage vergangen, ohne daß die Durchführungsverordnung erschienen wäre.

Die »Frankfurter Zeitung« kann aber einiges aus der angekündigten Durchführungsverordnung mitteilen. Danach stellt sich diese Hilfsaktion als eine einzigartige Fopperie der kinderreichen Familien dar. Denn die Verordnung macht alle in Frage kommenden Hilfsbedürftigen — es sind dies etwa 800.000 kinderreiche Familien — darauf aufmerksam, daß sie aus dem Inkrafttreten der Verordnung am 1. Oktober 1935 nicht schließen dürfen, daß sie schon im Oktober oder auch nur noch vor Weihnachten die Beihilfe erhalten. Von den 800.000 Familien würden zunächst höchstens 250.000 ausbezahlt werden, und die Verteilung der Beihilfe an diese 250.000 Familien werde sich mindestens drei Jahre lang hinziehen. Höchstens 60.000 bis 70.000 Fälle sollen in einem Jahre erledigt werden.

Das bedeutet also, daß die überwältigende Mehrheit der beihilfebedürftigen Familien die einmalige Unterstützung frühestens in fünf bis sechs Jahren, meistens aber wohl noch später erhält.

Ein nicht geringer Teil wird erst nach zehn, zwölf, oder dreizehn bis vierzehn Jahren in den Genuß der Unterstützung kommen!

Wenn von den früheren Reichsregierungen, die unter sozialdemokratischem Einfluß standen, soziale Hilfsaktionen über das ganze Reich hinweg durchgeführt wurden, die mehr als 800.000 Familien erfaßten, so waren dazu in der Regel nur ein paar Wochen notwendig. Die Hitlerregierung zieht eine einmalige Unterstützungsaktion mehr als zwölf Jahre in die Länge. Nicht etwa, weil sie dazu verwaltungsmäßige Gründe zwingen, sondern weil diese Kinderbeihilfe eben doch im wesentlichen nichts anderes ist als ein großer Bluff!

Der Vogel

»Wer dem Vogelsang im deutschen Walde zu lauschen versteht, wird überraschende Feststellungen machen. Die Gemütsstimmung dieses Sanges ist so unverkennbar deutsch, daß man über diese Einwirkung von Natur und Rasse verblüfft ist.«

(Aus »Am Quell deutscher Kraft«.)

Das billigste Nahrungsmittel

Aus einem »zeitphilosophischen Stimmungsbild« des deutschen Rundfunks.

»Bei uns hungert niemand. Wir machen alle satt! Auch Hingabe an eine große Idee kann satt machen!«

Hingabe nährt,
Erkenntnis zehrt!

Deutschland

Es ist wahr, Deutschland ist erstarkt, erwacht —

Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Die Milliarden Tränen, die es geweint,
Die sind seine Stärke und Macht.

Es ist wahr, Deutschland ist heute friedensgewillt —

Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Denn der Nazi, das ist der innere Feind,
Den's zuvor zu vernichten gilt.

Es ist wahr, daß die Deutschen einig sind —
Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Im Haß sind heute die Deutschen geeint,
Im Haß, der im Blute gerinnt.

Es ist wahr, in Deutschland wirds wieder licht —

Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Denn das Licht, das in der Finsternis scheint,
Heißt Aufbruch, heißt Recht und Gericht.

Argo.

Vorläufer des Judenhasses

Der Franzosenhaß von 1870.

Die Haßpsychose, in die ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes von seinen Machthabern gegen die Juden getrieben wird, scheint vielen Menschen unerklärlich, beispiellos. Es ist jedoch auch in vergangenen Zeiten der nationalistischen Hetze in Deutschland stets geglickt, nach ihren damaligen Zwecksetzungen das Volk in ähnliche Raserei zu bringen. Namentlich im Franzosen-

haß, der im neunzehnten Jahrhundert die Volkseele zu vergiften begann, findet man viele Parallelen zu der heutigen Erscheinung. Vor allem die, daß ein großes kultiviertes Volk dem eigenen als völlig verkommen, stillos, gemein hingestellt wird — wobei man selbstgefällig den Gegensatz der eigenen Reinheit und Größe hervorhebt. Dabei war auch in früheren Zeiten charakteristisch, wie die plumpesten Verallgemeinerungen, die skrupellosesten Verzerrungen gerade von der sogenannten Schicht der Gebildeten begierig aufgenommen wurden.

Während des achtzehnten Jahrhunderts sah die Oberschicht in Deutschland die Franzosen noch als Lehrmeister und Vorbild an. Der Alte Fritz, wohl deswegen heute zum »ersten Nationalsozialisten« befördert, dichtete und schrieb bekanntlich ausschließlich in französischer Sprache. Die klassische deutsche Dichtung brachte die geistige Emanzipation der bürgerlichen Schichten vom Franzosentum. Aber ein eigentlicher Franzosenhaß entstand erst infolge der napoleonischen Eroberung und Bedrückung.

Schon in den Freiheitskriegen trieb der Franzosenhaß, als Haß gegen die Fremdherrschaft damals begrifflich, wilde Blüten: »Auf Henkersblut, Franzosenblut, — o süßer Tag der Rache«, dichtete Arndt, ähnlich Körner: »die wilde Jagd und die deutsche Jagd, auf Henkerblut und Tyrannen«. Das blieb immerhin im Rahmen der — selten feinfühlig — Kriegerpoesie. Aber damals tauchten auch schon Vorläufer der Streichelei auf. Der Turnvater Jahn — dieser rohe Polterier hätte weit besseren Anspruch auf den Titel des »ersten Nazi« — veröffentlichte allen

Ernstes folgenden Vorschlag: Zwischen Deutschland und Frankreich müsse ein breiter Landstreifen in Wüste verwandelt und mit wilden Tieren bevölkert werden, um die keuschen Germanen vor der Berührung mit den verderbten Franzosen zu bewahren. Man glaubt, wenn man es liest, den »Stürmer« einer früheren Epoche vor sich zu haben.

Das Jahr 1840 bezeichnet dann — wegen der angeblichen Rheinbedrohung — eine neue Welle des Franzosenhasses. Ganz schlimm wurde es aber mit dem Krieg von 1870, den bekanntlich Bismarck durch Fälschung der Emser Depesche bewußt provoziert hat. Damals grassierte das Schlagwort von den »verkommenen Franzosen«. Eduard Bernstein, der alte Vorkämpfer der Sozialdemokratie, schrieb darüber in seiner »Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung«:

»... Aber der Haß des großen Publikums blieb nicht bei Napoleon stehen, er übertrug sich bei den Gedankenlosen sofort auf das französische Volk, das nun ganz und gar mit dem »nach Berlin! nach Berlin!« rufenden Boulevardpublikum von Paris identifiziert wurde. Unter dem Einfluß verhetzender Presseartikel sprach man nur von der »verkommenen« französischen Nation. Wer gegen diese Art, über ein ganzes Volk abzuurteilen, einen Einspruch wagte, riskierte ge-lyncht zu werden. Schreiber dieses, damals noch Anhänger der Fortschrittspartei und durchaus für den Krieg gegen Napoleon eingenommen, wurde aus einem Lokal befördert, bloß weil er einem Literaten entgegentrat, der den Franzosen die Fähigkeiten zu großen geistigen Leistungen bestritt.«

Der von Bernstein nicht mit Namen genannte Literat ist ein Typus seiner Zeit so

wie die Hanna Heinz Ewers, Johste und Max Barthels Typen der ihrigen sind. Wenn in dem Gespräch, das mit der typisch nationalistischen Beweisführung durch die Faust endet, von zeitgenössischen großen Leistungen die Rede gewesen ist, so muß der ungenannte Literat Paul Heyse und Lindau turnhoch über die »verkommenen« Franzosen Flaubert und Zola, die deutschen Maler Anton v. Werner und Piloty über Courbet, Manet und Monet gestellt haben. Was ja nicht schwer ist!

Doch wir brauchen uns bei Bernsteins Ungenauem nicht aufzuhalten. Die zeitgenössische Brief- und Memoirenliteratur liefert Namen. Man lese, was der Demokrat Franz Ziegler am 3. November 1870 an die Dichterin Fanny Lewald, die Gattin Stahrs, schreibt. Die keineswegs reaktionär gerichtete, geistige Frau hatte in einem Brief an Ziegler die Franzosen als »verlumptes Volk« bezeichnet. Ziegler erwidert ihr darauf:

»Ich kann es nicht zum Haß auf das französische Volk bringen. Es ist ja mitten in der Revolutionsarbeit, die es für uns alle vollbringt. Heruntergebracht durch eine Reihe nichtswürdiger Könige, jetzt zwanzig Jahre gedrückt durch einen Zuchtmeister, die sich mit einer Räuberbande verbunden, die man Militär nennt, verraten, verlassen von allen, kämpft das Volk noch mit unendlicher Bravour durch seine bewaffneten Bürger. Und das Volk nennen Sie verlumpt? Fänden Sie wohl in Deutschland hunderttausend solcher Lumpen, die sich, ohne höhere Order, auf eigene Hand schlagen?« Die Ironie will es, daß die sinnlos den Franzosenhaß nachbetende Dichterin Fanny Lewald-Stahr geborene Jüdin war! Aber

Sozialdemokratie und Krieg

Von Karl Kautsky*)

2. Der Völkerbund.

In mancher Beziehung ist allerdings diese unsere Aufgabe seit dem Weltkriege sehr erleichtert worden durch die Schaffung des Völkerbundes.

In seinen Anfängen wurde er sehr mit Mißtrauen aufgenommen, namentlich von den Patrioten der besiegten Staaten, die in ihm ein Werkzeug der Sieger sahen, aber auch von revolutionären Sozialisten, die ihn als ein bürgerliches Truggebilde betrachteten. Es ging ihm wie so vielen anderen Einrichtungen und Maßregeln, die erdacht werden, damit sie ein soziales oder politisches Bedürfnis befriedigen. Von denjenigen, die sie propagieren, werden sie leicht maßlos überschätzt. Da sie das, was ihre Propagatoren in Aussicht stellen, nicht leisten oder leisten können, werden sie von jenen, die das erkennen, als wertlos verworfen. Das eine ist ebenso verkehrt und schädlich wie das andere, mag es sich etwa um das allgemeine Wahlrecht handeln oder um Genossenschaften, um Gewerkschaften usw. Keine soziale oder politische Einrichtung oder Tätigkeit ist absolut und keine für sich allein zu messen. Manche kann von großem Erfolg und Nutzen sein, jede aber nur unter bestimmten Bedingungen, in bestimmten Zusammenhängen. Nur unter bestimmten Bedingungen wird der Völkerbund möglich und heilsam. Ein absolutes Mittel zur Verhinderung von Kriegen ist er nicht. Ich habe in meinem Buche gezeigt, daß er zu seinem erfolgreichen Wirken eine Gesamtheit demokratischer Staaten voraussetzt. Wenigstens trifft das zu für seine Aufgabe der Verhinderung von Kriegen.

Unter demokratischen Staaten sind solche zu verstehen, die nicht bloß mit demokratischen Verfassungen begabt sind, sondern auch mit einer selbständig denkenden politisch geschulten Volksmasse, die, wenn auch nicht überall von Lohnarbeit, so doch stets von eigener Arbeit lebt.

Zwischen zwei demokratischen Staaten ist heute kein Konflikt denkbar, der so tief ginge, daß sie es nicht vorzögen, ihn der Schlichtung durch einen Bund demokratischer, unbeteiligter Staaten zu überlassen, als die Schrecken eines modernen Krieges auf sich zu nehmen, bei dem es ganz unsicher wäre, wer Sieger sein werde, völlig sicher, aber, daß er die beiden kämpfenden Teile total ruinieren müßte. Für die demokratischen Staaten ist das Schiedsamt des Völkerbundes ein Ausweg, den sie suchen, der ihnen nicht aufzuzwingen ist. Ihnen gegenüber ist die Frage der Zwangsgewalt des Völkerbundes gegenstandslos.

Anders verhält es sich mit despotischen oder halbdespotischen Staaten, die in den Händen von Elementen sind, die nicht aus friedlicher Arbeit, sondern aus Ausübung von Macht und Ausbeutung ihre Existenz ziehen. Das Streben nach Macht und Ausbeutung ist stets maßlos und gewalttätig. Es bringt stets die Gefahr gewalttätiger Konflikte mit sich. Wo ein kriegerischer, despotischer Staat mit einem friedlichen demokratischen zusammenstößt, wird dieser leicht vor die Alternative gestellt, sich der Erpressung des Despoten, der wie ein Gangsterführer handelt, zu unterwerfen oder ihn zu bekriegen. Aber es ist eine alte Regel, daß jede Nachgiebigkeit gegen einen Erpresser diesen nie befriedigt, sondern nur seine Anmaßung und Begierlichkeit steigert, sodaß schließlich doch ein gewaltsamer Zusammenstoß bei der Staaten unvermeidlich wird.

Wie kann in diesem Falle der Völkerbund das Uebel verhüten? Der demokratische Staat wird sich seinem Urteil gerne fügen, er wird darin seine Rettung sehen. Aber der despotische? Er weicht nur höherer Zwangsgewalt.

In diesem Falle bedeutet also das Auftreten des Völkerbundes nicht eine Verhinderung des Krieges, sondern es zwingt den Bund, selbst Zwangsmittel anzuwenden, die schließlich zu einem Kriege führen oder abzuwenden.

Dem Völkerbund die nötige Zwangsgewalt zu verleihen, mag sehr notwendig werden, obwohl es nicht leicht sein wird,

eine solche einzurichten. Damit würde jedoch der Krieg nicht aus der Welt geschafft, sondern eine neue Art Krieg hervorgerufen, eine Art Polizeikrieg der Gesamtheit der zivilisierten Staaten gegen manchen Gangsterherrscher, der sich in seinem Staat zur politischen Allmacht emporgeraubt hat.

Aber, obwohl die Verdrängung der Demokratie durch eine Diktatur in einem erheblichen Teil der Welt seit dem Untergang von 1914 bis 1918 vor sich gegangen ist, und die Wirksamkeit des Völkerbundes zur Verhinderung von Kriegen dadurch erheblich eingeschränkt wurde, wird er damit doch nicht nutzlos. Er kann wenigstens Kriege zwischen jenen Staaten verhindern, die nicht von einem Despoten

künftighin nur dort eintreten, wo zwei despotische Regierungen, von denen keine an den Völkerbund appelliert, einander bewaffnet entgegentreten.

Allerdings sind auch innerhalb des Völkerbundes Komplikationen möglich. Denn die Sache liegt nicht etwa so, daß die Despoten eine geschlossene Masse bilden, die dem Völkerbund entgegentritt. Ein auf Militärgewalt aufgebauter Despotismus bedroht, wenn er sich stark genug fühlt, jeden seiner Nachbarn. Daher können auch zwei despotische Regierungen miteinander in Konflikt kommen. Wo ein solcher droht, wird derjenige, der sich schwächer fühlt, gern Zuflucht beim Völkerbund suchen. Das hat ihm erst kürzlich Sowjetrußland zugeführt, das wohl der größte der

hervorgegangen, der deutsche dagegen aus einer antiproletarischen, vom Großkapital gegängelten. Schon das bedingt, daß wir beide Despotismen nicht auf gleiche Stufe setzen dürfen.

Die Sozialisten eines jeden Landes müssen den eigenen Despotismus bekämpfen, einerlei, welches sein Ursprung.

Aber im Kriege kommt nicht die Stellung zu einer einzigen Regierung, zu der eigenen, in Betracht, sondern mindestens die zu zweien, der eigenen und der gegnerischen. Mehr als je heißt es da, statt des Grundsatzes von der reaktionären Masse, die unterschiedslos zu bekämpfen sei, den Grundsatz der Bevorzugung des kleineren Übels anzuwenden. Wir mögen der eigenen Regierung auf das erbitterteste entgegenstehen, wird sie aber von einem noch schlimmeren Gewaltregime angegriffen, dessen Sieg verhängnisvoll für die ganze Menschheit wäre, dann kann es notwendig werden, daß wir uns zeitweise, bis der Gegner abgewehrt ist, zu einem Einstellen unserer Opposition verstehen.

So könnten auch Sozialisten, die der Sowjetdiktatur aufs erbitterteste widerstreben, doch sich gedrängt fühlen, auf ihre Seite zu treten, wenn diese von Hitler und vom Mikado gleichzeitig angegriffen würde. Es ist kein Zweifel möglich, die sozialistische Internationale würde in diesem Falle ebenso wie der Völkerbund auf Seite Rußlands treten.

Das so schmerzliche und verderbliche Schauspiel einer Zerreißung der sozialistischen Internationale durch einen Krieg dürfte sich unter den heute gegebenen Bedingungen kaum wiederholen.

3. Die Bekämpfung der Kriegsgefahr.

Die Internationale hat heute die beste Aussicht, bei jedem Kriegsausbruch einig zu sein in Bezug auf die Erkennung und Brandmarkung der Kriegsschuldigen und der internationalen Feinde des Aufstieges der Menschheit. Sie kann aber auch völlig einig sein, in Bezug auf die Mittel, die anzuwenden sind bei drohender Kriegsgefahr. Sie kann es aus dem einfachen Grunde, weil sich darüber internationale Vorschriften nicht geben lassen, die für alle Länder in allen Situationen gelten sollen.

In einem demokratischen Lande muß sich eine sozialdemokratische Partei der Mehrheit des Volkes fügen, auch wenn sie mit deren Politik nicht einverstanden ist. Sie darf und muß in solchem Falle die Mehrheit propagandistisch bekämpfen, aber sich mit Gewaltmitteln gegen sie aufzulehnen, widersprüche nicht nur ihren demokratischen Grundsätzen, sondern auch den Erwägungen der Klugheit. Denn um sich gegen eine Regierung und ihren Staatsapparat gewaltsam durchsetzen zu können, dazu braucht eine proletarische Partei eine noch größere Mehrheit im Volke, als bei einem Appell an den Stimmzettel.

Wie aber in nicht demokratischen Staaten, in denen eine Regierung gewaltsam die Volksmasse niederhält, bei drohendem Krieg eine sozialdemokratische Partei sich zu verhalten hat, die ihm widerstrebt, das hängt von unendlich vielen wechselnden Bedingungen ab. Die Opposition gegen den Krieg kann und muß in den verschiedensten Fällen die verschiedensten Formen annehmen. Ueber diese läßt sich keine Regel von vornherein aufstellen, außer der, daß keine Partei zu einer Leistung über ihre Kraft hinaus verpflichtet werden darf und daß keine mehr erwarten lassen soll, als sie im Ernstfall imstande ist zu tun.

Man darf nie Erwartungen regeln machen oder gar Verpflichtungen auf sich nehmen, die man nicht erfüllen kann.

Das muß auch leitender Gedanke der sozialistischen Internationale für jene ihrer Parteien sein, die mit ihren eigenen Regierungen wegen deren Kriegspolitik in Konflikt geraten. Die Art seiner Ausföchtung muß ganz den jeweiligen Umständen überlassen werden. Ueber ein souveränes Mittel, die Entfesselung eines Krieges durch einen nicht demokratischen Staat zu verhindern, verfügen wir nicht.

Das wird heute auch allgemein anerkannt. Das bedeutet aber, daß in den

Deutschland im tiefsten Frieden



regiert werden, und diese umfassen noch immer die Mehrheit der zivilisierten Bevölkerung der Erde.

Und auch dort, wo der Völkerbund einen Krieg nicht verhindern kann, ist er nicht ohne Bedeutung. Viel sicherer und rascher läßt er bei einem ausbrechenden Kriege ohne weiteres erkennen, auf welcher Seite der Angreifer steht, auf welcher der Angegriffene, auf welcher der Vergewaltiger eines fremden Volkes, auf welcher das vergewaltigte Volk.

Damit ist gesagt, daß solange der Völkerbund besteht, die Zeit nicht mehr wiederzukehren braucht, in der die Internationale durch einen ausbrechenden Krieg zerrissen wird. Wenn das im Weltkrieg geschah, lag die Schuld, wie gezeigt wurde, weder an einer Mangelhaftigkeit der Organisation, noch an einem Ueberwuchern nationalen über internationales Empfinden in den sozialistischen Reihen, sondern an der Unklarheit über die Kriegsschuld der einzelnen am Kriege beteiligten Regierungen. Eine solche Unklarheit kann

despotisch regierten Staaten unserer Zeit ist. Aber dieser wird gleichzeitig von zwei anderen Militärdespoten bedroht, Japan und Deutschland, die beide zusammen militärisch sehr gefährliche Gegner für Rußland sind, trotz der Hemmungen, die der Versailler Vertrag bisher Deutschland auferlegte. In dieser Situation hielt es die russische Regierung für geraten, nach dem Aufkommen Hitlers dem Völkerbund beizutreten, den sie bis dahin sehr schneide behandelt hatte.

Wieder wie 1914 kann die Frage auftauchen, wer der schlimmere Feind der Demokratie und damit der Menschheit ist: Der deutsche oder der russische Militärdespotismus? Auch bei den Despotismen unserer Zeit dürfen wir nicht von einer reaktionären Masse sprechen. Bei ihnen gibt es ebenfalls Unterschiede. Keine Regierung, wie absolutistisch sie sich gebärden mag, kann ja den Charakter ihres Ursprunges völlig verleugnen. Der heutige russische Despotismus ist aus einer proletarischen, antikapitalistischen Bewegung

*) Schluß aus Nr. 121.

Das Spiel mit dem Feuer

Hitlers jüngstes Pronunziamento

Von Karl Kautsky.

Das braune System hat am 27. Februar 1933 aus dem Reichstagsbrand die Kraft gezogen, das deutsche Volk zu verwirren und zu lähmen, um es widerstandslos zu unterjochen. Am 7. März 1936 hat es neuerdings den Versuch einer Brandstiftung gemacht, um seine schwindende Kraft zu beleben. Diesmal droht es die ganze Welt in Brand zu setzen. Doch kann schon jetzt, wo diese Zeilen geschrieben werden (9. März) gesagt werden, daß das kaum gelingen wird.

Vom Standpunkt rein innerpolitischer Demagogie gesehen, war Hitlers Vorgehen ganz geschickt eingerichtet. Er ging daran, die letzten Reste der Ausnahmestellung zu beseitigen, in die der Versailler Friedensvertrag das deutsche Reich versetzt hatte. Er tat einen Schritt, der anscheinend kühn vollbrachte, wovon die demokratische deutsche Republik zurückgeschreckt war; er entriß den Gegnern des deutschen Volkes über Nacht die diesem von ihnen so lange vorerhaltene militärische Gleichberechtigung mit den übrigen Völkern der Erde.

Die Lehren von Versailles

Man kann nicht daran zweifeln, daß eine der größten Schwächen des Versailler Friedens sein Versuch war, die Weststaaten vor der Kriegsmacht Deutschlands dauernd dadurch zu schützen, daß man diese Macht aufs äußerste reduzierte. Schon am 9. September 1870 wies in der Zweiten Adresse des Generalrats der Internationale Karl Marx darauf hin, daß es unsinnig sei, eine Nation vor dem Angriff durch seinen Nachbarn dadurch

sichern zu wollen, daß man diesem »materielle Garantien« aufzwang. Napoleon I. habe das Preußen gegenüber im Frieden von Tilsit 1807 versucht und sei damit gescheitert. Marx wies darauf hin, weil im September 1870 schon die deutschen Militärs forderten, Elsaß-Lothringen sei an Deutschland abzutreten, nicht aus nationaldemokratischen Gründen, weil die Elsässer von Frankreich weg wollten, sondern aus militärischen, weil der Besitz des Elsaß und Lothringens den deutschen Herren die Möglichkeit gab, bei Ausbruch eines Krieges mit Frankreich sofort auf Paris loszumarschieren. Damit werde den Franzosen für immer jede Lust genommen, jemals wieder mit Deutschland anzuhängen. Daß diese Erwartung ganz irrig sei, daß vielmehr die Annexion Elsaß-Lothringens einen neuen deutsch-französischen Krieg heraufbeschwören müsse, darauf wies Marx hin. Darum warnte er vor Annexionspolitik. Die Franzosen empfanden in der Tat seitdem stets die Anwesenheit deutscher Armeen im Elsaß und vor allem im halbfürstlichen Lothringen als eine Drohung, als einen quälenden Splitter im Fleisch.

Um sich gegen die Bedrohung zu wappnen, bauten sie längs der Grenze eine Reihe so wirksamer Sperrforts, daß jeder deutsche Angriff von Elsaß-Lothringen aus unmöglich wurde. Daher der Schlieffen-Plan, der nichts anderes war als eine Bankrotterklärung der Politik, die zur Annexion Elsaß-Lothringens und damit zu steter Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland geführt hatte.

Als aber 1918 im neuen Kriege die

Franzosen siegten, begannen sie den gleichen Fehler, den die deutschen Militaristen 1871 begangen hatten: sie wollten »materielle Garantien« gegen einen neuen Angriff des »Erbfeindes« schaffen, diesen unfähig machen, Frankreich mit Krieg zu überziehen. Ähnlich wie Napoleon I. 1807 verfügten auch 1919 die Sieger eine weitgehende Reduzierung der Armee des niedergeworfenen Gegners. Daneben allerdings nicht die Annexion einer widerstrebenden Bevölkerung, sondern nur die Besetzung des Rheinlandes und des Saargebiets für einige Jahre und die Entmilitarisierung der an Frankreich grenzenden deutschen Gebiete.

Diese Bestimmungen stellten die deutsche Nation gewissermaßen unter Vormundschaft. Auf die Dauer ließen sie sich nicht aufrechterhalten, teilweise waren sie von vornherein nur als vorübergehend gedacht. Es gab seit Friedensschluß keine deutsche Regierung, die nicht auf die Beseitigung der Ausnahmestellung hinarbeitete, in die Deutschland gebracht war. Zum Teil sollte diese Stellung dadurch beseitigt werden, daß die Deutschland beengenden Bestimmungen aufgehoben wurden, zum Teil dadurch, daß diese Bestimmungen aus einseitig deutschen zu internationalen, alle Staaten bindenden Verpflichtungen (Abrüstung) gemacht wurden.

Daran dachte jedoch vor Hitler keine der Nachkriegsregierungen Deutschlands, dessen Gleichberechtigung auf dem Wege gewaltsamer Zerpfeißung der Friedensverträge erreichen zu wollen. Für den Schwächeren ist gewaltsame Aufhebung stets ein sinnloses Vorgehen, namentlich dann,

wenn andere Wege gangbar sind, die Beseitigung des drückenden Zustandes zu erreichen. Einen solchen Weg bildete die Überwindung der Anschauungen, die zu den einseitigen Bestimmungen des Friedensvertrags geführt hatten.

Nicht um das deutsche Volk zu demütigen, waren sie von den Siegern geschaffen worden, sondern weil diese es fürchteten, ihm mißtrauten. Man fürchtete die ungeheure Kraft, die Deutschland in den vier Jahren tödlichen Ringens gegen eine Uebermacht an den Tag gelegt hatte: Man fürchtete diese Kraft deshalb, weil man annahm, der Deutsche sei von unerstlichem Gier nach Landbesitz und Macht besesselt, er sei treulos und keiner seiner Versprechungen sei zu trauen. Diese Auffassung fand ihre Spitze darin, daß Deutschland die Bevölkerung Elsaß-Lothringens im Friedensvertrag von 1871 brutal vergewaltigt, weiter darin, daß sich die deutschen Regierungen allen Versuchen widersetzen, eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit einzuführen. Dazu gewillten sich die kriegerischen Hunnenreden des Kaisers Wilhelm II., sowie der Aufbau einer gewaltigen Flotte, die durch keinerlei Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes gerechtfertigt war und in England allgemein als Angriffsdrohung aufgefaßt wurde. Diese Entwicklung fand im August 1914 ihren Gipfel in den Kriegserklärungen an Frankreich und Rußland, die mit lügenhaften Vorwänden begründet wurden und in der Zerpfeißung des von Deutschland unterzeichneten belgischen Neutralitätspaktes einzig um eines ephemeren strategischen Vorteils willen.

Auf dem Wege zur neuen Doldstoßlegende

Hitler in München: »Und Gottes Stimme ist in diesem Falle
Volkes Stimme.«



Ludendorff: „Die waren schuld!“

Hitler: „Die werden schuld sein!“

Engel

Diese ganze Entwicklung seit 1871 hatte dahin geführt, daß Deutschland, je mehr es technisch und militärisch erstarkte, um so mehr in aller Welt gefürchtet wurde, daß es sich immer mehr isoliert — die sogenannte »Einkreisung«, die einfach darauf zurückzuführen war, daß niemand ihm traute, alle Nationen sich von ihm bedroht fühlten, es für notwendig hielten, sich gegen die deutsche Uebermacht zusammenzuscharen.

Diese Auffassung war es, die bewirkte, daß im Weltkrieg das deutsche Reich es mit einer furchtbaren Uebermacht zu tun bekam, die seinen militärischen Zusammenbruch herbeiführte, und die es für notwendig fand, den Friedensvertrag so zu gestalten, daß er Deutschlands militärische Ohnmacht begründete.

Die Aufgabe nach 1918

Nach 1918 ging die Aufgabe jeder deutschen Regierung dahin, die Faktoren zu überwinden, die Deutschlands Isolierung und Niederlage herbeigeführt hatten. Es galt der Welt zu zeigen, daß im deutschen Volke der Geist des Militarismus der Hohenzollernmonarchie aufgehört habe zu herrschen, daß in der deutschen Republik die arbeitenden Massen nicht nur die Proletarier, sondern auch die Bauern, Kleinbürger, Intellektuellen jede Gewalttätigkeit und Trennsucht verurteilten, daß also das erneute Erstarken des deutschen Volkes keine Gefahr für die anderen Völker bedeute, daß diese alle ruhig arbeiten könnten, ohne sich zu gefährden.

In diesem Sinne haben die deutschen Regierungen der Nachkriegszeit zumeist auch gehandelt. Nicht immer so entschieden, wie wünschenswert gewesen wäre. Statt aus der Not eine Tugend und aus der deutschen Abrüstung ein Vorbild für die anderen Völker zu machen, wurde diese vielfach in Deutschland nur als ein aufgesetztes widerwillig ertragenes Unrecht hingestellt, das möglichst bald abzuschütteln sei. Das war nicht der Weg, die deutsche Abrüstung zum Ausgangspunkt für eine internationale Abrüstung zu gestalten.

Auf der anderen Seite haben auch manche der Siegerstaaten der deutschen Demokratie ihre Aufgabe nach dem Krieg ungemein erschwert, indem sie keinen Unterschied zwischen der alten Monarchie und der neuen Republik machten und dieser die schwersten Lasten aufbürdeten — siehe die Reparationen. In jeder Nation ist die Zahl der kurzsichtigen politischen Analphabeten groß, die für einen politischen oder ökonomischen Mißstand nicht jene Partei oder Regierung verantwortlich machen, die ihn verschuldet hat, sondern jene, unter deren Wirksamkeit er auftritt, auch wenn das eine neue Partei oder Regierung ist, von der die frühere entschieden bekämpft wurde.

Diese Analphabeten machten in Deutschland für die Folgen des Weltkrieges nicht die kaiserliche Regierung verantwortlich, die ihn entfesselt hatte, sondern die Repu-

blik, die der Verjagung des Kaisers folgte. Die drakonischen Bestimmungen des Versailler Vertrags machten in den Augen jener Elemente des deutschen Volkes die Republik unpopulär, nicht den kaiserlichen Militarismus, den man mit dem Wohlstand der fünfzig Friedensjahre identifizierte, die Europa — vom Balkan abgesehen — von 1871 bis 1914 genoss.

Trotz dieser Hemmungen von hüben und drüben macht die »Erfüllungspolitik« sichtliche Fortschritte, wenn auch langsam und mit Unterbrechungen. Sie brachte Deutschland seinen früheren Feinden näher und befreite es aus der Isolierung, in der es durch das militaristische Gerede des Kaiserreiches geraten war. Das erste große Ergebnis dieser Politik war 1925 der Locarnovertrag, kein Deutschland aufgezwingener, sondern ein von Deutschland angeregter, für das deutsche Reich günstiger Vertrag, der ihm unter anderem das Aufheben der Besetzung deutschen Gebietes durch Truppen der Siegerstaaten brachte. Die Folge des Vertrags waren der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund 1926 und die Vorbereitungen für eine Abrüstungskonferenz. Trotz aller Schwierigkeiten kam diese Konferenz zustande (Februar 1926). Ungeheuer groß und wichtig war die Aufgabe, die ihr gestellt war, nur bei gutem Willen und vollständigem gegenseitigem Vertrauen aller Beteiligten konnte sie gelöst werden. Vor allem nötig war das Vertrauen zur Friedfertigkeit Deutschlands.

Der Umschwung der deutschen Außenpolitik

Aber nur wenige Jahre nach dem Zusammentreten der Abrüstungskonferenz in Genf, da hatte sich Hitler der Macht im Reiche bemächtigt, das bedeutete einen völligen Umschwung in der deutschen Außenpolitik. Nicht lange, und das Reich trat nicht bloß aus der Abrüstungskonferenz, sondern aus dem Völkerbund aus (Oktober 1933). Es zerriß den Versailler Vertrag und begann mit Macht aufzuräumen.

Das wurde durch kein Lebensinteresse des deutschen Volkes geboten. So Schweres ihm der Versailler Vertrag aufgebürdet hatte, namentlich durch die Bestimmungen wegen der Reparationen, so wurde es doch durch die Beschränkung seiner militärischen Rüstungen (und ebenso durch die Wegnahme seiner Kolonien) in keiner Weise geschädigt, vielmehr ökonomisch entlastet. Wie heute noch für manchen anderen Staat, so auch für Frankreich oder Italien, bedeuteten auch für das deutsche Reich seine Kolonien eine schwere finanzielle Last.

Die Beschränkung der Rüstungen wurden aber für das deutsche Volk nach den Verheerungen des Krieges geradezu eine Rettung. Ohne diese Beschränkung wäre Deutschland nicht imstande gewesen, sich aus dem Ruin durch den Krieg und seinen Nachwirkungen erfolgreich emporzuarbeiten.

ten, und auch in der internationalen Politik hatte das deutsche Reich unter seiner Wehrlosigkeit nicht zu leiden. Im Gegenteil, sie machte der allgemeinen Abneigung ein Ende, unter der Deutschland seit Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Weltkrieg so sehr gelitten hatte.

Das alles wurde durch den Nationalsozialismus jäh durchbrochen, der unter dem Einfluß der Krise nach 1929 emporkam. Wohl hat diese Krise mit den militärischen Beschränkungen durch den Versailler Vertrag nicht das mindeste zu tun, sie erstreckt sich über alle kapitalistischen Länder, und im Versailler Vertrag selbst waren es nicht die Rüstungsbeschränkungen und der Verlust der Kolonien, die Deutschland ökonomisch schädigten, sondern die Reparationen. Daß diese für die deutsche Wirtschaft mörderisch seien, war jedoch schon lange vor Hitlers Aufkommen von allen Seiten erkannt worden. Die Gläubiger Deutschlands haben von Jahr zu Jahr ihre Forderungen immer mehr gemäßigt, bis sie sich schließlich dazu verstanden, auf weitere Reparationszahlungen völlig zu verzichten (1931).

Diese bestanden nicht mehr, als Hitler zur Macht kam. Die noch weiter geltenden Versailler Bestimmungen über Rüstungsbeschränkungen und Kolonien aber belasteten nicht das deutsche Volk, milderten sogar, wie gesagt, seine Notlage. Trotzdem wurde ihnen von politischen Analphabeten die Schuld am deutschen Elend beigemessen, und unter dem Druck der Krise stieg deren Zahl rasch an.

In manchem Lande haben schon öfter bei einem gewissen Gleichgewicht der Parteien die politischen Analphabeten das Zünglein an der Waage gebildet. Sie können politisch entscheiden, je übermäßig werden, wenn große Erfolge der Staatspolitik die Massen berauschen oder ein furchtbarer Notstand sie vor Versweiflung sinnlos macht.

Diese Analphabeten waren es, die 1933 Hitler zur Macht trugen, nicht zum wenigsten wegen seines Tobens gegen die Beschränkung der Aufrüstung Deutschlands. Dieses Toben wird wohl ehrlich gemeint gewesen sein. Hitler wird selbst geglaubt haben, was er sagte. Auf jeden Fall fühlte er sich verpflichtet, sobald er zur Macht gelangt war, Deutschland von diesen Beschränkungen zu befreien und flieberhaft aufzurüsten. Auf diesem Wege ist er denn auch unbeirrt immer weiter gegangen. Der Einmarsch deutscher Truppen in der entmilitarisierten Zone am 7. März bildet nur einen neuen Schritt auf diesem Wege.

Ebenso wenig neu wie die Tendenz, die ihn bei seinem jetzigen Schritt leitete, ist die Politik, die er dabei verfolgt: jene Faktoren, gegen die er sich durchzusetzen will, durch friedliche Beteuerungen einzuschleiern, um sie durch einen Gewaltstreich über Nacht vor eine vollendete Tatsache zu setzen, die nur durch rücksichtsloses Blutvergießen zu beseitigen wäre. So wohl in seiner inneren Politik wie in der

äußeren hat Hitler diese Taktik seit langem verfolgt. Er rechnet dabei mit dem Zögern seiner Gegner, ein neues Blutbad herbeizuführen, und der Erfolg gab ihm bisher Recht.

Man hat die deutsche Sozialdemokratie der Feigheit beschuldigt, weil sie den Staatsstreich Hitlers Anfang 1933 nicht mit bewaffnetem Aufstand erwiderte. Aber man kann wohl bereit sein, das eigene Leben für ein Ideal in die Schanze zu schlagen und doch davor zurückschrecken, Hunderte und Tausende von Menschen auf die Schlachtbank zu treiben. Es gibt in der modernen Gesellschaft überall zwei Sorten von Menschen: Blutgierige Halunken, die kein Menschenopfer scheuen, wenn sie dadurch ihr Ziel erreichen, und gewissenhafte Menschenfreunde, denen das menschliche Leben heilig ist, die davor zurückschrecken, es anzutasten und zu gefährden. Der Weltkrieg hat sowohl die eine wie die andere dieser Menschengattungen ungemein vermehrt. Dabei stieg die Macht der brutalen Halunken nicht bloß durch das Anwachsen ihrer eigenen Zahl, sondern auch durch das Anwachsen der Zahl ihrer Antipoden, die unter allen Umständen jegliches Blutvergießen vermeiden wollten. Die Parole: Nie wieder Krieg, kann in einer Weise aufgefaßt werden, die jedem frechen Angreifer freie Bahn gibt.

Dem verdankt Hitler nicht zum wenigsten seine Erfolge, er riskiert bei jedem seiner Staatsstreichs den Krieg — inneren oder äußeren Krieg — denn er rechnet damit, daß die durch sein Vorgehen getroffenen Elemente nicht das robuste Gewissen haben, seiner Gewalttat Gewalt entgegenzusetzen, weil sie fürchten, damit ein furchtbares Blutvergießen zu entfesseln. Das dürfte auch jetzt wieder zutreffen, der Friede wird erhalten bleiben. Aber für wie lange?

Kriegsfahrt durch Hitler

Nichts Irriger, das zu glauben, jetzt sei das Hitlerische Regime befriedigt, kein weiterer Staatsstreich sei mehr von ihm zu erwarten. Ein Regime wird stets mit den Mitteln aufrechterhalten, mit denen es begründet wurde. Um der wachsenden Enttäuschung der deutschen Massen entgegenzuwirken, muß der Nationalsozialismus sie immer wieder mit neuen Erfolgen zu berauschen suchen, und er kann solche nur immer wieder in gleicher Weise erringen, wie er es bisher getan. Sein Wesen gestattet ihm nicht, zu anderen zivilisierteren Methoden zu greifen. Er wird immer wieder neue Einbrüche in die bestehende Ordnung heimtückisch vorbereiten und vollziehen müssen. An Veranlassungen wird es ihm nicht fehlen; ist er im Westen befriedigt, dann geht es nach Osten, trotz der politischen Freundschaft gibt es eine Frage Danzigs und des polnischen Korridors. Eine Vergewaltigung Rußlands wird jetzt schon gepredigt. In der Tschechoslowakei krähen unterdrückte Heulen, und gibt es nicht noch eine österreichische Frage und nach dieser noch eine des deutschen Teiles

Kurt Doberer:

Frontsoldaten

Wir lagen vier Jahre in Gräben und Schützengräben, die Böse erfrorren, die Hände kamm, um dich, da Heimat Deutschland.

Wir gingen durch Nacht und Hungersnot, durch blühende Feinde und eisernen Tod und lebten dich, Heimat Deutschland.

Und als wir zerschossen vor größerer Macht, da fliest du nicht in Gramen und Nacht, wir hielten dich, Heimat Deutschland.

Wir haben dich wieder zu lebendem Land, wir weben dich wieder ins Völkerband, mit unseren Helden, Deutschland.

Und als du zum standest, durch unseren Schwelch, da kroch es hervor, das bunte Geschwätz aus allen Klappen Deutschland.

Und Hebe, das kreischende Grausophon, es sammelt den Abwasch der Nation und nennt ihn: Das neue Deutschland.

Sie tilgen die ganzen neunzehn Jahr und führen uns prahlend, wie es schon war, zum Weltkriege gegen Deutschland.

Konjunktur 1935

I
Als der Versailler Vertrag unterschrieben wurde, spielten Freikorps der deutschen Grenztruppen im Osten noch immer Krieg. Von Letten und baltischen Baronen gegen die bolschewistischen Truppen zu Hilfe gerufen, setzten sie sich gegen Osten in Marsch, drän-

gen in Kurland ein, drängten die ersten Anzüge der Roten Armee zurück, trümpften mit den baltischen Baronen vom selbständigen deutschen Herzogtum Kurland und verdrängten sich mit der weißgardistischen Reaktion. Als sie schließlich auf Verlangen der Entente von der deutschen Regierung zurückgepfiffen wurden, versuchten diese wildgewordenen nationalsozialistischen Freikorpsführer auf eigene Faust weiter mit den Waffen zu politisieren, verbanden sich mit dem berüchtigsten weißgardistischen Fürsten Awałow, planten den Zug nach Petersburg — bis auch den Letten und Litauern der Rumant verdrängt wurde, die Abenteuerer militärisch zusammenbrach und die Baltikumer zurück mußten. Es ist bekannt, daß sie, von der deutschen Reaktion glorifiziert und von den preussischen Junkern mit offenen Armen aufgenommen, die Stoßtruppe des antidemokratischen Futurismus stellten.

Diesen Freikorpskrieg hat der völkische Schriftsteller Edwin Dwyer in einem ungeheuerlichen Wälzer eingefangen, der hier beleuchtet werden soll, weil er trotz seiner langatmigen Breite im Dritten Reich so ziemlich die höchste Massenanfrage erlangte und darum bezeichnend ist für nationale Gelsteshaltung. Der Autor, eine Rassenkreuzung von norddeutschem Vater und russischer Mutter, tritt hier, wie der Halbrasse Rosenberg im »Völkischen Beobachter«, als der große deutschvölkische Mahner und Dränger auf, die halbrussische Seele mit germanischem Heroismus gepanzert. Es gab eine Zeit, da er noch ein bisschen anders konnte, damals nämlich, als er, der junge deutsche Kriegsfreiwillige, aus sibirischer Gefangenschaft

heimkehrte und Bücher über seine Erlebnisse in der Kriegsgefangenschaft schrieb. Darin ist ein Wühlen in Wunden und Elter, das den Leser defätistisch und passivistisch stimmen muß; breite naturalistische Darstellungen von Sexualnot und Perverstilit treten besonders kraß und überflüssig hervor. Nein, aufbauend im Sinne des Dritten Reiches sind diese Bücher des damaligen Dwyer keineswegs; sie reden noch auch zuviel von Menschlichkeit, berichten wohlwollend von jüdischen Menschen. Das eine gar ist Else Brandström geworden, der Samariterin und Pazifistin, die später, ohne auf Dwyer die geringste Rücksicht zu nehmen, einen marxistischen Schriftsteller heiratete, den das Dritte Reich um Amt und Existenz brachte und mit KZ bedrohte, so daß er mit dem blonden Engel der Kriegsgefallenen Deutsche heute außer Landes leben muß. Dafür widmet Dwyer sein neuestes Buch dem General Mackensen, von dem alte Stahlhelme nicht mehr viel hören mögen.

II

Ueber die Charakterfestigkeit dieses braunen Rekord-Autors wäre also nicht mehr viel zu sagen. Seine Hilde von den weißgardistischen Baltikummern entspricht in allen Punkten der braunen Konjunktur 1935. Alles ist drin, was von oben gefordert wird: der Schlitzengrabengest, Blut und Boden, Männerstolz vor Standesdünkel — ha, seht ihr, wie damit die Klassenunterschiede verschwunden! — ewige Uniformbegeisterung, die Dolchstoßlegende, die ersten Regungen des Hakenkreuzes, je sogar der ebendem Verführte, nun aber bekante Sozialdemokrat, der seine rote Vergangenheit im heratischen

Kampfe für die Privilegien der stockreaktionären Baltensbarone mit seinem Blute schüttet. Wenn es sich um die Rettung der baltischen Barone, dieser ebendem treuesten Stützen des Zarismus handelt, wird zwischen durch auch mal an die verpönte Menschlichkeit appelliert. Sonst aber geht es mörderisch heroisch zu, Wein, Wein, Gewinn und Sexualnot haben 450 Seiten lang aufgehört zu existieren, dafür wird der Haß gegen die November-Republik auf jeder Seite geübt. Wobei dieser braune Deutschrusse die Seele seiner Offiziere in ebenso unfreiwilliger wie blamabler Weise entläßt.

Da werden von diesen Freikorpsführern an die lettische Regierung Ehrenwörter gegeben mit der Absicht, sie zu brechen, wenn nicht anders geht. Da wird bald auf England geschimpft, bald die germanische Verbundenheit betont, bald — die allermodernste Fälschung — die innere Gemeinschaft der deutschen und englischen Frontsoldaten in kitzeligen Episoden »bewiesen«. Ja, wenn die schwätzenden Parlamentarier der Demokratie nicht wären! Der soldatische Mensch muß künftig die Politik bestimmen. Womit Lindendorff das deutsche Volk bekanntlich herrlichen Zeiten entgegengeführt hat... Da wird im gleichen Atemzug die Schickelhaft eines Bündnisses zwischen einem soldatischen Deutschland und einem reaktionären Rußland gepriesen. (Gegen England?) Da wird die Konspiration der Freikorpsführer mit Awałow für den Zarenismus und gegen das deutsche Volk besungen, ein Landesverrat, den diese Herren, die wie Medem heute drüben mit an der Krippe sitzen, immer bestritten.

Zum Schluß geht die Abenteuer-Chronik

Stützpunkt, so wie eine nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz, die mit allen Mitteln zu unterdrücken ist?

Diesem irren, die meinen, das braune Regime sei jetzt gesättigt und verlange nach der Ruhe, die das vollgefressene Raubtier braucht. Das deutsche Volk hungert, und kann ihm Hitler nicht Butter und Eier bringen, dann muß er wenigstens mit kriegerischen Ehrungen die Forderungen des knurrenden Magens überbieten. Jeder neue »Erfolg« Hitlers, errungen durch Treulosigkeit und gewalttätige Zerkleinerung anerkannter Verträge, sieht jedoch mit Notwendigkeit ein Wachstum der Abneigung nach sich, mit einer derartig vorgehenden Macht zu verhandeln und sich friedlich zu verständigen. Jede überraschende Herbeiführung vollzogener Urachen bedeutet eine neue, verstärkte Kriegsgefahr. Sie mag diesmal noch vorübergehen. Angesichts der tiefgehenden Bedenken jeder gewissenhaften demokratischen Regierung gegen die Entfesselung einer Menschenschlächterei. Allzu stark angespannt, wird der Bogen doch reißen. Und der Krieg rückt um so näher, je öfter die nazistische Regierung ihr Spiel mit dem Feuer wiederholt, je mehr sie dadurch den Langmut der anderen Mächte erschöpft.

Kommt es aber unter solchen Umständen schließlich zum Krieg, dann findet er Deutschland unter den für es ungünstigsten Bedingungen — in völliger Isolierung. Es sucht sie durch mächtiges Aufrüsten wettzumachen. Aber je mehr dies vor sich geht, desto mehr erfüllt es alle Völker mit Furcht und Abscheu und desto mehr macht es selbst die am meisten friedliebenden unter den Staaten der Welt geneigt, zu den schärfsten Mitteln zu greifen, um sich seiner zu erwehren.

Gleichzeitig aber steigt mit dem Wachstum der Rüstungskosten auch das deutsche Elend. Nichts irriger, als in der Verschwendung der vorhandenen Mittel einen Weg zur Prosperität zu sehen. Ebenso wie die Geldinflation vermag die Verschwendung nur den Anschein vorübergehender Aufschwüngen zu erwecken, um den schließlich unvermeidlichen Zusammenbruch um so grauenhafter zu gestalten. Der ökonomische Niedergang Nazideutschlands wird um so unvermeidlicher, als die wachsenden Rüstungskosten einhergehen müssen mit zunehmender Boykottierung Deutschlands auf dem Weltmarkt.

Auch wenn es diesmal nicht zum Krieg kommt, auch nicht zur Verhängung von Sanktionen, so wird doch die Abneigung der anderen Völker, mit Deutschland Geschäfte zu machen, mit jedem Staatsstreich Hitlers zunehmen. Die Nazis wollen dem durch die Gewinnung von Kolonien begegnen, die als Lieferanten von Rohstoffen und als Absatzmärkte Deutschlands Wirtschaft heben sollen. Aber einen Industriestaat, wie Deutschland, könnten dabei ein paar Kolonien sehr wenig helfen, es bedarf des freien Zugangs zu allen

in stinkenden Gewürge aus: Balten gegen Rote, Letten gegen Balten und deutsche Korps. Haben gegen Balten, Litauer gegen Alle. Mitten in diesem Strudel die deutschen Baltikamer, die nicht nach Hause wollen, weil sie nicht wissen, was sie dort mit sich anfangen sollen. Welche Konfusion, welcher politische Dilettantismus des gerillten »sozialistischen Menschen«, dieser reaktionären Freikorpsführer, die ein Jahr nach Friedensschluss noch nicht kapieren wollten, daß der Krieg verloren war. In diesem Buche bringt seitens des Menschen seinen Satz zu Ende, weil der Autor samt seinen Helden keinen Satz zu Ende denkt. Der Stil ist der Mensch.

Trotz all dieser Konfusion erregt es Staunen, mit welcher Unbefangenheit die Grausamkeiten der Gegner, der Letten und der Roten, berichtet werden. Bolschewistische Rotgardisten schleppen Geiseln unter Mißhandlungen davon, schlagen sie mit Peitsche. »Und kein Gott, der herabgreift!« So denken Freikorpsführer klagend. Sie konnten damals noch nicht ahnen, daß ein reichliches Dutzend Jahre später eine Zeit kommen sollte, da ergraste deutsche Männer und Kriegsteilnehmer von Hitlerjungen mit Gummiknüppeln auf den Trab ins Konzentrationslager gebracht wurden. Dem Maroden donnerten Karabiner ins Kreuz. Daß sich diesen Dwingers und Kommandanten solche Parallelen nicht quer vor die Feder legen! Eine Baltengröße klagt:

»Vergessen Sie dabei vor allem die Dämonen nicht, mit der sie (die Roten!) alles Märtyrerhafte vermeiden! Kein einziger Tod, und sei er noch so heldenhaft, kann bei ihnen eine Nachwirkung erreichen! Wenn heute ein Pfarrer für die Neuverdingung seines Glaubens wie Christus

Zeitgemäße Erinnerung . . .

Wenn der deutsche Militarismus mit der Kultur kommt

In der gleichgeschalteten deutschen Erziehung Fachpresse lobten sich seit geraumer Zeit ehemalige Stabsärzte, Oberstabsärzte, Generaloberärzte und was es da an feinen Titulaturen noch mehr gibt, in Erinnerungen an die gloriole Zeit des Weltkrieges an. Seit Jahr und Tag vermisst man — Woche um Woche fast — in der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« zum Beispiel, wie es damals mit der Sanität an den Dardanellen beschaffen war, welche Schwierigkeiten für die Feldlazarette in den Kokos-Bäumen zu bewältigen waren, wie die Kriegschirurgie am Skagerrak geklappt hat. In der letzten Nummer dieser einmal angesehenen deutschen Fachzeitschrift kramt nun der frühere Korpsarzt bei der Kluck'schen Armee, welche die Invasion in Belgien anno dunnemals zur Hauptsache gemäß dem Schlieffen-Plan zu eskalieren hatte, ein Herr Obergeneralarzt a. D. Steuber auch in seinem Erinnerungskasten hervor. Und da erzählt der stänkende Mitteleuropäer — so ganz beiläufig — folgendes, was eine ganze zur Zeit wieder höchst aktuelle Geisteshaltung trefflich illustriert:

Märkten, des freundschaftlichen Verkehrs mit allen Völkern der Welt. Das Streben nach der Gewinnung von Kolonien kann Deutschlands Wirtschaft nicht retten, es kann nur ein weiteres Mittel werden, Deutschland als Unruhefister auf dem ganzen Erdenrund erscheinen zu lassen, Deutschland neue Rüstungskosten aufzuwerfen, ihm neue Feinde zu erwecken, es vom Wirtschaftsleben der Welt abzuschneiden, seine Wirtschaft aufs schwerste zu lähmen.

Der Weg ins Verderben

Nazideutschland geht ähnliche Wege, wie sie das kaiserliche Deutschland gegangen war, zum Verderben des deutschen Volkes. Aber das Naziregime geht sie unter viel bedenklicheren Verhältnissen. Als das kaiserliche Deutschland in den Krieg hineinschlitterte, hatte es den ganzen Reichtum einer Friedensperiode von hundert Jahren aufgespeichert — von 1815 bis 1914. Die zwei Kriege von 1866 und 1870/71 hatten nicht für einen Moment seinen wirtschaftlichen Aufstieg gehemmt. Heute fände ein neuer Krieg ein aufs tiefste erschöpftes deutsches Volk vor, das die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges und der Niederlage noch nicht überwunden hat. Und das kaiserliche Deutschland hatte doch noch Freunde in der Welt, trotz seiner verrückten Politik, die ihm einen nach dem anderen entfremdete. Schließlich blieb ihm wenigstens Oesterreich als Bundesgenosse. Den hat das Weltgewitter von 1918 weggeschwemmt.

Manche im Frieden als durchaus richtig erkannten Grundsätze erwiesen sich bereits in den ersten Wochen des Krieges als undurchführbar. Hierhin gehört u. a. eine Verfügung des Kriegsministeriums (Medizinabteilung), auf dem Durchmarsch durch Belgien an der eingeübten Bevölkerung zum Schutze der Truppen eine Pokkenschutzimpfung vorzunehmen. Dies bedeutete aber eine vollständig irrtümliche Einschätzung der durchaus feindlich gemachten und mit allem, selbst völkerrechtlich verbotenen Mitteln gegen uns sich auflehenden Belgier und war von vornherein undurchführbar.

Wie war es also schon? Der Herr Obergeneralarzt a. D. belehrt uns da mit dankenswerter Offenheit oder auch Naivität . . . Selbstverständlich kamen die Deutschen nach Belgien ausgerüstet mit allen Finissen und Akkuratessen ihrer höheren Kultur, wenn schon Kultur etwa Seifenverbrauch oder — in diesem Falle — der erniedrigte Gebrauch der Infektionsmittel ist. Wären die Belgier nicht ein so degeneriertes und dazu auch noch höchst undankbares Völkchen, hätten sie dem Obergeneralarzt Steuber, statt auf ihn mör-

derisch zu schaden, eigentlich Ehrenbürgen bauen und Ehrenjungfrauen anbieten müssen! Nichts ist davon leider geschehen; die undankbaren Belgier lehnten sich, sogar »völkerrechtswidrig«, gegen die Deutschen überhaupt wie insbesondere auch gegen ihre beglückenden antiseptischen Instrumentarien auf. . . Da verstehe noch einer diese schandige Welt!

Die Erinnerung des Herrn Obergeneralarmes klingt wie ein dummer Witz. Aber ist es das allein? Die zynische Naivität, mit der Hitlerdeutschland zur Zeit wieder die Welt in die Schranken fordert, entstammt aus genau derselben Geisteshaltung, die als die preußische in die Kultur- und Moralkritik der Welt längst eingegangen ist. Und außerdem: Wer würde nächst Litauen wieder ihr erstes Opfer werden müssen? Belgien, das einmal so kulturreich war, die Gratis-Schutzpockenimpfung durch den alldeutschen Feldweibel-Befehl abzulehnen.

Endlich war trotz alles Militarismus und »Kaiserismus« Deutschland vor dem Weltkrieg doch ein Kulturstaat mit erheblicher Bewegungsfreiheit im Staate, mit einem regen geistigen Leben, mit einer stark aufstrebenden sozialdemokratischen Opposition. Das brachte Deutschland viel Freunde in den anderen Nationen, mehrte sein Ansehen in der Welt. Alles das fehlt dem heutigen Deutschland, dessen geistiges Leben völlig »gleichgeschaltet« ist, der absoluten Kommandogewalt nicht etwa einer geistigen Elite, sondern bösartiger Ignoranten unterworfen, die in der Brutalität den Gipfel der Staatskunst sehen und den Judenpogrom zu einer dauernden Staatsmeinrichtung, ja zu einer der wichtigsten Grundlagen des Staates erhoben haben.

Dieses Regime steht tief unter dem kaiserlichen, es schwächt Deutschlands Kraft, sowie seine Stellung in der Welt weit mehr, als es die Regierungen des Kaiserreiches getan. Wenn es jetzt die gleichen Wege einschlägt, die von diesen gegangen wurden, muß das Endergebnis ein noch furchtlicherer Zusammenbruch werden, als der von 1918 gewesen.

Nicht mit lachendem Auge kommen wir zu dieser Erkenntnis; denn wie der Sturz des Kaiserreiches 1918 droht auch der der Nazidiktatur eine grauenhafte Katastrophe für das ganze deutsche Volk zu werden. Dieser Gefahr wird es nur dann entgehen, wenn es sie rechtzeitig erkennt, und wenn es versteht, sich baldigst der Machthaber zu entledigen, die es heute nicht nur knach-

ten, ausbeuten, verelenden, sondern auch dem völligen Untergang entgegenreiben.

Der Hitlerer baldigt ein Ende zu bereiten, ist keineswegs aussichtslos. Ein Regime, das auf bloßem Zwang beruht, ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Es besitzt keine Widerstandskraft, bricht bei der ersten großen Niederlage zusammen, auch wenn sie keine militärische, sondern bloß eine politische ist. Je eher es den Regierungen des Völkerbundes gelingt, Hitler eine entscheidende Niederlage zu bereiten, um so früher schlägt die Stunde der Freiheit für das deutsche Volk. Allerdings nur dann, wenn die deutschen Arbeiter die Gelegenheit zu erkennen und zweckmäßig zu benutzen wissen.

Aber daran zweifeln wir nicht, darauf beruht die Zuversicht!

Trostspender Klagges

»Der braunschweigische Ministerpräsident Klagges erklärte in einer Kundgebung, viele könnten nicht begreifen, daß der Kampf auf allen Gebieten des Lebens eine Dauererscheinung sei. Der Kampf könne aber niemals zu Ende gehen, denn er gehöre zu einem gesunden völkischen Leben. Diese Auffassung müsse denen entgegengehalten werden, die immer wieder fragten, warum man sie nicht in Ruhe und Frieden lasse und warum man immer wieder verlange, daß sie sich politisch betätigen sollten.«

Phrasen machen nämlich müde — aber nicht satt!

in stinkenden Gewürge aus: Balten gegen Rote, Letten gegen Balten und deutsche Korps. Haben gegen Balten, Litauer gegen Alle. Mitten in diesem Strudel die deutschen Baltikamer, die nicht nach Hause wollen, weil sie nicht wissen, was sie dort mit sich anfangen sollen. Welche Konfusion, welcher politische Dilettantismus des gerillten »sozialistischen Menschen«, dieser reaktionären Freikorpsführer, die ein Jahr nach Friedensschluss noch nicht kapieren wollten, daß der Krieg verloren war. In diesem Buche bringt seitens des Menschen seinen Satz zu Ende, weil der Autor samt seinen Helden keinen Satz zu Ende denkt. Der Stil ist der Mensch.

Wie im Land der Folketeller! Nur daß der Geschundene im Reich des Füllsterns vom Märtyrertode noch halbere Lieder singen muß.

»Im Moos lagen die Reste zweier Menschen, an deren schwarzen Kleidern man unschwer erkannte, daß es zwei deutsche Pastoren waren. . . In ihren Hinterköpfen blinkten haustgroße Löcher. . . »Wir wollen es melden, daß man sie wenigstens begräbt!« sagte Reimers leise. In seinem Gehirn blühterte es, ist das der Glanz des Zwanzigsten Jahrhunderts, dachte er unwillkürlich, ist das der Stolz unserer Zeit? Er mußte an die Worte der Grün denken, die sie einst über das Märtyrertum gesagt hatte.«

Und Dwingers Baltikamer badern mit dem Himmel: Warum ist das möglich, warum ist Gott so schwach geworden?

»Man konnte in ihm wirklich keinen Pater erkennen. Er hatte Unmenschliches erleben müssen. Das Gesicht war rot und blau geschlagen und beide Hände hat er verbunden. . . Man wollte ihn zwingen, einen erschossenen Juden mit kirchlichen Zeremonien zu beerdigen, was Pater Spieler natürlich ablehnte. So zwang man ihn, dem toten Juden das Grab zu schaufeln und den Leichnam hineinzurufen. Dann stieß man Pater Spieler in die Grube auf den Leichnam, sog ihn wieder heraus und ließ ihn das Grab zuschaufeln. Es ist unmöglich, all die Qualereien aufzuzählen, denen man den Jesuitapater unterwarf. Man zwang ihn, aus Menschenkot Modelle von Kirchen zu formen und wälzte ihn dann selbst durch den Kot. . . Die Schamrute muß jedem aufsetzen, wenn er hört, daß deutsche Menschen in solche Zustände sind, solche Schweiß-Nöckchen zu begehren.«

Deutsche Menschen? Pardon, wir sind ins falsche Fach geraten, wir haben in der Mitte des Gefachels ein Stück zitiert aus der katholischen Zeitschrift »Der deutsche Weg«, einem holländischen Blatt, das über die Leiden des katholischen Kanzleiredners Spieler im Konzentrationslager Esterwege berichtet. Bei Dwingers ist Krieg, hier ist Friede, bewaffnete Deutsche martern im tiefsten Frieden wehrlose Deutsche. Was sagen Dwingers Helden dazu? Sollen wir ihnen noch einiges Authentische aus braunen Marterkübeln melden? Sie werden keine Verwendung dafür haben, sie begreifen ja selber tatsächliche Grenzen und ihr Autor berichtet sie als barbarische Notwendigkeit des Krieges, dessen Auswirkungen ja auch Hitlers Schindermächte sind.

VI

Und so unbefangen wie mit dem angeblichen Grenalen der russischen Rotgardisten, so naiv geht der Autor mit einem anderen, für das Dritte Reich recht brechen Thema um. Oder sollte hier ein gerissener Konjunkturritter auf getarnte, populäre Meckerei ausgehen? Wir zitieren:

»Weil wir nichts zu tun haben wollen,« sagt er endlich, »mit einem Deutschland vom 9. November! Weil wir nicht in einem Staat leben können, in dem man die Pflicht nicht mehr nach den Leistungen, sondern nur nach dem Parteibuch vergibt!«

Gibt es in Hitlerdeutschland noch einen Posten ohne Parteibuch? Und der beehrte sozialdemokratische Baltikamer kramt Briefe von Genossen aus der Heimat vor: Kommt nach Hause, hier gibt es jetzt die schönsten Posten für uns Genossen, keiner von uns Alten braucht mehr mit der Hand zu arbeiten,

alle haben die schönsten leitenden Stellen bekommen. . . Das soll der SPD gelten, während alle Welt den Kopf darüber schüttelte, mit welcher objektiver Sachlichkeit die Sozialdemokratie die alte Beamtenschaft in ihren Stellenungen beilegt? Nein, dieses Buch ist 1935 geschrieben und jeder Leser weiß: In der neueren Geschichte gibt es nur eine Partei, die alle Punkte dieser Anwürfe bis aufs letzte erfüllt.

»Ja, ja,« murmelte Meyer, »fürs Volk haben sie alles getan, haben sie zwanzig Jahre lang gewagt — für sich selbst haben sie's, und für niemand andere!«

»Wo die Besatzung beginnt, hört alles wirklich Große auf — stolz kann nur einer auf das sein, was er um der Sache selbst willen tat!«

Was sagen EDLers Minister, Arbeitslose, Abgeordnete, Reichsräte etc. etc. dazu? Diese Dwingerschen Randbemerkungen sind heute drüber zweifellos von pikanter Volkstümlichkeit. Der geknebelte Leser streicht so etwas mit Behagen an, man reicht es einander grinsend weiter: »Aber die Stollen, Mensch! Gegen die Schwarzrotgoldenen natürlich, na selbstverständlich, was dachtest Du Dir denn?«

Damit wäre ein Grund des Erfolges dieser verdähten Kriegsbüchle berührt. Der andere: es ist die verlogene Romantisierung von Reiterthaten, die es nicht mehr gibt. Braune Jugenderhebung. Dem wirklichen, dem unpathetischen, mechanisierten Massen-Gatod, den wegen sie dem Volke nicht zu demonstrieren. Von diesem Verbrechen soll hier nicht weiter gesprochen, wir wollten nur an einem Beispiel dartun, wie traurig und komisch ein Buch aussieht, das 1935 drüber den Vogel abschloß.

B. Brandt.

Unser Verhältnis zum Staat

Erörtert vom Verfasser der »Grenzen der Gewalt«

I.

In Nr. 147 vom 5. April des »N. V.« veröffentlicht Genosse Fritz Tejessy einen Artikel, betitelt: »Mit Lassalle«, in dem er verkündet: »Wir müssen unser Verhältnis zum Staat neu durchdenken.«

In der Tat beschäftigt diese Frage heute nicht wenige Genossen, ihre Erörterung ist nicht zu umgehen. Nur fürchte ich, daß die Art, wie F. T. dabei vorgeht, nicht gerade geeignet ist, die dringend erheischte Klärung zu fördern. Er gibt eine Darstellung, bei der die Dinge auf den Kopf gestellt werden.

Was F. T. verlangt, ist vor allem Staatsgesinnung im Geist der Zeit im Gegensatz zu dem bösen Geist der Marx-Engelschen Staatsauffassung, die bisher die Sozialdemokratie irreführt habe und der ihren erneuten Aufstieg hemme. Nach Lassalle seien es Wilhelm Liebknecht und Bernstein gewesen, die Lassalles Staatsgesinnung vertraten. An sie sollten wir uns halten. Tejessy schließt mit den Worten:

»Von Lassalle über Wilhelm Liebknecht und Eduard Bernstein führt der Weg in die staatspolitische Zukunft der deutschen Sozialdemokratie.«

Er läßt es unentschieden, welchen Bernstein er dabei im Auge hat, ob etwa den von 1891, der damals die Schriften Lassalles herausgab und an dessen »Staatsgesinnung« scharf Kritik übte, oder den von 1899, der die Marxschen Anschauungen kritisierte. Aber gerade an dem Bernstein von 1899 und an dessen Revisionismus nahm Liebknecht den stärksten Anstoß. Er bekämpfte ihn ebenso sehr, wie er vorher Lassalle und seiner Staatsgesinnung entgegengetreten war. Tejessy weiß in der Tat für Liebknechts »Staatsfreund-

keit« im Sinne Lassalles nur eines vorzubringen:

»Wilhelm Liebknecht gab — staatsfreundlich — seinem 1869 gegründeten Blatt den Titel »Der Volksstaat«.

In Wirklichkeit entnahm freilich Liebknecht diesen Titel dem 1869 beschlossenen Eisenacher Programm, als dessen Verfasser sich Bebel bekannte. Sein erster Punkt lautete: »Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.«

Bebel prägte das Wort als »Tarnung« des Begriffs »demokratische Republik«, weil diese in Deutschland 1869 noch nicht offen als Ziel aufgestellt werden durfte. Mißtrauen gegen die Staatspolizei und nicht eine Liebknechtsche »Staatsfreundlichkeit« wurde bestimmend für die Wahl des Wortes. Schon auf dem Eisenacher Kongreß bemerkte Liebknecht, man sage »Volksstaat« statt »demokratische Republik«, um die Partei vor politischen Maßregeln zu schützen (vgl. »Demokratisches Wochenblatt« 1869, Nr. 33).

Soviel über die »Staatsfreundlichkeit«, die das Wort »Volksstaat« hervorgerufen haben soll.

Nicht minder gut informiert uns Tejessy über Marx und Engels. Er weiß zu berichten, daß »im Verhältnis zum Staat Marx und Engels liberalistischen Anschauungen unterlegen sind.«

Es ist ein beliebter Kniff mancher Gegner der Demokratie unserer Tage, daß sie die Demokratie dem vom Kapitalismus beherrschten Liberalismus gleichsetzen, um sie in den Augen der Arbeiter zu verächtlichen. Frisch und fröhlich übernimmt Tejessy diesen Kniff. Marx und Engels waren demokratische Republikaner. Das wird bei ihm im Handumdrehen zu einer

Unterwerfung unter »liberalistische Anschauungen«.

Allerdings kann er sich dabei auf einen mildern Umstand berufen, nämlich auf einen Vorgänger: Heinrich Cunow. Schon 1920 veröffentlichte dieser ein Buch über die Marxsche »Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie«, in dem es hieß, sie sei unter dem »Einfluß der gegen den Staatszwang eifernden englischen Staatstheoretik geraten« (S. 289). An einer anderen Stelle seines Buches (S. 319) behauptet Cunow sogar, Marx habe »aus einem halb utopistisch-anarchistischen Revolutionarismus« seine »Hypothese von der baldigen Abschaffung oder Auflösung des Staates herauskonstruiert.«

Tejessy weiß selbst, daß diese Behauptungen als Entstellungen und Verdrehungen schon 1923 zurückgewiesen wurden in der Broschüre »Die Marxsche Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marxisten«, beleuchtet von Karl Kautsky. F. T. sagt: »Noch 1923 versuchte Kautsky eine Ehrenrettung des oben zitierten Satzes (über das Absterben des Staates) von Engels.« Das hindert F. T. nicht, Cunows Behauptungen zu wiederholen. Kautsky ist bei seinem Schriftchen nicht stehen geblieben. Im zweiten Band seines Buches über die »Materialistische Geschichtsauffassung«, erschienen 1927, erörtert er eingehend auf 600 Seiten jene Frage, die heute so vielen Genossen Kopfschmerzen verursacht, die unseres Verhältnisses zum Staat.

Dort wird unter anderem auch Cunows Behauptung der Beeinflussung der Marx-Engelschen Staatstheorie durch »liberalistische« Auffassungen behandelt:

»Es ist mehr als komisch, anzunehmen, Marx und Engels hätten sich in ihren wissenschaftlichen Auffassungen durch Man-

chesterliberalismus und bürgerlichen Radikalismus bestimmen lassen. Und nicht minder steht in Widerspruch zu den Tatsachen die Behauptung, Marx und Engels hätten im Staat nichts als eine schädliche »Schmarotzerinstitution« gesehen, »die möglichst bald wieder verschwinden müsse.«

»Dies von Marx zu behaupten, dem entchiedenen Bekämpfer des Anarchismus sowohl proudhonistischer wie bakuninistischer Färbung! Von Marx, der in seiner »Inauguraladresse«, wie im »Kapital« das hohe Lied des staatlichen Arbeiterschutzes sang und der nicht die Zerstörung, sondern die Eroberung der Staatsgewalt als unerlässliches Mittel zur Befreiung des Proletariats betrachtete! (»Materialistische Geschichtsauffassung«, Bd. II, S. 54.)

Allen Ernstes scheint dagegen F. T. zu glauben, daß Marx und Engels den Staat in Gemeinden auflösen wollten. So fasse ich wenigstens seinen Satz auf, die deutsche Sozialdemokratie sei den »Kommunalismus des deutsch-englischen Dioskurenpaares nie ganz los« geworden. Was soll das Wort »Kommunalismus« sonst besagen?

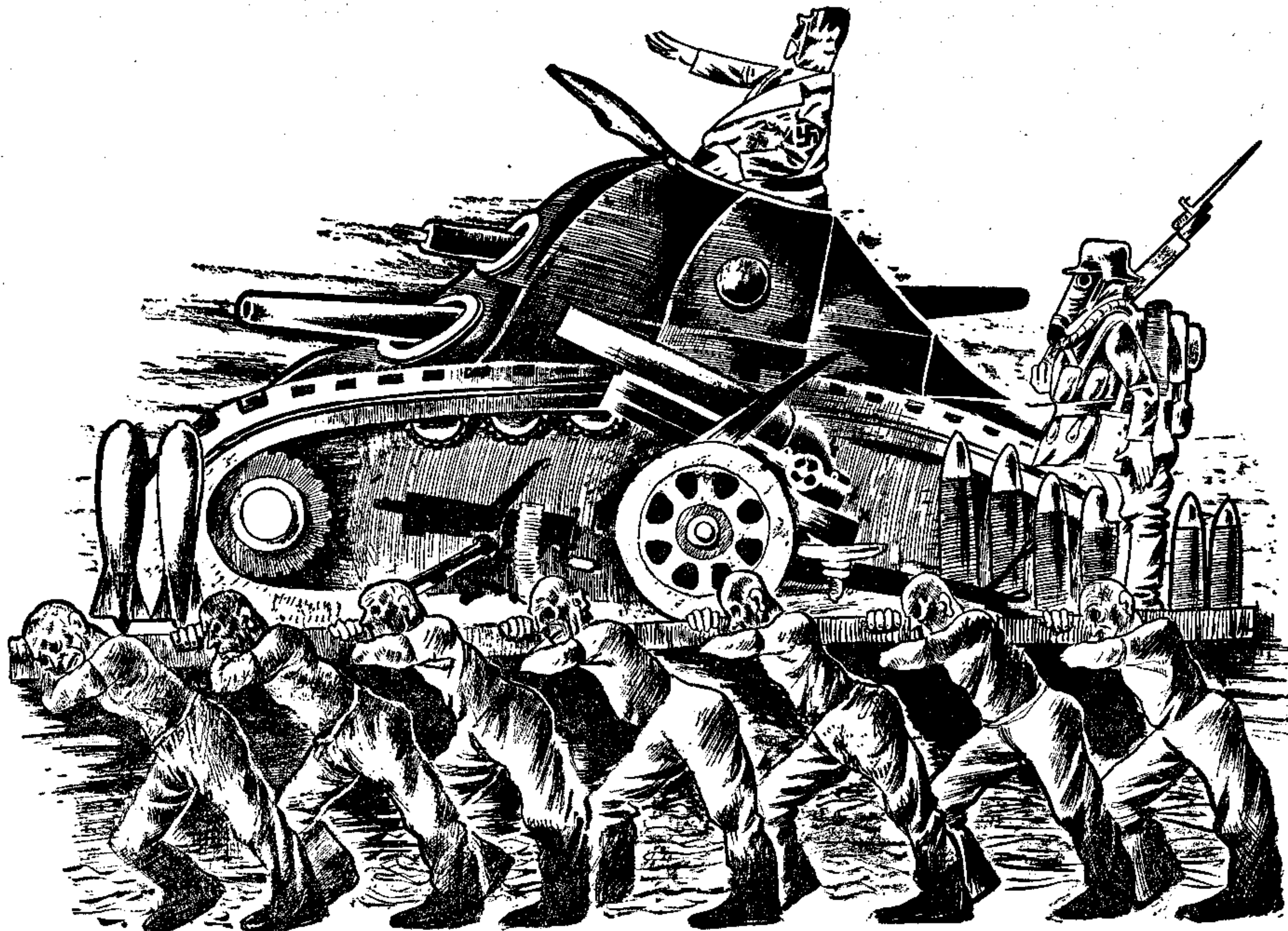
In Wirklichkeit stellten Marx und Engels im März 1848 an die Spitze ihres Programms, das sie für die deutsche Revolution entwarfen, die Forderung:

»Ganz Deutschland wird zu einer einzigen untteilbaren Republik erklärt.«

Diesem Programmpunkt blieben sie treu ihr Leben lang. Die Forderung des Einheitsstaates: »welch tiefstehender »Kommunalismus«!

Kein Zweifel: Marx steht ebenso wenig wie sonst ein Denker über jeder Kritik. Der Schreiber dieser Zeilen hat selbst an manchen überholten Äußerungen des

Maifestzug 1936



»Freut euch des Lebens!«

»deutsch-englischen Diskurspaars« Kritik geübt. Wohl aber dürfen ebenso wie jeder andere Denker auch Marx und Engels fordern, daß ihre Kritiker sie zuerst richtig lesen und darstellen, ehe sie an die Kritik gehen. Die meisten Marxkrieger, auch solche aus unseren Reihen, haben es vorgezogen, die Marx'schen Auffassungen ins Lächerliche zu entstellen, was allerdings die Aufgabe der Kritik sehr erleichtert.

Soviel über die negative Seite des Angriffs Tejesys. Wichtiger als die Frage, ob er die Leser des »N. V.« über Marx richtig informiert, ist die Frage, wie sich die deutsche Sozialdemokratie zum Staate stellt.

Darüber ist noch einiges zu sagen.

II.

Gar manche der Differenzen in unseren Reihen in bezug auf den Staat löst sich näher betrachtet in bloße Differenzen der Terminologie auf. Sie rühren vielfach daher, daß wir nicht alle einzig darüber sind, welche Bezeichnung im Völkerleben wir als Staat bezeichnen. Wir können politisch völlig übereinstimmen und doch anscheinend in starkem Gegensatz zueinander stehen, wenn jeder eine andere Erscheinung als Staat bezeichnet.

Mancher steht in jedem souveränen Gemeinwesen einen Staat, bezeichnet ihn als Organisation der Gesellschaft überhaupt. Da die Gesellschaft ohne Organisation nicht bestehen kann, ist von diesem Standpunkt aus ein geordnetes gesellschaftliches Leben ohne Staat nicht möglich, ist es das »Vestafener alte Ziviliation«. So dachte Lassalle. Diese Auffassung greift F. T. auf.

Andere sehen im Staat eine besondere Organisationsform der Gesellschaft, die relativ erst sehr spät in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft auftritt, sobald die ursprüngliche Freiheit und Gleichheit aller Mitglieder eines Gemeinwesens durch Klassengegensätze verdrängt wird. Die Gesellschaft zerfällt jetzt in Herrschende und Beherrschte. Jetzt geben der Organisation des Gemeinwesens Formen, durch die es zum Herrschaftsmittel wird und als solches zum Staat. So faßten Marx und Engels den Staat auf.

Wenn sie darin von Lassalle abwichen, bedeutete das noch keinen Gegensatz der Politik, sondern nur der Terminologie. Doch verbirgt sich dahinter ein sachlicher Gegensatz, und zwar doppelter Art: Einmal ein historischer. Als Lassalle aufkam, stand die Erforschung der menschlichen Urgeschichte in ihren Kinderschuhen. Nur wenige ahnten das Bestehen einer Urgeschichte, die viele Jahrtausende vor der geschriebenen Geschichte existiert hatte und im wesentlichen kommunistisch eingerichtet war. Selbst Marx und Engels wußten in ihren Anfängen nichts von ihr. Sie schrieben noch in der ersten Auflage des kommunistischen Manifests, 1847, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte

von Klassenkämpfen sei. Erst später hat ihn Engels richtiggestellt. Diese neue Erkenntnis macht es unmöglich, den Staat der Klassengesellschaft als einzige Organisationsform der Gesellschaft zu betrachten. Wenn Lassalle das noch nicht wußte, ist ihm das nicht zu verübeln. Aber es bedeutet keinen Fortschritt sozialer Erkenntnis, heute, siebzehn Jahre nach seinem Tode, den Ergebnissen der Urgeschichtsforschung der letzten hundert Jahre nicht Kenntnis zu nehmen und die Lassallesche Auffassung des Staates über die Marx'sche zu erheben.

Doch nicht nur dieser Unterschied in der Erkenntnis der Geschichte der sozialen Entwicklung verbirgt sich hinter dem Gegensatz der Staatsauffassungen zwischen Marx und Lassalle. Er wird den meisten meiner Leser als ein bloß akademischer erscheinen. Es steckt hinter den verschiedenen Auffassungen des Staates auch ein zeitweise sehr tiefergehender praktischer Gegensatz der Stellung der Sozialdemokratie oder der Kämpfer um die Emanzipation des Proletariats zu den Organen der Staatsgewalt.

Der Staat ist bloße Abstraktion. Was wir in greifbarer Wirklichkeit vor uns sehen, sind die Organe der Staatsgewalt. Diese Organe, sie bilden tatsächlich den Staat, unterschieden von der Bevölkerung, der sie mit den Mitteln einer Zwangsgewalt gegenüberstehen. Unsere Stellung zum Staat ist tatsächlich nichts anderes als unsere Stellung zu den Staatsorganen. Sie hat uns zu beschäftigen, wenn wir der Aufforderung F. T.s nachkommen, »unser Verhältnis zum Staat neu durchzudenken«.

Natürlich wäre es für unseren Zweck ganz überflüssig, unser Verhältnis zum Staat an sich oder zu seinen Organen an sich durchzudenken. Das wäre eine metaphysische Spielerei. Was für uns wichtig wird, ist das Durchdenken unseres Verhältnisses zu den Organen des heutigen Staates.

Welches sind diese Organe?

Marx sagt es mehrfach sehr deutlich, unter anderem in einem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871, wo er bemerkt:

»Wenn Du das letzte Kapitel meines »Achtzehnten Brumaire« nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächster Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere Hand zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und das ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.«

Hier stellt Marx die entscheidende Frage, auf die es bei unserer Stellung zum Staat ankommt. Es handelt sich nicht darum, das »uralte Vestafener alte Ziviliation« auszulöschen, auch nicht darum, den Staat in seine Gemeinden aufzulösen, sondern darum, welche Stellung wir der Bürokratie und dem Militär im Staat zuweisen wollen.

Marx hat sich vielleicht nicht ganz glücklich ausgedrückt, wenn er vom Zer-

brechen der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie sprach. Auch sonst erscheint mir die Terminologie von Marx und Engels gerade in der Staatsfrage nicht immer gut gewählt, weil sie Mißdeutungen böswilliger oder verständnisloser Leser erleichtert, und an denen hat es ihnen nie gefehlt. So ist z. B. der Gedanke sehr richtig, dem Engels Ausdruck gab, wenn er vom Absterben des Staates sprach, aber eine lange Reihe von Auslegern hat aus dem Wort »Absterben« allen möglichen Unsinn abgeleitet, abgesehen von jenen frechen Fälschern, die Engels die »Abschaffung des Staates« fordern lassen, obwohl er ausdrücklich erklärt, wir hätten den Staat nicht abzuschaffen, sondern zu erobern, um mit Hilfe der Staatsgewalt die kapitalistischen Produktionsmittel zu sozialisieren. Sei das geschehen, dann gebe es keine Klassengegensätze mehr:

»Das Eingreifen der Staatsgewalt wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schließt dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung des Produktionsprozesses. Der Staat wird nicht »abgeschafft«, er stirbt ab.«

Das ist ganz richtig gedacht, kann aber doch mißverstanden werden und ist mißverstanden worden. In seiner »Materialistischen Geschichtsauffassung« kommt daher Kautsky bei seiner eingehenden Erörterung der Engelschen Auffassungen zu dem Schluß: »Man sollte nicht so sehr vom Absterben des Staates, als vielmehr von seinem Funktionswechsel sprechen.« (S. 607.)

So konnte auch der Ausdruck vom »Zerbrechen« der bürokratischen Staatsmaschinerie falsch dahin ausgelegt werden, als hätte Marx die Zertrümmerung dieser Maschinerie verlangt. Das wäre aber sicher völlig verkehrt. Im modernen Staat wachsen die Aufgaben der Staatsmaschinerie und damit der Umfang der staatlichen Bürokratie immer mehr. Das ist ein notwendiger Prozeß, der durch nichts aufzuhalten ist. Die Herbeiführung einer sozialistischen Produktionsweise wird manche Aufgaben der Bürokratie beseitigen, dafür aber in noch höherem Grade andere setzen.

Marx erklärte in seiner Abhandlung über die Pariser Kommune (»Der Bürgerkrieg in Frankreich«), daß es gegolten habe: »die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden«. Ihre berechtigten Funktionen sollten einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entzogen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden.

An einer anderen Stelle, in seiner Kritik des Gothaer Programms von 1875, drückt das Marx so aus: »Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln«, also der staatlichen Bürokratie ihre Allmacht zu nehmen, die Bürokraten zu

verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zu machen, nicht bloß die unteren Angestellten, sondern auch ihre obersten Spitzen.

Dieser Gedankengang bezeichnet deutlich die Marx'sche Stellung zum Staate, an ihn muß jeder anknüpfen, der diese Marx'sche Staatsauffassung erkennen und erläutern will. Es ist nichts anderes als die Eroberung weitestgehender Demokratie. Damit nimmt Marx dieselbe Stellung ein wie fast alle politischen Sozialisten. Allerdings nur fast alle, nicht ausnahmslos alle.

Es ist die Stellung derjenigen, die der »bürokratisch-militaristischen Maschinerie« mißtrauen, dagegen voll Vertrauen sind zum Volk und speziell zum Proletariat und zu den Entwicklungsmöglichkeiten, die es auch dort in sich birgt, wo es augenblicklich noch schwach und unreif ist. Aber mancher der politischen Sozialisten, das heißt derjenigen, die die Wichtigkeit der Staatsmacht für den Aufbau sozialistischer Produktion erkannt haben, zweifelt am Proletariat, er mißtraut ihm. Dafür hegt er größtes Vertrauen zur Bürokratie überall dort, wo sie infolge besonderer Verhältnisse stark genug wird, wenigstens dem Anschein nach über den Klassen zu stehen. Da sei ihre Macht der Hebel, der das bestehende Ausbeutungssystem aus seinen Angelenken heben werde. Sie so denken, das sind die Staatssozialisten. Sie haben ungemessenes Vertrauen zum Staat, das heißt zu seiner Bürokratie.

Die Bürokratie aber nur regieren, nicht herrschen, zum Unterschied vom konstitutionellen König, der nur herrschte, aber nicht regierte. Bürokratie wie Militär bedürft einer Spitze, von der sie kommandiert werden. Die Allmacht der Bürokratie bedeutet die Allmacht eines Königs oder Diktators.

Diktatur oder Demokratie, das ist die große Frage, vor der wir heute stehen. Diese Frage war es in erster Linie, die Marx und Lassalle entzweite. Marx forderte die Demokratie, Lassalle erstrebte die Diktatur — nicht von vornherein, er war anfangs Demokrat. Aber in seinen letzten Jahren, als er sich von Marx trennte, verlangte er die Diktatur. Kennzeichnend dafür sind folgende Sätze. Am 15. September 1860 schrieb Marx an Lassalle und bemerkte, in der Politik genüge es nicht, zu herrschen, man müsse auch verstehen. Darauf entgegnete Lassalle am 17. September:

»Haß in der Menge reicht zu allem hin, wenn nur fünf Leute im Staate sind, die auch verstehen.«

Mit dieser Anschauung stand es im Einklang, wenn Lassalle die Statuten des von ihm begründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 8. Juni 1863 ohne Vorwissen seiner Parteigenossen an Bismarck schickte und dazu bemerkte:

»Ich sende hierbei die Verfassung meines Reiches, um die Sie mich vielleicht beneiden dürften... Der Arbeiterstand fühlt sich ip-

Das Kriegsfeuilleton

Deutsche Kriegsliteratur — schlimmer als einst im Mal...

Noch ist die rührende Geschichte in aller Erinnerung, wie der Kriegsfreiwillige Werner Schmidt schon im September 1914 das Eisenerne Kreuz erhielt... Damit war es also: Der Kriegsfreiwillige Werner Schmidt, siebzehnjährig, lag mit ausgeschossenen Augenlidern auf dem harten Bett eines Feldlazarettes im Osten. Er war beinahe schon tot. Immerhin weil er es doch noch nicht ganz war, konnte er noch dekoriert werden. Und so trat Exzellenz von Hindenburg, der selbstverständlich zu der Zeit gerade am Ort war und keineswegs, wie gewöhnlich, über Schlachtplanen nur so brütete, an das Bett von dem Gemeinen Werner Schmidt heran und heftete ihm das Eisenerne Kreuz höchstpersönlich — zwar nicht an das vorgeschriebene zweite oder dritte Uniform-Knopfloch von oben, aber doch an das blutige Hemd. Und da erwachte — zum letzten Mal — der siebzehnjährige blindgeschossene Kriegsfreiwillige Werner Schmidt aus seiner tiefen Ohnmacht, er verspürte Exzellenz vor sich stehen und verspürte auch das Ehrenzeichen an seinem Hemd. Und da sagte Werner Schmidt mit freudiger Stimme: »Nun, so kann ich wirklich freudig sterben; denn ich habe ja das Eisenerne Kreuz!« Sprach, drehte sich herum und starb wirklich sofort...

Die Zeit, die diese sinnreiche Geschichte erfand und sich genüsslich zu Gemüte (siehe unter: »Gemüt, deutsches!«) führte, war freilich noch gradezu eine Ausgeburt von Vernunft und Wohlanstand gegenüber dem, was

zur Stunde dieses Deutschland darstellt. Der »Führer« von damals trug immerhin noch Generalstrelchen an der Hose und beherrschte auch noch wenigstens einigermaßen die deutsche Grammatik. Das ist vorbei, vorbei... Wir sind bis auf den Hitler herunter! Das will ja auch literarisch wirklich was heißen! Auf jeden Fall: die rührende Kriegsanekdote vom sterbenden Kriegsfreiwilligen Werner Schmidt ist längst, längst etwa so überholt und übertrumpft, wie etwa der kleine Fokker von damals durch den heutigen Göring-Bomber. Deutsche Kriegslyrik — das schmeckte damals noch nach immerhin gut gepflegtem Stammtisch-Bier; heute ist es Fusel aus der SA-Budike!

In der von einer besonderen Geisteskanone des Dritten Reiches, von Wil Vesper herausgegebenen Zeitschrift »Die Neue Literatur« (Aprilheft) steht jetzt ein Feuilleton, betitelt »Disziplin«, Verfasser: Erhard Witteke. Milieu ist die Seeschlacht vor den Falklandinseln. Die Engländer werden darin zuerst einmal wüst beschimpft, daß sie von ihrer antiliterarischen Überlegenheit überhaupt Gebrauch machten; nimmermehr hätte das nämlich — natürlich — ein aus Buxtehude stammender Gentleman deutschen Blutes, namens Erhard Witteke als Kommodore einer Schlachtflotte getan, versteht sich! Immerhin, damit die Geschichte überhaupt vorstatten gehen kann — und sicherlich nur deswegen — andersseits so edelmütig sein, daß sie nachher Rettungsboote trotz stürmischer See aussetzten und die in den Wogen treibenden Überlebenden der deutschen Schiffe »Scharn-

horst« und »Gneisenau« zu bergen versuchten; schade eben, daß man es mit Rücksicht auf den späteren Zusammenhang nicht ganz verschweigen kann! Und nun geht los:

»Es entstand ein rücksichtsloses Gedränge im Wasser. Jeder wollte der erste sein, jeder fühlte seine Kräfte aufs Äußerste erschöpft, die Todesfurcht steigerte sich von Sekunde zu Sekunde und es war auch nicht mehr weit von einer Panik. Ein Offizier, der verhältnismäßig am weitesten entfernt von den englischen Booten im Wasser rang, erkannte die Gefahr. Wenn die Schwimmer die Boote zu stürmen versuchten, so sprach alles dafür, daß die Engländer wenden und davonfahren würden, um sich vor dem Kentern zu bewahren. Flohen sie aber die Schwimmenden nicht, so mußten die ersten Boote doch sinken, da alle deutschen Matrosen sich diesen ersten Booten zuwandten und keines von ihnen natürlich groß genug war, sie alle aufzunehmen. Und so schrie der Offizier angstvoll über das Wasser und über die vor ihm Schwimmenden hinweg:

»Nicht so drängeln, Leute! Nicht so drängeln!«

Ein Unteroffizier, der etwa fünf Meter vor ihm schwamm, hörte die Worte, wandte den Kopf, erkannte den Offizier und — war es nun die gleiche Überlegung, die seinen Vorgesetzten die Gefahr hatte erkennen lassen, war es stumpfsinnige Gewohnheit oder blitzschnelles Erkennen der Möglichkeiten — genug, der Unteroffizier hob wassertretend seinen Kopf über die Flut, legte die Hände wie einen Trichter vor den Mund und rief mit aller Kraft nach vorn:

»Durchsagen! Befehl vom Ersten Offizier: Es soll nicht gedrängelt werden!«

Und die von dem Toben der Seeschlacht, dem gräßlichen Anblick der von Sprengstücken zerrissenen Kameraden, dem Untergang ihres Schiffes, dem Ringen mit

dem Meer erschöpften deutschen Matrosen, deren Seelen sich schon vorbereitet hatten, den Weg ins Ungewisse anzutreten, gaben nun die Worte weiter, bis sie beim ersten entrufen, unverständlich und in vollem Wortlaut (im Original gesperrt! D. Red.)

»Durchsagen! Befehl vom Ersten Offizier: Es soll nicht gedrängelt werden!«

Als der vorderste Schwimmer den Befehl erhalten hatte, blickte er nach vorn, ob vielleicht noch ein anderer vor ihm sei. Und nachdem er erkannt hatte, daß tatsächlich niemand mehr vor ihm schwamm, rief er zurück (ebenfalls im Original gesperrt! D. Red.):

»Befehl! Durch!«

Und auf diese Weise wanderte er von dem einen Soldaten zum anderen und kam, wie es die Vorschrift verlangt, bis zu dem Ersten Offizier, von dem der Befehl ausgegangen war. — — —

Das ist die erhabende Geschichte von der Seeschlacht vor den Falklandinseln. Man beachte die Psychologie! Selbstverständlich wird ein Erster Offizier auch dann noch groß geschrieben, wenn bereits die Lunge voll Salzwasser ist. Selbstverständlich besorgt ein deutscher Unteroffizier die Rettung seiner Kameraden in den entscheidenden Minuten erst dann, wenn er dazu Befehl, vom großgeschriebenen Ersten Offizier nämlich, hat. Selbstverständlich wurde das ganze nicht etwa durchgeführt, damit man endlich aus dem nassen Entsetzen aufs Trockene kam, sondern damit die »Vorschrift« zu ihren unabdingbaren Rechten kam. Lieber wären natürlich alle deutschen Helden einzeln gloriöser versoffen, wenn nicht der Befehl auch wieder bis zurück an den großgeschriebenen Ersten Offizier gelangt wäre. Selbstverständlich hat

stinkmäßig zur Diktatur geneigt, wenn er erst mit Recht überzeugt sein kann, daß die- selbe in seinem Interesse ausgeübt wird.

Ja, mehr noch, der »Arbeiterstand« sei geneigt, in der Krone den natür- lichen Träger der »sozialen Diktatur« zu sehen, wenn dieses Königtum sich ent- schließen könnte, »sich in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzu- wandeln. (G. Mayer, Bismarck und Las- salle, Berlin 1928, S. 59, 60.)

Das ist wohl die »Staatsgesinnung« im Geiste Lassalles, die Tejessy uns emp- fiehlt.

Fast um dieselbe Zeit, in der jener Brief an Bismarck geschrieben wurde, ver- kündete Marx (1864), daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihr eigenes Werk sein müsse. Das war dasselbe, was Engels in seiner letzten Äußerung, seinem Vorwort zu Marxens »Klassenkämpfe in Frank- reich« feststellte:

»Wo es sich um eine vollständige Umgestal- tung der gesellschaftlichen Organisation han- delt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt.«

Aber hat nicht Marx selbst das Wort von der »Diktatur des Proletariats« ge- prägt? Auch das gehört zu jener Ter- minologie, die ich als unglücklich gewählt empfinde, weil sie Mißverständnisse er- möglicht.

Diktatur ist nur erreichbar durch All- macht der »bürokratisch-militärischen Maschinerie«, also gerade durch jene Ein- richtung, deren Zerschlagung Marx als Vor- bedingung jeder »wirklichen Volksrevolu- tion« fordert. Er lehnte es ab, daß diese Maschinerie einfach aus einer Hand in die andere »übertragen« werde, wie das »bis- her« jede Revolution getan.

In der Zeit nach dem Weltkrieg ist eine ganz neue Art Diktatur emporgekom- men, die »Parteidiktatur«.

In dem Menschenalter vorher waren in vielen Staaten Europas die Bedingungen für die Bildung von Massenparteien mög- lich geworden durch relative Freiheit der Massen, sich zu organisieren, frei ihre Parlamentsvertreter zu wählen, eine eigene Presse zu gewinnen. Da konnten große Massenorganisationen entstehen, ökonomi- sche wie politische, die für das politische Leben bestimmend wurden.

Aus diesem Zustand konnte unter Um- ständen das Streben nach einer besonderen Art Diktatur hervorgehen: das nach der Diktatur der eigenen Partei. Indes waren jene Parteien, die danach strebten, selbst schon von vornherein auf der Diktatur ihres Führers aufgebaut. Und wo es zu der Diktatur einer Partei kam, konnte sie absolut nur dadurch herrschen, daß sie über eine allmächtige, bürokratisch-mil- itärische Staatsmaschinerie verfügte. Diese ist das A und das O jeder Diktatur. In einer Diktatur wird diese Maschinerie un- weigerlich so stark, daß sie nicht der Di- ner der Partei bleibt, als die sie gedacht ist, sondern ihr Herr wird. Die angeblich herrschende Partei wird selbst bürokrati-

Ein ehemaliger Schutzhaftgefangener schreibt uns:

Am 1. Mai führte man uns Schutzhaft- linge frühmorgens zwei Stunden in der Stadt herum. Zahlreiche SS-Posten unter Gewehr eskortierten uns. Singen mußten wir ab- wechselnd »O Deutschland hoch in Ehren«, die »Wacht am Rhein« und »Deutschland, Deutschland über alles«. Am anderen Tage, den 2. Mai, munkelte man im Lager, daß alle Gewerkschaftsführer verhaftet seien. Tatsächlich war am 2. Mai die große Aktion gegen die Gewerkschaften geführt worden. Schon frühmorgens wurde uns verkündet, daß heute großer, uns wohl bekannter Be- such käme. Zu Mittag wurden sämtliche Ge- werkschaftsführer ins Lager eingeliefert. Dar- aus machte die Lagerkommandantur ein un- erhöhtes Schauspiel zur Belustigung der SS- Leute. Wir wurden alle zum Antreten be- fohlen. In zwei Reihen wir, und zwischen drin die Gewerkschaftsangeestellten, die »Bon- zen«, wie sie im Sprachgebrauch der Nazi und Kommunisten heißen. Vor uns versam- melten Schutzhaftgefangenen mußten sie sich zunächst gegenseitig begrüßen, und zwar so: Ein Gewerkschaftsangeestellter wurde dem anderen gegenübergestellt und gefragt, ob er den anderen kenne und woher. Dann muß- ten sie sich die Hände reichen, vor einander tiefe Verbeugung machen und sich zu ihrer Schutzhaft beglückwünschen. Bei wem die Verbeugung nicht tief genug ausfiel, der be- kam Faustschläge auf den Buckel, daß er zusammensank. Zwischen dem Sekretär des Holzarbeiterverbandes und Textilarbeiterver- bandes bekam die Sache eine andere Wen- dung. Der vom Holzarbeiterverband wurde gefragt und antwortete: »Jawohl, wir waren zusammen im Felde bei einer Kompanie. Da haben wir uns kennen gelernt.« »Halt die Fresse, verfluchtes Bonzenschwein und renom- miere nicht mit deinem Fronterlebnissen her- um. Da hast du Sau doch früher nie daran

gedacht. Du Schwein warst doch nie ein guter Soldat.«

»Ich war Feldwebel, habe fünf Kriegs- auszeichnungen und bin dreimal verwundet.« »Halt die Fresse, du Renommiersau, sonst schlag ich sie dir zu.«

Jetzt mußten die Kommunisten unter uns Schutzhaftlingen hervortreten. Von ihnen mußte nun zu beiden Seiten eines Gewerk- schaftsangestellten je einer Aufstellung neh- men. Von den Kommunisten mußten die Bonzen nun an uns vorbeigeführt werden, wobei sie mit Schlägen und Pöffen traktiert wurden. Aus dem Gehen wurde schließlich ein Laufen und Jagen vor den Mißhandlun- gen. Für uns war die Vorstellung beendet, aber nicht für die Gewerkschaftsangeestell- ten. Diese mußten jetzt Rock und Weste aus- ziehen, die Hosenträger ablegen. Sie standen da in einer ausgerichteten Reihe und muß- ten sich die Hosen mit den Händen am Leibe halten, damit sie diese nicht verloren. Nun erschien die ganze SS die im Lager war mit Gummiknüppel und Revolver in den Hän- den und begann, die Gewerkschaftsangeestell- ten vor sich herzutreiben. Es wurde eine Jagd auf Leben und Tod. Hinter jedem An- gestellten hetzte wilde SS her und schlug zu, wohin sie nur treffen konnte. Der Ge- nosse B. (er hat seinem Leben ein Ende ge- macht und ist längst tot) hatte die Spitze genommen, er war ja auch der gewandteste und noch jünger. Er lief wie ein Wiesel, so daß ihm kein SS-Mann nachkommen konnte. Doch als gar ein Schuß krachte und die Ku- gel dicht an seinem Kopfe vorbeisauerte, rannte er wie wahnsinnig geworden. Schlim- mer ging es dem W., S. H. und K., einer 54 Jahre, einer 58 Jahre und einer 61 Jahre alt. Sie brachen gar bald zusammen und konnten nicht mehr weiter. In einem Knäuel wälzten sie sich am Boden und jeder versuchte, sich wieder hochzuarbeiten, da die SS unbarm- herzig auf sie einschlug, so lange sie am Bo-

den lagen. »Ihr Bonzenschweine, ihr faulen Hunde, wollt ihr vielleicht laufen,« brüllten die SS-Bestien und schlugen zu was der Gummiknüppel hergab, bis die vier sich mühsam wieder hochgerichtet hatten. Noch ein paar Schritte schleppten sie sich vorwärts, doch dann brachen sie wieder zusammen. D. war schwer lungenleidend. Auch er brach zusammen und wurde mißhandelt. Am ande- ren Tage mußten sie wieder mit uns antreten. Jeder wurde jetzt von den SS-Leu- ten einzeln nach seinem Monatsgehalt ge- fragt.

»Na, wieviel Gehalt hast du Bonzen- schwein?«

»230 Mark im Monat.«

»Wieviel? 600 hast du Lügenmaul.«

»Nein, nur 230 Mark.«

Darauf erhielt er ein paar kräftige Ohr- feigen und Fußtritte in den Leib, daß ihm Hören und Sehen verging und dann kam nochmals die Frage:

»Wieviel hast du Gehalt, du dreckige Bon- zensau, 800 Mark, willst du das eingestehen und nicht schwindeln?«

Dabei hatte die SS-Bestie schon wieder zum Schlage ausgeholt. Und weil der Gefan- gene schwieg, wurde er angebrüllt: »Wird es bald?« Um weiteren Mißhandlungen zu ent- gehen, log er notgedrungen: »800.«

Tatsächlich hatte er aber nie 800 Mark gehabt, sondern wirklich nur 230 Mark. Zu den dreckigsten Arbeiten wurden die Ge- werkschaftsangeestellten befohlen. Dabei durf- ten sie kein Wort reden. Der Genosse S. mach- te nur einmal eine leise Bemerkung, die der Posten aber doch bemerkt hatte. Sofort setzte er ihm den Revolver auf die Brust und schrie ihn an: »Soll ich dich Sau erschießen?«, »Er- schieß mich nur«, gab Genosse S. kahlköpfig zur Antwort. Ein paar kräftige Ohrfeigen und verschärften Arrest wegen Verstoß gegen die Lagerordnung war die Strafe. Das war 1933 im Mai. Und heute?

siert oder militarisiert und dadurch die bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie einverleibt.

Das beachten manche unserer Genos- sen nicht, die gegen die Hitlerer kämpfen. Sie lehnen nicht jede Diktatur ab, sondern nur eine besondere Art derselben, den »Faschismus«. Sie wollen nicht die De- mokratie erobern, sondern nur das tun, was schon Marx verwarf, auf den sie sich berufen: die Diktatur, das heißt die All- macht der bürokratisch-militärischen Maschinerie aus einer Hand in eine andere übertragen.

Sollen wir zu diesem Zweck Hitlers Sturz anstreben oder sollen wir eine so weitgehende Bewegungsfreiheit der Mas- sen im Staate und eine solche Ausdehnung der Selbstverwaltung in ihr durchsetzen, daß dadurch die unvermeidliche Bürokratie aus einem Herrn zu einem Diener des Volkes wird?

Das ist die große Frage, über die in unseren Reihen völlige Klarheit herrschen muß, ehe wir mit Erfolg eine antihitleri- sche Propaganda betreiben können. Sie ist ernstlich zu durchdenken. Dabei wird es wohl von Nutzen sein, die Staatsauf- fassung Lassalles mit der zu vergleichen, die in den Schriften von Marx und seiner Schule niedergelegt und bis in unsere Tage fortentwickelt wurde.

Aber die Aufgabe der Klärung kann nur gehemmt werden durch Verneblungs- operationen, wie sie Fritz Tejessy vor- nimmt.

Ohne Verstellung ...

Ueber eine Uraufführung der Oper »Der verlorene Sohn« schreibt die »Köln. Volks- zeitung«:

»Diese Oper in zwei Akten des Berliner Staatskapellmeisters Prof. Rob. Heger hat den Ehrgeiz, die deutsche Bühne um

ein schlagkräftiges Gebrauchswerk von ausgesprochen virtuosem Zuschnitt zu be- reichern. Die Musik ist ein Schulbeispiel für beste Kapellmeistermusik; sie greift ohne Verstellung nach den offen zu- tage liegenden Vorbildern, die im »Rosen- kavalier« und der »Arabell«, im »Rigoletto« und der italienischen Oper vorgezeichnet sind. Der Orchester- klang und die Deklamation zeigen in der Hauptsache der Technik von Strauss und Graener zu, soweit nicht italieni- sche Erinnerungen aufklingen. Alles hat in hohem Maße virtuose Anlage... ver- bindet unbedenklich den Stil der Operette, der großen Oper und des Kammerstücks und verschmälert faustische Sentimen- talitäten ebensowenig wie die witzelnde Gestik überwundener Richtungen. Trotzdem bleibt es fraglich, ob der Endzweck »Hoffmanns Erzählungen« zeit- gemäß zu ersetzen, hier wirklich er- reicht wird.«

Bei wie vielen muß eigentlich noch ge- stohlen werden, um den einen Juden Offen- bach zu ersetzen?!

der Unteroffizier (der heldische Schreiber aus SA-Kreisen meint natürlich immer noch einen Maat; aber das nur nebenbei!) die Hände an die Rosenmatt geführt — als er den »Befehl« vom (großgeschriebenen Ersten) Offizier empfing. Selbstverständlich hat der erste Schwimmer die bewußte Kehrtwendung der Vorschritt gemäß nach links mit 180 Grad genommen, als er — nicht etwa sich dem- gemäß, ohne zu drängeln, rettete, sondern vor allem sich der Wichtigkeit des Momentes nummehr voll und ganz hingab, daß »der Be- fehl« endlich »durch« sei. Selbstverständlich.

Folgender politische Refrain hängt aber dieser schönen Geschichte, die aus den wirk- lichen Taten der Falklandinseln gern ein paar Hitlerindianer vom Bunde Deutscher Mädels nachträglich machen möchte und schon da- rum eine ganz üble nationale Schandbarkeit darstellt, noch von so begabten Verfassern, Pg. Erhard Witteke, an:

»... weil sie es in sich tragen, was man mit dem gewöhnlichen, oft verachte- ten Wort Disziplin nennt. Unsere Fein- de (!) verstehen darunter Kasernenhofdrill. Sie speiten darüber, und ahnen doch, daß viel mehr dahintersteckt, als das Hohnwort verrät. Denn sonst würden sie diesen Be- griff nicht fürchten. Wer aber von un- serem Blute ist, wird nach diesem Bericht ahnen, was Disziplin unter deut- schen Soldaten in Wahrheit ist.«

So patriotisch singt der Pg. Nulpe. Immer- hin: der Pg. Nulpe ist zur Zeit der, der die siebzig Millionen Deut- scher registriert und sich anschickt, ihnen mit dieser stupiden Dummheit noch eine weit größere nationale Katastrophe zu be- reiten, als sie 1918 schon einmal erlebt haben.

F. E. Roth.

Drei Jahre Mißwirtschaft

200.000 : 12 Millionen.

In Leipzig sprach Reichskulturwalter Hin- kel über die Ergebnisse der bisherigen Kul- turpolitik. Was wurde erreicht? Die DAZ berichtet über den Vortrag:

»Im ganzen könne voll Befriedigung auf die Arbeit der letzten drei Jahre zurück- geblickt werden. Das Stadium der Organisation müsse als abgeschlossen bezeichnet werden. Die Bahnen seien ge- ebnet, und es sei nun möglich, an den posi- tiven Aufbau heranzugehen.«

Die Organisation abgeschlossen — in drei Jahren! Und was kostet diese fabelhafte Lei- stung? In der »Systemzeit« habe

»der Etat des preussischen Kultusministe- riums damals 200.000 Mark aufgewiesen, die auch auf Jahre hinaus schon festgelegt ge- wesen seien. Im ersten Jahre des national- sozialistischen Aufbaues sei der Etat auf eine Million, im nächsten Jahre auf zwölf Millionen erhöht worden.«

12 Millionen für die Organisation! »Kein Land der Erde habe so große Summen allein für die Pflege des Theaters zur Verfügung gestellt...« Natürlich nicht, denn in keinem Land der Erde ist das Theater so schandbar ruiniert worden wie im Dritten Reich! In kei- nem anderen Lande muß das Publikum der- art zwangweise hineingelotet werden. In keinem Land der Erde wurde die Theaterkunst je so kastriert! 12 Millionen für die Büro- kratisierung und Niederhaltung der Theater- kunst! Der Reichsschrifttumskammer aber rühmte Hinkel nach,

»daß in den letzten drei Jahren kein deut- sches Buch erschienen sei, das sich gegen eine andere Regierungsform oder gegen einen fremden Staatsmann richtete. Darin

sei ein gewaltiger Beitrag der deutschen Kulturpolitik für den europäischen Frieden zu erblicken.«

Die Literatur des Dritten Reiches zu lesen, lehnt offenbar auch dieser Kunstfeld- webel ab. Denn von »Mein Kampf« ab- gesehen, in dessen Neuauflagen nach wie vor die demokratischen Staatsformen ebenso ver- ächtlich behandelt werden wie Rußland, ha- ben gerade im letzten Jahr prominente braune Federn in diesem Punkte beträchtl- iches geleistet. Wir verweisen nur auf Ste- guarts neues Stück, in dem sowohl das Par- lament wie die Regierung Frankreichs beschimpft werden. Oder auf Dwingers Bal- tikumbuch, in dem nicht nur das bolschewi- stische System verächtlich, sondern auch die englische Regierung und englische Regierende lächerlich gemacht werden. Soviel über diesen »gewaltigen Beitrag zum Frie- den«.

Kultureller Aufschwung

Die Synagoge in Dt.-Eylau wurde für 9000 Mark versteigert. Den Zuschlag erhielt der Bierverleger Willy K., der in dem Ge- bäude einen Bierverslag einrichten will. Es handelte sich um eine Zwangsver- steigerung.

(Meldung in der deutschen Presse)

Wiedergeburt

Ueber die »deutsche Wiedergeburt« schreibt der braune Dichterling Franz Schauwecker in der Nazipresse:

»Es wird in den Tagen und Jahren des neuen Wachstums der letzte Mut er-

fordert. Der letzte Mut, der in die Ver- bannung zu gehen bereit ist.«

Meint er damit nun eigentlich Göring, der einst von der Münchner Feldherrnhalle weg nach Schweden floh, oder meint er die Emi- granten, die heute drüben als Landesverräter beschimpft werden?

Kurt Döberer:

Unsere Väter

Das waren unsere Väter, die gingen in einer Reihe.

Sie zogen in langen Kolonnen und tröteten am ersten Mai.

Es standen die Riesen und Räder, es schlug die Sirene am Schlot.

Es kämpften unsere Väter für Arbeit, Frei- heit und Brot.

Und lagen auch auf der Straße, die Männer am zweiten Tag, es sagten die Frauen im Hunger, wir tragen, was kommen mag.

Es glaubten unsere Väter an eine große Zeit, in der die Roten Fahnen stehen zum Sturm bereit.

Ich glaub an unsre Väter, ich mach, was sie getan

und gehen wir auch zur Höhe in Blut und Schweiß hinan.

Wir brechen Krupp und Thyssen und schla- gen ihren Knecht.

Rot steht die alte Fahne: Für Arbeit, Brot und Recht.

Eigentumsrecht und Sozialismus

Von Karl Kautsky.

I.

Der glänzende Triumph unserer Genossen bei den Wahlen in Frankreich und das Kommen einer Koalitionsregierung mit Léon Blum als Präsidenten erfüllt die bürgerliche Welt mit Besorgnissen, die zum Teil zeigen, wie wenig sie unsere Partei kennt und versteht.

In einem Pariser Bericht über die zu erwartende politische Linie der Regierung Blum (Neue Freie Presse vom 17. Mai) wird auf eine Äußerung Daladiers hingewiesen, der gesagt haben soll, man soll sich vor der Regierung der Volksfront nicht fürchten, sie werde keine »Beschränkung des Eigentumsrechts« bringen.

Es ist mir zur Zeit nicht möglich, festzustellen, ob und in welchem Zusammenhange diese Worte gefallen sind. Sicher ist eins: der Gedanke, der sich hinter ihnen verbirgt, ist weitverbreitet: Noch sei die Regierung Blum nicht gefährlich, weil die Radikalen sie im Zaum halten. Aber sobald die Sozialisten die volle politische Macht haben, werden sie das Eigentumsrecht antasten. Bloß die Zuziehung ihrer bürgerlichen Koalitionsgenossen hindert sie heute in Frankreich daran.

Das ist eine Annahme, die nicht bloß in bürgerlichen Kreisen fast allgemeingängig und gäbe ist, sondern auch von vielen Genossen geteilt wird.

Die Verwandlung des Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum ist eine alte programmatische Forderung der Sozialisten. Jedoch nur das Eigentum an Produktionsmitteln kommt für uns in Frage, nicht das an Konsumtionsmitteln. Und auch das Eigentum an Produktionsmitteln nur, insoweit sie kapitalistisch sind, also nicht von den Arbeitern besessen werden, die sie benützen, sondern von Kapitalisten. Doch die Sozialisierung der heute kapitalistisch, das heißt, zur Erzielung eines Profits angewandten Produktionsmittel ist nicht der ganze Sozialismus, sondern nur die eine seiner Seiten. Die andere besteht in der Umwandlung der anarchischen Warenproduktion in eine Planwirtschaft. Eine solche scheint nicht notwendigerweise mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in Verbindung zu stehen. Warum sollte der Staat nicht auch privaten Produzenten, privaten Kapitalisten, eine Regelung der Produktion auferlegen können? Bewirkten nicht schon Unternehmerorganisationen für bestimmte Gebiete der Wirtschaft eine Regelung der Produktion und des Absatzes? Und trieb nicht der Weltkrieg jeden an ihm teilnehmenden Staat dazu, die Einzelproduzenten zu verhalten, den Betrieb ihrer Produktionsstätten den Bedürfnissen der Kriegsführung anzupassen?

Der Krieg hinterließ dann ein derartiges Chaos in der Wirtschaft, daß es notwendig wurde, auch im Frieden die Staatsgewalt ohne vorherige Sozialisierung der Produktionsmittel in den Produktionsprozeß regelnd eingreifen zu lassen, zu der auch der Zirkulationsprozeß gehört. Das Beschaffen von Produktionsmitteln und der Verkauf der Produkte ist für den Fortgang der Produktion ebenso wichtig, wie die Tätigkeit in der Fabrik oder im Bergwerk usw. Mancher Sozialist meint, auf dem Gebiet der Regelung des Kaufens und Verkaufens seien weniger Widerstände zu befürchten, als auf dem der Sozialisierung, da dabei die Herrschaft des Einzelkapitalisten in seinem Betrieb nicht angetastet werde. Diese Sorte des Sozialismus sei zuerst in Angriff zu nehmen. Mit der Zeit haben auch in bürgerlich gesinnten Kreisen die Ideen einer »dirigierten Wirtschaft«, das heißt einer dirigierten kapitalistischen Wirtschaft, Eingang gefunden. Zuerst in Europa, dann seit der großen Krise, die 1929 begann, auch in den Vereinigten Staaten. Mussolini bezeichnet ausdrücklich als sein Ziel die staatliche Regelung der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Sozialisten, die in solchen Regelungen die Ansätze zu sozialistischer Produktion zu sehen vermeinen, vergessen leicht eines: Die kapitalistische Wirtschaft ist stets Profitwirtschaft. »Ohne Profit raucht kein Schornstein«. Die Produktionsregelungen durch die Kartelle und Trusts dienen

von vornherein der Erhöhung des Profits. Der ist die Triebfeder, die die Wirtschaft im Gange hält. Auch im Kriege waren Industrielle und Landwirte trotz ihres glühenden Patriotismus nur durch Gewährung recht hoher Preise und Profite dazu zu bringen, ihre Produktion den Bedürfnissen der Armeen und der Bevölkerung anzupassen. Die Staatsgewalt zögerte meist nicht, solche Preise zu bewilligen, denn ein Krieg ist stets ein unökonomisches, widerökonomisches Unternehmen, sein Wirken stets mit Verschwendung — von Menschenleben und Gütern — untrennbar verbunden. Darum führt auch jeder Krieg

derte Sklaverei und Leibeigenschaft den Aufstieg zu höheren Produktionsweisen. Solche konnten nur erwachsen in freien Städten mit freien Arbeitern.

Das Bestreben, kapitalistische Unternehmungen unter allen Umständen dadurch in Gang zu halten, daß ihnen der Staat hohe Profite sichert, muß diesen finanziell schwer belasten, schließlich ruinieren. Der Versuch, nicht rentable Unternehmungen durch polizeilichen Zwang zur Fortsetzung ihrer Produktion zu zwingen, muß kläglich scheitern. Auf der anderen Seite stößt das Streben auch auf gewaltige Widerstände im Betriebe, an deren

zen und Haustiere; werden ungeheure Summen ausgegeben, neuen Kulturboden zu schaffen durch Trockenlegung von Sümpfen oder Meeresarmen, sowie durch Staudämme und Bewässerungsanlagen auf dürrer Strecken usw.

Die dirigierte kapitalistische Wirtschaft von bürgerlichen Sozialreformern in Angriff genommen, will ohne Sozialisierung die kapitalistische Anarchie ersetzen durch eine geordnete Planwirtschaft, die keine Krisen kennt, keine Arbeitslosigkeit, keinen Bankrott. Aber was derartige Versuche einer Dirigierung der kapitalistischen Wirtschaft bisher gebracht haben, war recht ungenügend, das Chaos zu beseitigen, das sie voranden. Sie haben aber dazu noch ein neues Chaos hinzugefügt durch Erlaß von Zöllen, Subventionen, Polizeivorschriften usw., das immer unübersichtlicher wird, für den Betrieb der einzelnen Wirtschaften, immer mehr Zerwürfnisse und Reibungsflächen schafft, die unproduktiven falschen Kosten des Produzenten immer mehr vergrößert und die unproduktiven Teile des Staatsapparates vermehrt.

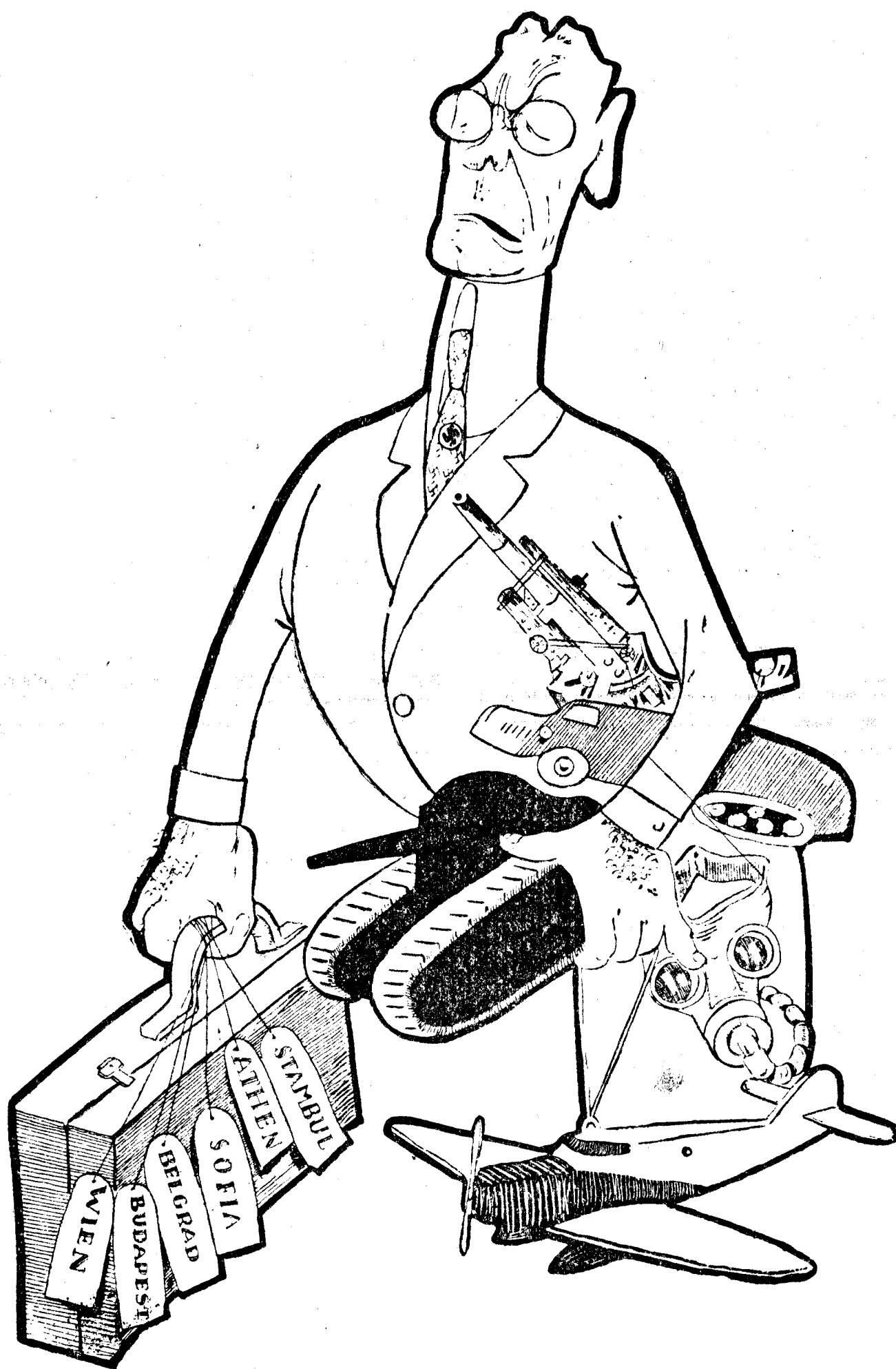
Mancher vermeint, man vermöge durch staatliche Beeinflussung des Kreditwesens, namentlich der Großbanken, auch bei fortbestehendem Privateigentum an den kapitalistischen Produktionsmitteln die Produktion zu regeln. Kein Zweifel, daß der Kredit bei entwickelter kapitalistischer Produktion eine große Rolle spielt.

Als Kreditgeber kamen ursprünglich bloß die Besitzer großer Geldsummen in Betracht, die sie nicht selbst im Handel und der Produktion anwandten. Aber in einer kapitalistischen Gesellschaft wird jedermann gedrängt, bestimmte Geldsummen zeitweise aufzuschatzen, um sie später anwenden zu können, zum Teil als Reserve für Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Arbeitsunfähigkeit, zum Teil, um einen Fonds zu gewinnen zur Anschaffung neuer Produktionsmittel, zur Zahlung von Löhnen, Einlösung von Wechseln usw. Eine solche Summe mußte ihr Besitzer bisher als toten Schatz liegen lassen, bis er sie verwendete. Das Aufkommen des Bankwesens ermöglichte es ihm, die Summe einer Bank zu leihen, die sie wie eigenes Geldkapital anwandte, gegen hohen Zins auslieh und dafür kleinen Zins zahlte. Sie folgt das Geld seinem Besitzer wieder aus, sobald er es braucht. Mit der Zeit wuchsen diese fremden Gelder der Banken zu ungeheuren Summen an, die es mancher von ihnen gestatten, einen großen Einfluß auf die Wirtschaft aber auch auf den Staat auszuüben, auf jeden Faktor der zeitweise auf Anleihen angewiesen ist.

Das Aktienkapital selbst der größten Bank ist heute unbedeutend gegenüber den fremden Geldern, die ihr anvertraut werden und mit denen sie in das wirtschaftliche und politische Leben eingreift. Sie werden eine herrschende Macht nicht durch ihren eigenen Besitz, sondern als Apparat, der fremdes Geld anzieht, um es wie eigenes zu verwenden.

Die Verfügung über diesen Apparat wird für jedes Regime höchst wichtig, natürlich auch für ein sozialistisches. Ungehemmte Feindseligkeit der Banken kann es furchtbar schwächen und schädigen. Aber man darf nicht übertreiben und verneinen, die Banken seien in der Lage, das ökonomische Leben nach Belieben zu regeln. Sie könnten, auch wenn sie wollten, das Profitgesetz in der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufheben, sie würden selbst bankrott, wenn sie in größerem Maßstab versuchten, unprofitable Produktionszweige in Gang zu halten. Andererseits wird, so lange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, ein der Kapitalistenklasse wohlgefälliges profitables oder profitversprechendes Unternehmen stets Geldgeber finden. Sollten die öffentlichen Banken des Landes daran verhindert sein, so werden andere Geldbesitzer dem Unternehmen Kredit geben, wenn es ihn braucht, um seinen Betrieb rascher und weiter auszudehnen als es vermöchte, wenn es bloß auf seine eigenen Geldmittel angewiesen wäre.

Das Kreditwesen ist ein mächtiges Mit-



Herr Schacht reist privat

zum ökonomischen Zusammenbruch, wenn er nicht rechtzeitig beendet wird.

Eine Friedenswirtschaft, die dauern und bestehen soll, muß nach anderen Grundsätzen betrieben werden als eine Kriegswirtschaft. Es führt zu einer unerträglichen Belastung der Bevölkerung, wenn eine Staatsgewalt in ausgedehntem Maße jenen Produktionszweigen, von denen sie wünscht, daß sie rege betrieben werden, durch Zuschüsse irgendwelcher Art unter die Arme greift. Nun könnte man meinen, eine Regierung könnte ja den Kapitalisten gegenüber auch einmal statt des Zuckerbrotes die Peitsche in Anwendung bringen. Indessen findet eine Zwangsgewalt in der Wirtschaft bald ihre Grenzen. Mit Vorteil für den Produktionsprozeß wurde sie bisher nur in negativer Richtung angewendet, in der Verhinderung schädlichen Tuns, z. B. in der Beschränkung der Arbeitszeit. Dagegen hat sich der Zwang stets sehr ungeeignet gezeigt, wo es gilt, energisches, zweckmäßiges produktives Tun herbeizuführen. Darum hin-

Fortgang ihre Unternehmer aufs höchste interessiert sind, von denen ihre Existenz abhängt, zur Einstellung oder zur Einschränkung zu bringen, um der Ueberproduktion entgegenzuwirken.

Alle derartigen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft sind eine stete Quelle entweder der Korruption oder der Widergesetzlichkeit. Ihre Durchführung erheischt einen ungeheuren Staatsapparat, der höchst kostspielig ist und früher oder später doch umgangen wird. Dabei werden alle Eingriffe der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung in das Wirtschaftsleben immer wieder durchkreuzt durch die Fortschritte der Wissenschaft oder ihrer Anwendung.

Da werden z. B. in manchen Staaten große Summen dafür ausgegeben, um die Landwirte zu veranlassen, die Kulturfleichen ihrer Betriebe zu verkleinern, damit die Preise ihrer Produkte steigen. Gleichzeitig aber verbessern sich unaufhörlich landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel, die Arten der Kulturpflan-

tel, dem Produktionsprozeß zahlreiche Geldmittel einzuverleihen, die ihm sonst fernbleiben und in der Gesellschaft müßig lägen. Ohne Kreditwesen wäre die kapitalistische Produktionsweise nicht so sehr entwickelt, wie sie ist. Aber es ist ein sehr unzulängliches Mittel für den Zweck innerhalb dieser Produktionsweise, die Produktion und Zirkulation der Waren planmäßig zu regeln. Es hat bisher mehr die Spekulation und damit die Anarchie im Produktionsprozeß begünstigt. Es ist schon ungeheuer viel, wenn es gelingt, diese Seite des Kredits einzudämmen. Die staatliche Kontrolle des Kreditwesens, d. h. zunächst der Großbanken, ist sehr notwendig, sie kann aber keinen Ersatz bilden für die Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel. Eine Sozialpolitik, die vor jeder Sozialisierung kapitalistischer Unternehmungen zurückschreckt, ist unfähig, eine zweckmäßig wirkende Planwirtschaft durchzuführen.

Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel und Planwirtschaft gehören zusammen, lassen sich voneinander nicht trennen. Sie sind zwei Seiten derselben gesellschaftlichen Erscheinung, der sozialistischen Produktionsweise. Je weiter die Sozialisierung vor sich geht, umso planvoller wird man die Gesamtwirtschaft gestalten können. Wir müssen Planwirtschaft und Sozialisierung gleichzeitig in Angriff nehmen.

Die Versuche, namentlich bürgerlicher Sozialreformer, die Sozialisierung der Produktionsmittel wegen der Widerstände, die sie findet, zu umgehen, und Plan und Ordnung in das kapitalistische Chaos ohne Einschränkung des Bereichs des Privateigentums an den kapitalistischen Produktionsmitteln zu schaffen, werden sich als eine Danaidenarbeit erweisen, bei allem ehrlichen Willen, der z. B. bei Roosevelt sicher zu finden ist.

II.

Daß die Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel unser Ziel sein müsse, darüber bestanden in sozialistischen Kreisen keine verschiedenen Meinungen. Wohl aber wurde lebhaft über den Weg zu diesem Ziel diskutiert: Sollen wir die Kapitalisten für die sozialisierten Produktionsmittel entschädigen oder ihren Besitz einfach konfiszieren? Man glaubte, es stehe in unserem Belieben, den einen oder den anderen Weg zu wählen, die Entscheidung darüber hänge nur von dem Grade der Unversöhnlichkeit oder Milde ab, den unsere Gemüter aufweisen.

Ich glaube, der erste Sozialist gewesen zu sein, der die Frage: Konfiskation oder Entschädigung? nicht vom ethischen, sondern vom ökonomischen Standpunkt aus behandelte. Ich tat es bereits 1902 in meiner Schrift über die »Soziale Revolution« und dann 1922 in dem Buche über die »Proletarische Revolution«. Ich kam zu dem Ergebnis, daß gegen die Forderung

der Konfiskation schwere ökonomische Bedenken bestünden, daß die Ablösung der sozialisierten Betriebe eine ökonomische Notwendigkeit sei. Zu diesem Schluß nötigte mich die Erkenntnis, daß eine zweckmäßige, fruchtbare Sozialisierung der Produktionsmittel nur möglich werde, wenn man sie sorgfältig vorbereite, und daß nicht alle Produktionszweige für die Sozialisierung bereits reif seien. Jede sozialistische Partei, die zur Regierung komme, müsse jedoch von Anfang an trachten, daß alle Betriebe, die sie vorfindet, in Gang bleiben, die nichtsozialisierten ebenso, wie die sozialisierten. Sie müsse verhindern, daß das sozialistische Regime mit einer ökonomischen Krise beginnt.

Eine solche müßte aber eintreten, wenn nicht eine sofortige allgemeine Sozialisierung möglich wäre und doch jedem kapitalistischen Unternehmen die Konfiskation drohe. Ein kapitalistisches Unternehmen kann nicht weitergeführt werden, wenn der Kapitalist nicht immer wieder Geld hineinsteckt, sowohl um Rohmaterialien zu kaufen, wie um die Löhne zu zahlen. Er tut das, weil er hofft, beim Verkauf seiner Produkte das Geld mit Profit zurückzubekommen. Er wird sich aber hüten, sein Geld weiter im Produktionsprozeß anzulegen, wenn ihm völlige Konfiskation droht.

Kommt eine sozialistische Regierung mit einer sozialistischen Mehrheit hinter sich, ans Ruder, dann müssen wir darauf gefaßt sein, daß die Kapitalisten trachten, deren Wirken zu sabotieren, einen Unternehmerstreik herbeizuführen, das wirtschaftliche Leben lahmzulegen, um das neue Regime zu diskreditieren. Den kräftigsten Antrieb würde dieses Streben erhalten, wenn die Regierung sich anschickte, die kapitalistischen Betriebe zu konfiszieren.

Dagegen wird man jeglicher ökonomischer Sabotierung am besten nicht etwa mit Gewaltdrohungen begegnen, die keine intensive ökonomische Tätigkeit erzeugen, sondern dadurch, daß man noch verbleibenden Unternehmern ein Interesse am ununterbrochenen Fortgang und an steter Verbesserung ihres Betriebes einflößt. Das tritt ein, wenn die sozialistische Regierung sich verpflichtet, jedes Unternehmen, sobald sie daran gehen wird es zu sozialisieren, gegen billige Entschädigung abzulösen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Betrieb fortgeführt und auf der Höhe der Zeit gehalten würde.

»Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die große Aufgabe zu lösen, gleichzeitig an die Sozialisierung des Produktionsprozesses dort heranzugehen, wo sie bereits möglich ist und die Fortführung und kraftvolle Entwicklung der Produktion auf kapitalistischer Basis dort zu sichern, wo die Bedingungen für eine Sozialisierung noch nicht gegeben sind.« (»Die Proletarische Revolution«, 3. Aufl., 1953, S. 162.)

Noch ein Umstand spricht gegen die Konfiskation. In der Theorie sind Kapitalist und Proletarier streng geschieden, nicht in der Praxis. Nicht nur gibt es zwi-

schen Kapitalisten und Proletariern Zwischenschichten, Bauern, Handwerker, Kleinhändler, Intellektuelle, sondern auch im Proletariat gibt es nicht wenige Individuen und Organisationen, die für die Zeiten der Not Spargroschen ansammeln, denen sie heute die Form von zinstragendem Kapital geben können, als Einlagen in Sparkassen, Besitz von Aktien und dergleichen. Sie werden dadurch keine Kapitalisten, gewinnen nicht den mindesten Einfluß auf die Leitung des Produktionsprozesses. Wohl aber erhalten sie Interesse an der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums. Durch eine Konfiskation aller Kapitalien würden sie empfindlich getroffen.

Progressive Besteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften ist die rationalste Methode, im wachsenden Maße den großen Besitz für die Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse heranzuziehen. Die Konfiskation dagegen ist roh und blind, namentlich angesichts des Aktienwesens. Sie trifft arme Witwen und Waisen, ebenso wie Finanzkönige.

Aber hat nicht Sowjetrußland diese Konfiskation vollzogen und besteht seine Wirtschaft nicht schon seit bald zwanzig Jahren? Das scheint für manche Sozialisten, aber auch für die Gegner des Sozialismus, ein schlagender Grund dafür zu sein, daß die Sozialdemokratie, wenn sie zur Herrschaft kommt, den kapitalistischen Besitz einfach konfiszieren kann und, wenn es ihr beliebt, konfiszieren wird.

Wir wollen die Frage unerörtert lassen, ob die Produktionsweise, die in Rußland geschaffen wurde, das darstellt, was wir seit jeher als Sozialismus bezeichnet haben: ein Regime von Wohlstand und Freiheit für alle Arbeiter. Nur auf eines sei hier hingewiesen: Rußland ist ein Ausnahmefall, der in keiner Weise als Vorbild für die übrige Welt dienen kann, am allerwenigsten für hochindustrielle Kulturstaaen.

Rußland erhielt sich nach dem November 1917, weil der weitaus größte Teil seiner Bevölkerung aus Bauern bestand, die in der Revolution zusätzlichen Boden gewannen und deren Eigentum damals nicht angetastet wurde, so daß sie in alter Weise weiter wirtschaften konnten.

Das schützte die Bauern selbst, aber auch die Industriearbeiter vor dem völligen Verhungern, obwohl es ihnen schlecht genug dabei ging. Die meisten Industriearbeiter hatten noch Beziehungen zum Dorf. Die Industrie kam jedoch fast völlig zum Stillstand, bis Lenin 1921 privates Wirtschaften auch in der Industrie wieder gestattete. Wenn die Bevölkerung Rußlands in der Zeit von 1917 bis 1921 trotz des von Jahr zu Jahr zunehmenden Mangels an Industrieerzeugnissen nicht ausstarb, so ist das der ungeheuren Kulturlosigkeit des russischen Volkes zuzuschreiben. Eine entwickelte Kultur hätte einen solchen Tiefstand der Lebenshaltung, ein solches Verkommen in Schmutz und Lumpen, ein Zusammenwohnen mehrerer Fami-

lien in einem einzigen Wohnraum usw. einfach nicht ausgehalten.

Es geht also nicht an, für die Kulturvölker die russischen Methoden als Vorbild hinzustellen.

Andererseits muß man dem Vorurteil entgegenreten, als bildete die Verletzung des Eigentumsrechtes die besondere Methode der Besitzlosen zu einer Verbesserung ihrer Lebenslage und sozialen Stellung zu gelangen. Gerade besitzende Klassen haben wiederholt und oft in ungeheurer Maße Eigentumsverletzungen vorgenommen, um Vorteile zu gewinnen. Wir erinnern an das Bauernlegen, das die Feudalherren so schwunghaft betrieben, an die ganze Kolonialgeschichte seit mehreren Jahrhunderten, die eine fortgesetzte Häufung von Räubereien und Plünderungen durch Aristokraten und Kapitalisten darstellt, die gleichzeitig die Heiligkeit des eigenen Eigentums proklamierten. In den bürgerlichen Revolutionen wieder zögerte man keineswegs, Kirche und Grundherren ohne jede Entschädigung zu enteignen, wenn das Interesse der Revolution es zu gebieten schien. Andererseits haben die Herren der Staatsgewalt seit langem sich nicht gescheut, minderwertiges Metallgeld herauszugeben, später zu einer Papiergeldinflation zu greifen, um ihren Finanznöten abzuwehren.

Ehe noch die Bolschewiki mit der Konfiskation von bürgerlichem Vermögen angingen, hatten schon bürgerliche Regierungen im Weltkrieg mit der Inflation begonnen, durch die schließlich Besitz aller Art, also auch Kapitalien, in riesenhaftem Maßstab konfisziert, nicht nur ungeheure Massen von Arbeitern, sondern auch zahlreiche wohlhabende Familien ins tiefste Elend gestürzt wurden.

Wenn also das siegreiche Proletariat zur Konfiskation des kapitalistischen Besitzes schritte, würde es damit nicht eine spezifisch proletarische Methode in Anwendung bringen. Es würde in der Geschichte der besitzenden und bisher herrschenden Klassen zahlreiche Vorgänger finden. Wenn dem Proletariat nicht zu raten ist, ihnen zu folgen, beruht das gerade darauf, daß die besonderen historischen Aufgaben des Proletariats bei der Ergreifung und Ausübung der politischen Macht ganz anderer Art sind, als die der besitzenden Klassen vor ihm.

III.

Es ist ökonomisch unzweckmäßig, die kapitalistischen Produktionsmittel zu konfiszieren, sobald die Sozialdemokratie stark genug geworden ist, derartiges durchzuführen. Noch mehr politisch unzweckmäßig ist es aber, heute schon bei unserer Propaganda diese Absicht zu verkündigen. Denn an der heutigen Eigentumsordnung hängen nicht bloß die Kapitalisten, sondern auch zahlreiche kleine Leute, bis weit in die proletarischen Kreise hinein, die entweder für ihren Betrieb oder für Zeiten der Not, der Arbeitslosigkeit oder

Der Fall Johst

Ein Lebensbild für die deutsche Jugend.

»Vaterlandsliebe kann Beschränktheit sein, gewöhnlich ist sie gesetzliche Vorschrift.« Hans Johst.

Vom braunen Johst? Jawohl, von Hitlers Leibdichter! Wo? In Pfemferts »Aktion« von 1917. Eine interessante Vergangenheit, bei Wotans Raben, und wert, der Vergessenheit entrissen zu werden.

Bisher war von diesem braunen Oberbarden nur bekannt geworden, das er einst expressionistete, wie ein Asphaltliterat. Nach dem November 1918 wartete er ab. Als die Völkischen in Bewegung kamen, wartete er immer noch ab, ließ sich von rechts und links fördern, verübte verquollene Dramen, die rechts und links ausgelegt werden konnten, schrieb sogar ein Drama zu Ehren des Demokraten Thomas Paine. Erst als das Hakenkreuz richtig aufholte, fand er den festen Anschluß und taumelte im Wettlauf mit anderen Konjunkturisten nach dem 5. März von Posten zu Posten, von Prämie zu Prämie. Intendant der Berliner Staatstheater, Vorsitzender der Akademie für Dichtung, Staatsrat und Präsident der Reichsschrifttumskammer, Reichsfachleiter im »Kampfbund für deutsche Kultur«, Literaturpreis der NSDAP 1935.

Aber vorher, vor dem 9. November, was war da mit ihm? Die Nazipresse hat ihrem Preisgekrönten inzwischen lange Würdigungen gewidmet, aber sein Wirken während des Krieges blieb bisher merkwürdig unbeleuchtet. Er selbst redet nicht gern davon und verläßt sich wohl ein bißchen darauf, daß

gewisse Bücher verbrannt wurden. 1914 zählte er 24 Jahre, im Nazijargon das knusperigste Alter für den Schützengraben. Er aber war nicht draußen. Dafür predigt er jetzt das heroische Sterben. Damals nicht, damals ging es ja um sein Leben. Damals — und das möchten wir dem Johstbuch stiften, so in Vorbereitung ist — damals schrieb er in jener Pfemfertschen »Aktion«, die scharf gegen die sozialdemokratische Kreditbewilligung loszog, auf Liebknechts Seite stand, das »Durchhalten« ironisierte und die Soldatenrevolten geistig mit vorbereitete. Jedes Heft eine Fanfare des Defaitismus. Mittendrin Hitlers Leibgarde.

Wir greifen aus dem Aktionsbuch 1917 einen Beitrag von Johst heraus: »Morgensrot«, ein Rüpelspiel. Er macht darin die Vaterlandsliebe weidlich lächerlich (siehe obiges Zitat), er ironisiert jene Dichter, die zum Durchhalten blasen, es ist ein Pamphlet gegen die Kreise, die später den Dolchstoß erfanden, es ist der Defaitismus zu Pferde. Es ist eine Friedenswilligkeit, soweit es die Zensur irgendwie gestattete. Denn es fehlt nur noch der Ruf: »Schmeiß die Waffen weg!« Im Nazijargon gesprochen: es ist der Dolchstoß und das Vornovemberverbrechen. Der pazifistische Dichter wirft darin dem patriotischen Bürger herrliche Worte an den Kopf: »Wie die Erinnerung an eine Liebesnacht sich oft als Lustseuche darstellt, so ist die Lyrik eine Folge des Krieges«. Oder die kriegstüchtige Staatsgesinnung wird verhöhnt: »Nun fehlt uns nichts... Unsere Gesinnung ist vom Staate ausgezeichnet!« Die Bürger knirschen ob des frechen pazifistischen Dichters: »Ein Kaffee-

hauspessimist! — Ein Jude!« Wie fein er hier den Antisemitismus abtut! Und gleich darauf ein Hieb gegen die Durchhalter samt dem Heros Hindenburg, als die Bürger sich trösten: »Greifen wir zu Heldengesängen! Nehmen wir ein deutsches Stahlbad! Balladen von Herzog!« Ein Hieb gegen den schon damals völkischen Dichter Rudolf Herzog. Kurz, das Spiel ist eine liebliche Satire gegen den Kriegspatriotismus und könnte in jedem wahrhaft pazifistischen Lesebuch bestehen.

Wohl gemerkt, wir sagen nichts gegen die Friedensgesinnung der »Aktion« von damals, nichts gegen diesen Kampf wider den nationalistisch-militaristischen Geist, wir wollten dem kommenden braunen Johstbuch nur eine wichtige und bis dato offenbar vergessene Partie stiften. Denn der damals das »Vornovemberverbrechen« mit vorbereitete, trägt heute die obersten Hitlerorden und richtet heute die Novemberverbrecher. Der damals in Kriegsmüdigkeit machte, während andere draußen starben, wirkt heute dafür, daß alle sterben, die für den Verständigungsfrieden kämpften. Der damals in einem spartakistischen Organ gegen die Kreditbewilligung mitwirkte, wirkt heute der Sozialdemokratie mangelnde Vaterlandsliebe vor. Der heute die Juden auf Kommando frißt und 1934 ein Lutherstück herausbrachte, aus dem auf dringende Vorstellung der katholischen Kirche und des Auswärtigen Amtes die schlimmsten antisemitischen Greuelszenen gestrichen werden mußten, machte sich damals über den Antisemi-

tismus lustig und kargte auch später nicht mit Verehrungsschreiben und Bücherwidmungen für einflußreiche jüdische Leute. Der heute das deutsche Volk als auserwähltes besingt, beschimpfte es damals.

Ein feiner Klub, diese heute braune Dichterkumpanei! Gottfried Benn, der ehemalige Spezialist für pathologische Unterleibschicht, Lersch und Steguweit, die einst so gern Honorare von links nahmen und sich bei jüdischen Leuten aufdringlich anschlürften, Max Barthel, der ehemalige wilde Antimilitarist, Pazifistenlyriker und Kommunist, H. H. Ewers, der schwüle, schlüpfrige Alräunchen-Autor, der heute ob dieser Vergangenheit in Sack und Asche Buße tut — und an der Spitze der Chamäleons der alte bewährte Vornovemberverbrecher Johst, Staatsrat, mehrfacher Präsident, Führers Leibdichter, der Preisgekröteste und meist Angeführteste aller Renegaten, in Deutschlands schwerster Stunde den »Dolchstoß von hinten« mit schneidiger Feder vorbereitend, heute ganz oben im kurulischen Sessel, deutscher Jugend deutsche Sitte und Vaterlandsliebe lehrend... Eine fabelhafte Lumpensammlung. Kautschuk ist Granit dagegen.

Wenn der deutschen Jugend Anschauungsunterricht über den Werdegang der Erfolgreichen gegeben wird: Johst bleibt ein instruktives Beispiel. Selten hat sich Dichters Charakterstärke so gelohnt. Das Geschäft blüht und er ist heute ein steinreicher Mann, wie alle braunen Führer. Und wenn sie schon alle durch Lüge, Gemeinheit und Verrat reich wurden, warum soll gerade ihr Oberbarde nicht?! Bruno Brandy.

Arbeitsunfähigkeit Sparpfennige brauchen, die kapitalistisch angelegt sind.

Was die Menschen von heute alle, nicht bloß Proletarier und Kleinbürger, sondern auch Kapitalisten, am meisten fürchten, ist die Unsicherheit der Existenz. Kein Mensch, auch nicht der reichste, ist heute sicher vor Unheil. Nach Sicherheit sehnen sie sich alle, mehr noch als nach der Aufhebung der Knechtung und der Ausbeutung. Jede Produktionsweise, die größere Investitionen braucht, die erst langsam wieder hereingebracht werden, bedarf zu ihrem Gedeihen der Sicherheit. Das gilt von der kapitalistischen Produktionsweise mehr als von jeder anderen vor ihr. Das gilt aber nicht minder von der sozialistischen Produktionsweise. Ja, gerade in der ökonomischen Sicherheit, die sie den Mitgliedern der Gesellschaft bietet, sehen wir eine der wichtigsten Ursachen ihrer Ueberlegenheit über die kapitalistische mit ihren zahlreichen Wechselfällen.

Zu der nötigen Sicherheit gehört jedoch nicht bloß die der Person, sondern auch die des Eigentums. Daß der orientalische Despotismus verfiel, und keine höhere Produktionsweise aufkommen ließ, ist nicht nur der Unfreiheit und Unwissenheit seiner Untertanen zuzuschreiben, sondern auch der Unsicherheit ihres Eigentums, das nicht bloß durch Diebe und Räuber, sondern auch durch korrupte Staatsbeamte bedroht wurde. Die kapitalistische Produktionsweise konnte nur in Rechtsstaaten aufkommen, mit weitgehender Sicherung der Person und des Eigentums. Und je mehr sich diese Produktionsweise entwickelt, desto größer gestaltet sie die Sicherheit, desto mehr bildet sie den Rechtsstaat aus. Der Weltkrieg hat das vollkommen geändert, nachdem vor ihm schon einzelne monopolistische Kapitalistenverbindungen angefangen hatten, die Gewalt über das Recht setzen zu wollen. Nicht nur der Krieg, auch der ihm folgende Friede haben die Sicherheit, die für den ökonomischen Prozeß notwendiger ist als je, immer mehr aufgehoben. Gesundheit kann nur aus der Wiederherstellung hervorgehen. Eine sozialistische Regierung kann sich nur behaupten, wenn sie in weitgehendem Maße in diesem Sinne tätig ist.

Und gerade in diesem Moment sollte sie daran gehen, eine Praxis fortschreitender Konfiskationen zu eröffnen und damit ein neues Moment lähmender Unsicherheit in das Wirtschaftsleben einzuführen? Das müßte neue großen Krisen entfesseln, es müßte gerade jetzt verderblich werden, nicht bloß für das wirtschaftliche Leben, sondern auch für die Idee des Sozialismus; es müßte sie für lange hinaus schwer kompromittieren.

Darum wäre es geboten, schon jetzt keinen Zweifel über die Absichten der Sozialdemokratie, über die von ihr beabsichtigten Methoden der Sozialisierung zu lassen. Wir haben darzutun, daß nicht nur eine gelegentliche Rücksicht auf bürgerliche Koalitionsgegner, sondern auch die

»Bilder - antreten zur Olympia!«

Magazinierte »Nichtarier« werden in Berlin wieder gezeigt — Bayrische Kunstbolschewiken werden zerschmettert

Der große Hausputz des Dritten Reiches für die Olympia ist im vollen Zuge, um den Besuchern europäische Gesittung, also mehr »Weimar« als »Potsdam« zu präsentieren. Die jüdenfeindlichen Inschriften sollen vorübergehend verschwinden und den »Stürmer« will man ins Hinterstübchen der braunen Buchhandlungen verlegen. Um zu beweisen, daß jüdische Sportler gleichberechtigt ihre Kräfte mit Arieren, Romanen und Slawen messen dürfen, sind die Florettfechterin Helene Mayer und der Cricketspieler Rudi Ball, wie sich aus der neuesten offiziellen Teilnehmerliste ergibt, freundlichst zur Mitwirkung gebeten worden. Bizeps und körperliche Geschicklichkeit brauchen mit Charakter nicht konform zu gehen. Die jüdische Dame und der jüdische Herr kämpfen nicht nur für den Sieg der Hakenkreuzflagge, sondern widerlegen zugleich auch die bekannten Greuelmärchen der Emigranten. Die Wirkung ist bereits da. Das französische Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, Marquis de Polignac, beschwört Léon Blum in einem Artikel im »Journal«, nicht in letzter Stunde die französischen Sportler zum Fernbleiben zu zwingen; es sei gänzlich falsch zu behaupten, daß Juden nicht zugelassen seien...

Für Olympia-Zwecke werden, wie die braune Presse berichtet, auch die Dokumente der Bildenden Kunst Deutschlands arrangiert. Dr. Hanfstängel von der Berliner National-Galerie hat soeben eine Neuordnung des Museums vorgenommen, »um den Gästen eine eindrucksvolle Schau

deutschen künstlerischen Schaffens zu vermitteln«. Siehe da: einen großen Teil jener Gemälde, die nach dem Bildersturm vom Frühjahr 1933 von den Wänden geholt und in die Magazine gebracht wurden, hat man »neu aufgehängt«. Franz von Marées, der Halbjude, dessen schöpferische Unfähigkeit infolgedessen seit drei Jahren feststand, vermittelt jetzt wieder zusammen mit Böcklin und Feuerbach einen »geschlossenen großartigen Eindruck der sogenannten Deutsch-Römer«, wie die braune Presse berichtet. Der verstorbene Max Liebermann, dessen Bilder aus allen deutschen Kunstmuseen entfernt wurden und dem der »Angriff« diktatorisch das weitere Malen verboten hatte, ist in der National-Galerie mit in der Reihe arischer Maler als Führer des deutschen Impressionismus im 19. Jahrhundert mit zahlreichen Gemälden wieder zu Ehren gekommen. Lebte er noch: welch Feuerwerk berlinerischer Witze würde er über dieses Revirement riskieren! Hoffentlich hat Herr Dr. Hanfstängel auch das Porträt Hindenburgs nicht vergessen, das Liebermann vor wenigen Jahren von dem Vorkörper des deutschen Kernspruchs »Die Treue ist das Mark der Ehre« hat malen dürfen.

Auf der anderen Seite macht die neugeordnete National-Galerie dem braunen Kitsch-Geschmack eine interessante Konzession. Man hat einen jahrzehntlang verpönten riesigen Makart-Schinken, der »jetzt wie ein riesiger Gobelin das Treppenhaus dekoriert«, aus dem Keller wieder ans Sonnen-

licht geholt. Durch die Quantität der Leinwand und der Farbe wird den fremden Besuchern ein gehöriger Respekt von der Macht und von der Größe deutscher Kunst vermittelt. Die Zeit der »Dekadenz« ist vorüber! Bei der Eröffnung der großen Kunstausstellung in München hat der bayrische Minister Wagner verkündet, daß im vierten Jahre des Dritten Reiches die nationalsozialistische Revolution endlich auch auf dem Gebiete der Kunst »absolut siegreich« geblieben sei. Sollte so ein Kunst-Bolschewik der Vergangenheit noch einmal aufmucken, so merke er sich das, was Herr Wagner ihm androht: »Auch in der Kunst ist der Feind geschlagen, und wo er noch lebt, wird er geschlagen, wo wir ihn treffen.«

Da kann Berlin noch nicht mit. München ist eben die »Hauptstadt der Bewegung«, Ausgangspunkt Adolf Hitlers, »Deutschlands größten und genialsten Menschen«, der, ebenfalls nach Wagner, das in der Kunst der Gegenwart festzuhaltende lebendige schöne Leben, das »Horrible im Menschen«, auf seine Fahne geschrieben habe. Mit einem solchen Trainer an ihrer Spitze ist der »absolute« Sieg der deutschen Olympia-Kunstmannschaft schon heute gewiß. Man sollte den fremden Gästen aber auch ein Treffen mit noch lebenden deutschen Kunst-Bolschewiken vorführen. Das ist wichtiger als der Besuch von Museen, wo sich ihnen im abgebläuten Schimmer vorhistorischen deutschen Schaffens der kunstbegnadete Adel des Marschtrittes der braunen Bataillone entzieht. Harald.

Erkenntnis der ökonomischen Notwendigkeiten uns veranlaßt, im Interesse des Proletariats selbst auf die Idee der Konfiskation als ökonomische Maßregel zu verzichten, um den Übergang zum Sozialismus so reibungslos und schmerzlos als möglich zu gestalten.

Deutschland ist Rockefeller

Im Jahre 1844 schrieb Ferdinand Freiligrath, der sich eben zu der Ansicht durchgerungen hatte, daß der Dichter an den politischen Kämpfen des Vormärz teilnehmen müsse, sein Gedicht: »Deutschland ist Hamlet«. Er verglich sein Vaterland mit dem Zauderer des Shakespeareschen Dramas, dem »zur frischen, mut'gen Tat die frische mut'ge Seele« fehle. Aber alle geschichtlichen Parallelen, die sich die poetische Freiheit erlaubt, sind zeitbedingt. 90 Jahre später wäre zur Kennzeichnung des Dritten Reiches und seines Führers der Hinweis auf Banquos Geist vor Maobeth eher am Platze.

Zum Glück befreit uns die braune Presse aus dem Dilemma. Wir lesen dort einen Hymnus auf den jetzt 97 Jahre alten amerikani-

schen Petroleumkönig Rockefeller, der wegen seiner Hochbetagtheit auf ärztlichen Befehl vor allen Aufregungen politischer Natur bewahrt wird. Man habe ihm daher eine »Nachrichten-Diät« verschrieben, die in der Praxis so aussieht:

»Es wird daher täglich eine Sonderausgabe der New York Times in einem Exemplar für Rockefeller gedruckt, er ist also der einzige Mann in Amerika, dem diese Diät zugute kommt. Der Inhalt unterscheidet sich von dem großen Blatt vollständig. In der New-York-Times-Ausgabe Rockefeller steht nichts von dem feindlichen Gebaren der Welt, nichts von Krisen und Verbrechen. Dagegen berichtet die Zeitung, daß die Arbeitslosigkeit fast völlig verschwunden sei, daß überall Wohlstand und Freiheit herrscht und daß auf Erden paradiesische Zustände überhand genommen haben.«

Warum versagt sich die Nazi-Presse den Hinweis, daß das Dritte Reich eine derartige Nachrichten-Diät längst für alle Lebensalter besitzt? Freilich ist die Kur für den deutschen Zeitungsleser etwas abwechslungsreicher. Soweit es sich um das Ausland handelt, werden ihm kräftige Gänsehäute verschrieben; er muß wissen, daß dort Krach, Krise,

Mord und Totschlag dauernd Angst und Schrecken verbreiten. Zur Entschädigung dafür erfahren die 65 Millionen deutschen Rockefeller täglich aus ihrer Presse, daß ihr eigenes Land das paradiesische Elysium unserer Zeit ist.

Für Treue im Zuchthaus

Bayrische Zeitungen melden:

Der 63jährige verwitwete Johann Georg Rauch von Nürnberg unterhielt, obwohl Angehöriger deutschen Blutes, seit dem Jahre 1931 ein Verhältnis mit der 48 Jahre alten geschiedenen Jüdin Luise Gloth und setzte den Verkehr auch noch nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze bis März 1936 fort. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts wurde der Angeklagte von der Großen Strafkammer beim Landgericht Nürnberg-Fürth wegen Verbrechens der Rassenschande nach § 2 und § 5, Absatz 2 des Blutschutzgesetzes vom 15. September 1935 zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Hiervon gelangen sechs Wochen Untersuchungshaft in Abrechnung. Haftfortdauer wurde angeordnet.

Vom Regen in die Traufe

Da der deutsche Dichter und Nobelpreisträger Paul Heyse mütterlicherseits von Juden abstammte, wurde die Paul-Heyse-Straße in Frankfurt a. M. in »Chamisso-Straße« umgetauft. Hoffentlich kommen die Anwohner der betroffenen Straße nicht auf die Idee, sich nunmehr mit dem neuen Namensgeber Adelbert von Chamisso näher zu befassen. Sie würden nicht nur entdecken, daß er ein »Franzosenstämmling«, ein Welscher, war, der bis zuletzt sein Vaterland nie verleugnete, sie würden in seinen Werken auch Verse wie die folgenden finden:

»Füllt die Becher bis zum Rand,
Tut, ihr Freunde, mir Bescheid:
Das befreite Vaterland,
und die gute goldne Zeit!
Denn der Bürger denkt und glaubt,
Spricht und schreibt nun alles frei,
Was die hohe Polizei
Erst geprüft hat und erlaubt.«

(1822.)

oder:

»Ihr wollt zurück uns führen zu den Tagen
Charakterloser Minderjährigkeit?
Ihr hängt umsonst an der Vergangenheit,
Ihr werdet nicht die Zukunft unterschlagen.

Es ist ein eitel, ein vergeblich Wagen,
zu greifen ins bewegte Rad der Zeit;
der Morgen graut, verschleucht die Dunkelheit,
und leuchtend stürzt hervor der Sonnenwagen...«

oder:

»Die öffentliche Meinung schreit und klagt:
Ihr habt von mir erborget eure Kraft;
Durch mich geschah, was Großes ihr schafft,
Durch mich gelang, was siegreich ihr gewagt.

Und nun ich euch erhöht, wollt ihr als Magd
Mich züchtigen mit Ruten und mit Haft...;
Ihr Seifenblasen, die mein Hauch geschwollen,
Und flücht'gen Schimmers meine Huld gehoben,
Ihr eitlen Seifenblasen — seid gewesen!»

Man sieht: die Frankfurter tun besser daran, den von ihrer Stadt Geehrten nicht laut zu zitieren, sie könnten sonst leicht und ohne Umwege von der Chamisso-Straße ins Konzentrationslager geraten.

Wachsende Verflachung

»Die nationalsozialistische Revolution ist auch auf dem Gebiete der Kunst absolut siegreich gewesen.«

Staatsminister Adolf Wagner.

Die braune Kunststodnis wird ab und zu selbst den Völkischen zu dumm. In der Zeitschrift »Die Sonne« zürnt ein Enttäuschter: »Die Verflachung im Geistigen und Künstlerischen und in dem, was dem Volke zu seiner Unterhaltung dargeboten wird, kennt hier beinahe keine Grenzen.«

Es fehle die wirklich deutsche Unterhaltung, die deutsche Kunst:

»Ist die Genießbarkeit dessen, was in Dingen der weiteren Ausgestaltung des volkhaften Lebens öffentlich geboten wird, im Ganzen gesehen für den völkischen Deutschen recht gering, so darf darüber hinaus von Vielem ruhig gesagt werden: es ist ziemlich genau das, was wir als Nationalsozialisten viele Jahre lang als vom Juden kommend oder als allgemein volkswidrig und minderwertig bekämpft haben.«

Immerhin gab es damals, außer der seichten Unterhaltungsware, eine freie Kunst, die Gesellschaftsbilder kritisch entrollte, die

Menschen, Umwelt und Schicksale im Lichte der Wahrheit zeigte. Das aber ist vorbei, darum die grauenhafte Verflachung.

Die »Filmwoche« bringt ein Gespräch, in welchem die Filmdiva Charlotte Susa über die Stoffarmut im Film meckert und sagt:

»Warum man bei uns in Deutschland keine psychologischen Stoffe verfilmt? Immer wieder nur Abenteuer oder Historie oder Rußland oder Schwänke? Und wenn man in den letzten Monaten ein Exposé vorgelegt bekam, dann enthielt es meist ein Minimum an Handlung...«

Es ist doch undenkbar, daß es in unserem heutigen Leben keine problematischen und psychologischen Stoffe geben sollte, die sich zur Verfilmung eignen...«

Die gibt es sogar in Hülle und Fülle, alles im Dritten Reich ist problematisch, weil alles auf die Lüge gestellt ist. In die seelischen Tiefen dieser deutschen Menschen von heute zu leuchten, heißt diese Lügen zu enthüllen. Darum ist Problemdichtung im Dritten Reich verboten; sie ist als »Asphaltkunst« abgestempelt und »nicht aufbauend«, sondern für einen Gangsterstaat zerstörend.

Infolge dieser wachsenden Odnis stürzt sich das deutsche Publikum mit Heißhunger auf alles, was dem braunen Gesinnungskitsch abgewandt ist und irgendwie ein anderes Gesicht des Lebens zeigt. In den Berliner Kinos läuft der Film »Broadway Melodies«, ein amerikanischer Revuefilm mit artfremder, vernigerter Jazzmusik, mit undeutschen Girls und dito Girtänzchen, mit Helden, die dem braunen Feldwebel geradezu ins Gesicht speien. Man kann so etwas nicht so ohne weiteres verbieten, sonst boykottiert USA

deutsche Filme — und Geschäft ist Geschäft, man braucht Devisen, nicht wahr?

Dieser artfremde »verjudete« Film, von schamlosen Asphaltliteraten verfaßt und gedreht, läuft in Berlin bereits über ein Vierteljahr, die Lichtspielhäuser sind ausverkauft, das Ende der riesenhaften Erfolgsserie ist noch nicht abzusehen. Begeistert drängen sich die Berliner zur Kasse und bald folgt der Siegeszug in anderen Städten.

So reagiert ein Publikum, das seit drei Jahren von braunen Kunstfeldwebeln malträtiert wird. Der Siegeszug dieser Jazz- und Girlrevue bedeutet eine Oppositionswelle und eine Niederlage, wie sie das braune Regime bisher auf dem Gebiete der Museen so offen und massig noch nicht erlebt hat.

Beinahe empört

In Dortmund sind in den letzten Tagen viele Volksgenossen mit Recht beinahe empört gewesen, wenn sie von einem Jungen oder Mädchen wieder einmal mit dem freundlichsten Gesicht von der Welt angehalten wurden. Denn unzählige Male hatte man ihnen schon das Abzeichen zum Deutschen Jugendtag 1936 angeboten.

Da es bei diesem übermäßigen Elfer zu Unannehmlichkeiten kommen mußte, stellt der Leiter der Kreisgeschäftsstelle des Jugendfestes hiermit fest, daß der Verkauf des Abzeichens auf der Straße, in Gaststätten usw. verboten ist...

An alle Dortmunder ergoht aber noch einmal der Appell der Jugend, dieses vom Reichserziehungsminister vorgeschriebene Abzeichen zu erwerben.

(Westfälische Landeszeitung Nr. 158.)

Kommunismus und Demokratie

Von Karl Kautsky

Die dänische Sozialdemokratie veröffentlicht demnächst eine Neuauflage des kommunistischen Manifests. Karl Kautsky hat dazu ein Vorwort geschrieben, aus dem wir das folgende wiedergeben:

Eines der auffallendsten Kennzeichen der Kommunisten war ihre Verachtung der Demokratie. Diese Verachtung, die gar mancher von ihnen beeinflusste Sozialdemokrat von ihnen annahm, hat sehr böse Früchte getragen. Sie schwächte das Proletariat, verewigte seine Spaltung, die in so vielen Staaten seit 1918 durch die Kommunisten herbeigeführt worden war und wurde eine der Hauptursachen der vielen und schmerzlichen Niederlagen der Demokratie der letzten Jahre.

Doch die Konsequenzen dieser Niederlagen waren so bedenklich für den Sowjetstaat, daß er selbst sich genötigt sah, an die Hilfe der Demokratie außerhalb Rußlands zu appellieren. Er befahl jetzt den Kommunisten aller Länder für die Demokratie einzutreten und zu diesem Zwecke eine Einheitsfront mit den bisher so wütend bekämpften Sozialdemokraten zu bilden.

Das wäre an sich mit Freuden zu begrüßen. Doch wird unsere Freude etwas gedämpft durch den Umstand, daß die Wandlung der Kommunisten nicht eine prinzipielle ist, sondern nur eine taktische. Sie verteidigen die Demokratie nur dort, wo sie in der Opposition sind. Sie vernichten sie und üben die grausamste Unterdrückung jeder Volksfreiheit dort, wo sie zur Herrschaft gelangen.

Die Verdrängung der Demokratie durch einen gewalttätigen Despotismus in verschiedenen großen Nachbarstaaten des russischen Reichs, bedeutet für dieses eine ernste Gefahr. Jeder dieser Despotismen drängt seiner Natur nach zu militärischer Expansion. Zwei von ihnen, der deutsche und der japanische, bedrohen Rußland von Ost und West. Bloß auf sich allein angewiesen, vermöchte sich die russische Armee kaum der beiden Dränger zu erwehren. Rußland braucht Bundesgenossen, die findet es aber nur in den demokratischen Staaten des Westens. Auch in jedem dieser Staaten gibt es der Demokratie feindliche Elemente. Nicht minder sind sie Rußland feindlich. Nicht nur an der Kraft dieser Staaten, sondern auch an der Kraft der Demokratie in diesen Staaten ist die Sowjet-Republik aufs stärkste interessiert. Daher ihr plötzliches Interesse an der Demokratie. Jedoch nur dort.

Ihr Eintreten für die Demokratie muß von jeder demokratischen Partei willkommen geheißen werden. Doch darf man nicht zu fest auf die russische Hilfe bauen. Sie geht bloß aus der auswärtigen Politik der gegenwärtigen Machthaber Rußlands hervor, und steht in vollstem Gegensatz zu ihrer inneren Politik.

Sollte es dazu kommen, daß diese Machthaber sich mit Deutschland und Japan verständigen, dann würden die Kommunisten überall zu einer Hilfstruppe des Faschismus werden. Die demokratischen Parteien und Staaten der Welt hätten dann einen furchtbaren Kampf gegen einen antidemokratischen Block von ungeheurer Stärke auszukämpfen. Dabei wären sie allerdings insofern überlegen, als im demokratischen Staate die arbeitenden Massen mit Begeisterung an ihm hängen, bereit sind für ihn die schwersten Opfer zu bringen, indes in der Diktatur die Massen apathisch und verdrossen, oft direkt feindselig der Staatsgewalt gegenüberstehen.

Wahrscheinlich ist eine Verständigung Stalins mit Hitler freilich nicht. Sie fände zu starke psychische Widerstände in den Nachwirkungen der bisherigen Agitation hüben wie drüben. Indessen wird in jedem der in Betracht kommenden Staaten die Staatsgewalt von ungeheuren stets wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten bedrängt, die zunehmende Unsicherheit in den herrschenden Kreisen mit sich bringen, sowie steigende Gegensätze und Intrigen in ihren Reihen. Eine solche Situation vermag in einer schrankenlosen Despotie leicht über Nacht ganz unvorhergesehene Wandlungen der Staatspolitik hervorzurufen.

Mit solchen haben wir in Rußland wie

in Deutschland zu rechnen. Doch die Annäherung der Diktaturen hüben und drüben aneinander ist nur die eine der Möglichkeiten, die aus dieser Labilität der Staatsgewalt hervorgehen. Eher ist es denkbar, daß in Rußland jene Elemente zum Durchbruch gelangen, die in der Gewährung der Demokratie, die einzige Rettung für das in seinem Bestand bedrohte Staatswesen erblicken. Stalin selbst hat sich bereits genötigt gesehen, den demokratischen Gedanken Konzessionen zu machen. Er hat dem russischen Volk an Stelle der bisherigen Sowjetverfassung eine neue gewährt, die er selbst für die beste Demokratie der Welt erklärte. Mussolini und Hitler behaupten allerdings dasselbe vom Faschismus und vom Nationalsozialismus. Stalin hoffte wohl, damit die öffentliche Meinung der demokratischen Staaten für sich zu gewinnen.

Dieses Ziel hat er freilich nicht erreicht. Nur politisch naive Elemente haben seine Art Demokratie ernst genommen. Es sind zumeist jene Elemente, die es bisher liebten, von den bestehenden demokratischen Verfassungen in Frankreich, England usw. wegwerfend als bloß »formaler« Demokratie zu sprechen. Wenn es eine Demokratie gibt, für die die Bezeichnung bloß formaler Demokratie zutrifft, dann ist es die jüngste Verfassung Stalins. Nichts von dem gibt sie, was für die wirkliche Demokratie erforderlich ist, keinerlei Bewegungsfreiheit der Massen, keine Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlungen, der Organisationen. Ihr Parlament unfrei erwählt, ist eine bloße Jagemaschine.

Wie sich das wirkliche Staatsleben unter dieser Verfassung gestaltet, zeigen die famosen politischen Prozesse, die seitdem von der Sowjetregierung in Szene gesetzt wurden und werden. Aber nicht nur den

Schwindelcharakter der »Demokratie« des heutigen Rußlands enthüllen sie. Der Umstand, daß sie nicht aufhören und ihre Opfer in den obersten Schichten des Reichs suchen, bezeugt, daß dieses von einer gewaltigen Unruhe erfaßt ist, die bis in die regierenden Kreise reicht und die trotz der blutigsten Repressionen kein Ende nimmt. Da dürfen wir noch gewaltige Überraschungen erwarten. Welche Gestalt immer diese zunächst annehmen mögen, sie verheißen, die Massen in Bewegung zu setzen und dadurch Konzessionen an die Demokratie zu bringen.

Das Kommen wirklicher Demokratie in Rußland brächte aber das Aufhören des Gegensatzes zwischen Kommunisten und andern Sozialisten. Es brächte die baldige Wiederherstellung der proletarischen Einheitsfront auch außerhalb Rußlands in der ganzen Welt auf Grundlage weitgehender grundsätzlicher Uebereinstimmung, nicht als taktisches Manöver. Alle die anderen Diktaturen in der Welt werden dann unhaltbar, ein neuer siegreicher Vormarsch der proletarischen Demokratie in der gesamten Internationale beginnt.

Die erste Internationale war bereits vom Geiste des kommunistischen Manifests getragen gewesen. Doch hatte dieser Geist noch nicht die Arbeitermassen erfaßt. Es war nur die gewaltige Persönlichkeit eines Karl Marx, der den Beschlüssen der ersten Internationale ihren bis heute vorbildlichen Charakter verlieh. Als Marx durch Krankheit geschwächt war und nach der Zerschmetterung der Pariser Kommune der Uebergang der englischen Gewerkschaften ins liberale Lager und der Uebergang vieler romanischer und slawischer Sozialisten ins bakunistische Lager aufs äußerste lähmend wirkte, zerfiel die erste Internationale.

Erst sechs Jahre nach Marx' Tode er-

stand die zweite Internationale. Sie wurde nicht mehr vom Meister selbst geleitet, jedoch waren die Arbeitermassen viel mehr von seinem Geiste, dem des kommunistischen Manifests erfüllt, als zur Zeit der ersten Internationale. Unaufhaltsam und siegreich marschierte sie vorwärts bis zum Ausbruch des Weltkriegs 1914.

Zu den furchtbaren Schädigungen der Arbeiterschaft, die er mit sich gebracht hat, gehört auch die Zerreißung der Internationale, die er veranlaßte. Sie zerfiel nicht wegen des mangelnden internationalen Empfindens der Massen, sondern wegen der Unklarheit über die besonderen Ursachen, aus denen er hervorging. Doch die Zerreißung der Internationale war der schlimmste Nachteil nicht, den der Krieg brachte. Sofort nach seiner Beendigung erstand sie doch von neuem. Viel schlimmer war das Wirken des Bolschewismus, der den Krieg und seine Folgen dazu benutzte, jede einzelne sozialistische Partei der Welt zu spalten. Jede zerfällt seitdem in zwei Teile: Einen der sich selbst regiert und einen der von Moskau kommandiert wird. Und dieser jammervolle Zustand dauert bis heute. Er bildet eine sonderbare Illustration des Rufes, mit dem das kommunistische Manifest endet — des Appells »Proletarier aller Länder vereinigt Euch«.

Das Ende des Weltkrieges brachte in verschiedenen Ländern der Sozialdemokratie gewaltigen Machtzuwachs. Aber wo immer gleichzeitig auch die Kommunisten erstarkten, schwächten sie die Sozialdemokratie, ohne selbst irgend ein politischer Faktor von Bedeutung zu werden. Der ununterbrochene Vormarsch der Arbeiterparteien der zweiten, auf dem kommunistischen Manifest basierenden Internationale, der von 1889 bis 1914 unwiderstehlich vor sich ging, hat seitdem einem wirren Auf und Ab Platz gemacht, außer in den skandinavischen Ländern, die allein noch den stetigen Siegesmarsch der zweiten Internationale von 1914 bis heute fortsetzen und weiter fortsetzen werden.

Gelingt es, der Demokratie — wirkliche, nicht bloß formale — in Rußland zum Durchbruch zu bringen, dann wird dieser stetige Siegesmarsch sich auf die Arbeiter aller Länder ausdehnen und vermöge der größeren Massen, über die sie verfügen und der geringeren Widerstände, auf die sie stoßen werden, wird er sich mit vermehrter Wucht und Geschwindigkeit vollziehen.

Eine neue Epoche wird dann für die Menschheit heranbrechen. Es hängt vor allem von den Kommunisten Rußlands ab, wann sie kommt. Jetzt schon aber haben wir bei allen Verhandlungen und Diskussionen mit Kommunisten die Pflicht, sie vor allem auf diesen Umstand hinzuweisen und zu zeigen, wie sehr der weitere Vormarsch der Arbeiterparteien der Welt von der Gewährung wirklicher Demokratie in Rußland abhängt und wie sehr sie den internationalen Sozialismus schädigen, solange sie dort von einer solchen nichts wissen wollen.

Die Literatur der sozialistischen Emigranten ist heute von einem fieberhaften Suchen nach neuen Programmen, nach neuen demokratischen Grundlagen des Sozialismus erfüllt. Gar viele glauben, daß die augenblickliche Machtlosigkeit der Sozialisten in den Ländern der Diktatur nur davon herrühre, daß unsere theoretischen Grundlagen veraltet seien. Bei allen diesem Suchen nach Neuem bleiben die Neuerer aber im Grund doch stets auf dem Boden des kommunistischen Manifestes haften. Und mit Recht. Noch existiert keine neue Theorie, durch die es überholt wurde.

Was wir brauchen, ist nicht ein neues grundsätzliches Programm, nicht eine neue Theorie des Sozialismus, sondern einen Machtzuwachs der Demokratie, einen gewaltigen Zuwachs, den nur die Kommunisten herbeiführen können, den sie morgen schon herbeiführen können, wenn ihre Führer es wollen.

Kampf für die Demokratie, auch in Sowjetrußland! Das ist die Parole, aus der eine dauernde unwiderstehliche Einheitsfront des Proletariats in der Welt hervorgehen kann.

Aus den Kerkern

In den Jahren 1933 und 1934 haben die ersten Berichte aus deutschen Konzentrationslagern das Weltgewissen alarmiert. Seither ist viel Nichtwiedergutmachendes geschehen. Den Zeitgenossen mit Fantasie und der Fähigkeit des Mitleidens quälen die Bilder zerschossener Städte in Spanien, zertrümmerter Menschenleiber in China. Metzelen in Abessinien, Bandenkrieg in Palästina, Massenerschießungen in Rußland drängen sich vor sein inneres Auge. Und doch besteht auch jenes Leid noch weiter, noch immer werden Menschen festgehalten, gequält, erschlagen in einem bis vor wenigen Jahren recht zivilisierten Lande. Ein Buch, das an dieses Unrecht erinnert, das den Menschen des französischen Sprach- und Kulturkreises erneut ins Gedächtnis ruft, was in Deutschland gelitten wird, muß von uns gebilligt werden, welche Einwendungen auch immer gegen dieses Buch zu machen wären.

Es handelt sich um »La-bas... dans les geôles«, ein Titel, der sinngemäß etwa zu übersetzen wäre mit »In den Kerkern... jenseits unserer Grenze«. Darunter steht: »Dreißig Monate Konzentrationslager«. Um es kurz zu sagen, wer einen reinen Tatsachenbericht erwartet, wird enttäuscht. An dem Buch haben zwei Autoren gearbeitet, ein Dr. Peter Martin, — das ist natürlich ein Pseudonym — und ein Franzose, M. Dutréb. Man hat, um den Bericht schmackhaft zu machen, geglaubt, eine romanhafte Einkleidung wählen zu sollen. Das war kein glücklicher Einfall. Es geht dabei nicht ohne Sentimentalisierung ab. Rührende Episoden sind erfunden, von denen man im Interesse der Sache wünschte, daß sie weggeblieben wären. Eine andere Erwägung, die der sozialistische Leser angesichts dieses Buches anstellen wird, ist folgende. Man kann sich sehr gut den Verleger vorstellen, der den Rat gibt, ein Buch gegen die Konzentrationslager »unpolitisch aufzuziehen«. Die Lektüre von »La-bas... dans les geôles« zeigt indessen, wie wenig damit gewonnen wird.

Peter Martin war, wie das Vorwort seines Buches angibt, Redakteur einer katholischen Zeitung und Mitglied der »Liga für Menschenrechte«. Er hat vor Hitler als Versammlungsredner für einen unpolitischen Pazifismus geworben, als Frontkämpfer und

als Christ. Er führt nun auch den Kampf gegen den Faschismus »unpolitisch«. Das sieht etwa so aus. Man zeigt uns einen alten Arbeiter, einen Dreher, er liest in seinen Musestunden Rousseau, Lassalle, Marx, Engels. Der Mann ist unorganisiert, — er ist ein Idealist. Er wird Opfer des Hitlerregimes. Muß dieser Arbeiter tatsächlich unorganisiert sein, um die Teilnahme weiterer Kreise des französischen Lesepublikums gewinnen zu können? Wie ist es denn mit den Menschenrechten? Gehört zu ihnen nicht auch das Recht, sich für eine politische Partei zu entscheiden? Ein sympathischer junger Arbeiter wird Kommunist. Mit der Begründung, die er in Martins Buch dafür gibt, hätte er ebenso gut ernster Bibelforscher werden können. Man möge doch den deutschen Menschen bis 1933 nicht nachsagen, daß sie derartige Leisetreter gewesen wären.

Und abschließend, der Faschismus, man wird nicht darum herumkommen, ist ein politisches Phänomen. Jeder Versuch, ihm »unpolitisch« zu begegnen, dient der Verdunkelung, dient dem Faschismus. M. F.

Der Zahn der Zeit

Im »Dresdner Anzeiger« vom 20. November 1937 lesen wir:

»Die Zeit, in der man den Goldzahn als elegant betrachtete, ist glücklich überwunden. Und nun hat man auch einen Stoff gefunden, der sich mindestens ebensogut wie Gold für Zahnersatz eignet und sich dabei mit seinem schlichten plantinfarbenen Aussehen dem Ton der Zähne anpaßt, ohne Lichteffekte zu erzeugen. Vor allem aber hilft er das für die Devisenwirtschaft so notwendige Gold sparen.«

Es handelt sich um eine Legierung von Silber mit dem seltenen Plantinerz Palladium unter Zusatz von geringen Mengen Gold und anderer Metalle. Diese »weiße Edelmetalllegierung« ist in den Laboratorien auf Herz und Nieren geprüft worden. Sie ist gewebefreundlich, verändert sich im Munde nicht, behält ihre Farbe und besitzt sowohl genügend Dehnbarkeit als auch Härte, um Bruchbildung bei Brücken zu verhindern.«

Für devisenfreie Zähne wäre also gesorgt. Und nun wäre nur noch das alte Volkslied zu singen: »Lieber Gott, lieber Gott, den wir Vater heißen, wenn du uns schon Zähne gibst, gib uns auch zu beißen!«